



Chancen erkennen, neue Wege gehen

Wie lässt sich die Situation von
Familien mit geringem Einkommen
im Braunschweiger Land verbessern?

Eine Initiative der Diakonie im Braunschweiger Land
und der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz

IMPRESSUM

Herausgegeben vom der Diakonie im Braunschweiger Land gGmbH
diakonie-im-braunschweiger-land.de
in Zusammenarbeit mit der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz
sbk-bs.de

Durchführung der Studie:

GOE – Gesellschaft für Organisation und Entscheidung, Bielefeld
goe-bielefeld.de
in Zusammenarbeit mit der AG 8 „Soziale Arbeit“
der Fakultät für Erziehungswissenschaft an der Universität Bielefeld
uni-bielefeld.de/erziehungswissenschaft/ag8/

Konzeption, Gestaltung und Redaktion der Broschüre:

KARMA Kommunikationsdesign, Braunschweig
karma-web.de

Druck und Verarbeitung:

Roco Druck GmbH, Wolfenbüttel
rocodruck.de

Fotos und Illustrationen:

KARMA Kommunikationsdesign · Fran_kie/Adobe Stock stock.adobe.com

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Publikation auf die gleichzeitige
Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers verzichtet.
Selbstverständlich sind alle Menschen gleichermaßen angesprochen.
Wir bitten um Verständnis.

Braunschweig, August 2021



www.blauer-engel.de/uz14a

Gedruckt auf Circle Offset
Premium White, 100% Altpapier



INHALT

Vorwort von Anke Grewe und Norbert Velten, Diakonie im Braunschweiger Land	4
Vorwort von Ulrich Markurth, Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz	7
Grußwort von Daniela Behrens, Niedersächsische Sozial- und Familienministerin	8
Grußwort von Ingo Gottschalk, Verein für Sozialplanung	9
Armut ist nicht immer auf den ersten Blick zu erkennen	12
Probleme der Familien im Zusammenhang sehen	14
Wie die Einkommensarmut die Lebensqualität beeinflusst	18
Having, Loving, Being: die menschlichen Bedürfnisse	20
Wie die Haushalte ihren Lebensstandard sehen	23
Führen besondere Ereignisse zu besonderen Ergebnissen?	24
Die Gesundheit ist ein zentrales Thema	28
Einkommen erhöhen, um Armut zu bekämpfen	30
Professionelle Hilfe bei der Problemlösung	32
Gibt es besondere Vorbehalte gegenüber Geflüchteten?	34
Der Einfluss der Armut auf das Leben der Kinder	39
Junge Erwachsene in Ausbildung, Studium und Beruf	42
Wie die Akteure die Situation einschätzen	48
Das Hilfesystem wirksamer machen	49
Was hält Familien davon ab, Hilfen in Anspruch zu nehmen?	50
Haben die Akteure den entscheidenden Einblick?	52
Wie kommen die Maßnahmen bei den Familien an?	54
Wovon hängt der soziale Aufstieg ab?	58
Notwendige Veränderungen für den Aufstieg	60
Der Weg nach oben auf der sozialen Leiter	62
Was wäre, wenn es ein Grundeinkommen gäbe?	64
Es gibt Möglichkeiten, die Situation zu verändern	68
Der Armut begegnen im Braunschweiger Land	74

Wie schaffen wir mehr gesellschaftliche Teilhabe?

Hinschauen und zuhören – so könnte man die vorliegenden Studienergebnisse in zwei Worten als Appell zusammenfassen. Richtig wahrnehmen, nicht wegsehen, alle Seiten hören. Zum zweiten Mal wurden Menschen mit geringem Einkommen (und auch einige, die sich seit der ersten Befragung wirtschaftlich stabilisiert haben) in den Kommunen des Braunschweiger Landes nach ihren Lebensumständen und denen ihrer Angehörigen in Form von Interviews intensiv befragt: Wo drückt der Schuh im Alltag? Was hilft oder hilft gar nicht, wenn persönliche Sorgen und finanzielle Nöte zur unerträglichen Belastung werden? Was hat sich in zehn Jahren seit der ersten Befragung geändert und warum? Welche Sorgen und Nöte treiben sie tatsächlich um – jenseits der Wahrnehmungen der Akteure der Daseinsvorsorge und des öffentlichen Hilfesystems?

In der ersten Studie war es das Ziel, gemeinsam mit Kommunen und Akteuren der freien Wohlfahrt erstmalig hinzuschauen und die Lebenslagen von Menschen zu untersuchen und zu erfassen. Ergebnis war die erste handlungsorientierte Studie über Familien im Braunschweiger Land. Nach der ersten Studie ist viel passiert. Die Sozialplanungen wurden in den Kommunen weiterentwickelt. Das Land Niedersachsen betreibt eine fortlaufende Handlungsorientierte Sozialberichterstattung anhand zahlreicher Kennzahlen und Indikatoren. Viele Fachplanungsstellen wurden im Sinne regionaler Management-Ansätze auf den Weg gebracht und in den Kommunen installiert. Dadurch hat die Dichte an Möglichkeiten zur empirischen Erfassung der sozialpoliti-

schen Lage vor Ort zugenommen, was insgesamt sehr zu begrüßen ist. Das „Hinschauen“ hat sich anscheinend verstetigt und verbessert.

Aber lässt sich mit Fachplanung und Datenkolonnen hinreichend darstellen, was die Lage von Menschen in prekären Einkommens- und Teilhabeverhältnissen tatsächlich ausmacht? Wie weit sind wir in zehn Jahren mit dem „Zuhören“ gekommen? Ist es gelungen, wie es etwa in den zunehmenden sozialraumorientierten Handlungsansätzen zum Ausdruck kommt, den Betroffenen zuzuhören und diese zu Beteiligten des sozialpolitischen Diskurses zu machen? Bei aller Verbesserung der Wahrnehmung muss man konstatieren, dass es nicht gelungen ist, die Schere zwischen Wohlstand und prekären Verhältnissen signifikant zu schließen. Viele Indikatoren etwa aus den regelmäßigen Armutsberichten der Bundesregierung deuten eher auf das Gegenteil hin. Neben wissenschaftlicher Sozialberichterstattung lohnt es sich also, auch das Zuhören – sowohl bei Betroffenen als auch bei Akteuren der öffentlichen Daseinsvorsorge – zu schärfen.

Um hierzu einen aktiven Beitrag zu leisten, hat sich die Diakonie-Stiftung im Braunschweiger Land erneut gemeinsam mit der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz und der Gesellschaft für Organisation und Entscheidung „auf den Weg gemacht“, um dieselben Familien und Menschen mit geringem Einkommen nach Ablauf von zehn Jahren zur Entwicklung ihrer persönlichen Lebensumstände zu befragen.

Dabei ist erneut sichtbar geworden, dass im Unterschied zur öffentlichen Wahrnehmung von materiellen Aspekten von Armut und Teilhabe die Lebenswirklichkeit bei den Betroffenen selbst mit einer Vielzahl weiterer Aspekte und Faktoren verknüpft ist, die über die rein wirtschaftliche Situation der Haushalte deutlich hinausgeht. Armut und prekäre Lebensumstände haben weitere und tiefere Dimensionen, Auswirkungen und Folgen, als es die Gestaltenden in Politik und Gesellschaft oft wahrnehmen. Dies ist einer der Aspekte, die wir auf der Grundlage der vorliegenden Ergebnisse in den kommenden Wochen und Monaten besonders in die öffentliche Diskussion einbringen möchten.

Die besten Möglichkeiten, Menschen in schwierigen Lebensumständen hilfreich zu unterstützen, liegen nach unserer festen Überzeugung und Erfahrung vor Ort, in den Kreisen, Städten, Dörfern und Quartieren. Gemeinsam mit den etablierten Akteuren der Daseinsvorsorge kann es gelingen, die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen in prekären Lebensumständen zu sichern und Chancenvielfalt zu erhöhen. Lassen Sie uns hierzu unbedingt miteinander ins Gespräch kommen.

Ganz herzlich möchten wir uns vor allem bei den Personen und Familien bedanken, die sich erneut für eine

Befragung zur Verfügung gestellt und Einblick in ihren Alltag gewährt haben! Auch den befragten Akteuren gilt unser Dank für Ihre Erfahrungen und Einschätzungen.

Dank gilt außerdem den Kooperationspartnern, die die Durchführung der Studie mit ihrer Unterstützung erst möglich gemacht haben, allen voran dem Land Niedersachsen für die Förderung des Projekts. Für die Erarbeitung und Abstimmung der Publikation bedanken wir uns namentlich bei Andreas Kämper von der GOE, Raphaela Harms von der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz, Prof. Dr. Holger Ziegler von der Universität Bielefeld und Ekke Seifert von der Diakonie im Braunschweig Land.

Wichtig ist es aus unserer Sicht, auf den hier vorliegenden Erkenntnissen und Ergebnissen aufzubauen und konkrete Maßnahmen in Kreisen, Städten, Gemeinden und Wohnquartieren zu entwickeln. Handlungsperspektiven und Projekte sollten besprochen und präzisiert werden, um bedarfsgerecht und nachhaltig für den jeweiligen Kontext, ob in der Stadt oder auf dem Land, und für die betroffenen Menschen Wirkung zu entfalten.

Lassen Sie uns gemeinsam weiterhin hinschauen und zuhören!



Sich selbst hinterfragen, statt sich zurückzulehnen

Die Lebenssituation von Familien mit geringem Einkommen war bereits im Jahr 2011 für die Fördertätigkeit der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz ein besonders wichtiges Thema. Mit der zur Handlungsorientierten Sozialberichterstattung für das Braunschweiger Land erschienenen Broschüre „Wirksame Wege“ wurden hierzu wichtige Erkenntnisse veröffentlicht.

Die jetzt in der Folge durchgeführte Studie ist die logische Konsequenz des damaligen Projektes. Wie geht es **denselben** Familien neun Jahre später? Hat sich ihre Situation verbessert, verschlechtert oder ist sie gleich geblieben?

Betroffene selbst in ausführlichen Interviews zu Wort kommen zu lassen, hat abseits von sonst häufig erfolgenden stereotypen Zuschreibungen und Mutmaßungen teils überraschende Erkenntnisse zu Tage gefördert. Wie haben die mittlerweile erwachsenen Kinder das Heranwachsen unter den gegebenen Bedingungen erlebt? Sie konnten nun, zusätzlich zu ihren Eltern, dazu befragt werden, wie ihre Situation heute ist. Und geben gleichzeitig Einblicke in das Aufwachsen in einer Familie mit geringem Einkommen.

Fehlendes Haushaltseinkommen als stärkste wahrgenommene Belastung ist hier keine Überraschung. Dass Familienzusammenhalt und Geborgenheit sowie die Tatsache, dass man „für das Leben gelernt hat“ als zentrale positive Aspekte des Heranwachsenden genannt werden, muss als Leistung der Eltern unter den erschwerten Bedingungen besonders anerkannt werden.

Für die SBK ist es ein besonderes Anliegen, möglichst viele Menschen und Institutionen für das Thema „Armut“ weiter zu sensibilisieren. Jeder von uns, der gesellschaftlich aktiv ist, sollte sich hier kritisch hinterfragen. Denn es geht nicht darum, sich zurückzulehnen und dieses Thema ausschließlich dem professionellen Hilfesystem zu überlassen.

In welchen Situationen habe ich persönlich Einfluss auf Planungen oder Konzeptionen, und ist mir dann

bewusst, dass es Haushalte gibt, die nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügen? Schließe ich sie aus, oder habe ich diese besondere Herausforderung im Sinne von Inklusion im Blick? Lassen Sie sich von diesen und weiteren Fragen bei der Lektüre leiten und inspirieren.

Adäquate Hilfsangebote und professionelle Strukturen auf der einen Seite, die fortlaufend hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüft werden müssen. Auf der anderen Seite aber eben auch die persönliche Verantwortung jedes Einzelnen – hier erhoffen wir uns zunehmende gesamtgesellschaftliche Sensibilität und erkennen auch unsere besondere Verantwortung als fördernde Stiftung im Braunschweiger Land.

Über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Haushalte konnten im Rahmen dieser Studie leider keine wissenschaftlich belastbaren Aussagen getroffen werden, da die Befragung vorher stattgefunden hat. Auch hier erscheint es sinnvoll, unsere Datenerhebungen nutzbar zu machen, und wir prüfen weiteres Engagement.

Danken möchten wir den Beiratsmitgliedern, die ihre Expertise eingebracht haben. Nur so war es möglich, dieses wichtige Projekt zu verwirklichen. Ein besonderer Dank geht aber an alle, die sich für diese Studie erneut in intensiven Interviews haben befragen lassen. Dies ist für uns ein großer Vertrauensbeweis.

Ulrich Markurth

Ulrich Markurth
Präsident der Stiftung
Braunschweiger
Kulturbesitz



Bisheriges Verfahren bringt nicht die gewünschten Erfolge

Das Diakonische Werk und die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz haben in den Jahren 2009 bis 2011 eine der größten Studien zur Kinder- und Familienarmut durchgeführt. Mit der nun veröffentlichten Folgebefragung hat die Diakonie dieses Thema erneut in den Fokus der Diskussion gerückt.

Und das ist wichtig. Denn wir müssen feststellen, dass das bisherige Verfahren nicht die Erfolge bringt, die wir uns wünschen. Obwohl Bund und Land sehr viel Geld in die Hand nehmen, um Familien zu unterstützen, steigt die Kinderarmut. Das liegt auch daran, dass kinderreiche Familien und Alleinerziehende in besonderem Maße von Armut bedroht sind. Statistisch gesehen ist jedes fünfte Kind in Niedersachsen arm, das können und wollen wir nicht akzeptieren.

Wenn wir über Kinderarmut sprechen, müssen wir uns bewusst machen, dass es nicht allein um den Mangel an Geld geht. Armut bedeutet Ausgrenzung. Arme Kinder haben in vielen Bereichen, zum Beispiel Gesundheit, Bildung oder kulturelle Teilhabe, schlechtere Chancen. Das führt dazu, dass Armut vererbt wird. Arme Kinder werden nur allzu oft arme Erwachsene: ein Teufelskreis.

Als Niedersächsische Sozial- und Familienministerin setze ich mich deshalb für eine Kindergrundsicherung ein. Sie schafft Leistungen „aus einer Hand“ und erspart damit bürokratischen Aufwand für die Familien. Ein weiterer wichtiger Schritt ist es, Eltern in Lohn und Brot zu bringen. Sozialversicherungspflichtige Jobs für Mütter und Väter sind der beste Schutz vor Armut. Darüber hinaus fördert das Land eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten und unterstützt Kommunen und freie Träger, um jungen Menschen auch unabhängig

vom Einkommen der Eltern Entwicklungschancen zu eröffnen.

Mit dem aktuellen Programm „Startklar in die Zukunft“ wollen wir die besonderen Herausforderungen für Kinder und Jugendliche durch die Pandemie „abfedern“. Heranwachsende erhalten zusätzliche Angebote unter anderem zur Lernförderung, zur psychosozialen Unterstützung oder zur Gesundheitsförderung, um nur einige Beispiele zu nennen.

Auch in Zukunft bleibt die Bekämpfung von Armut eine wichtige sozialpolitische Aufgabe. Damit dies gelingt, müssen Bund, Länder, Kommunen und freie Träger „an einem Strang ziehen.“ Wir alle sind gefordert, wenn es darum geht, was Kinder zu einem guten Aufwachsen brauchen. Dazu müssen wir auch diskutieren, ob die bestehenden Systeme noch ausreichend sind. Broschüren wie die vorliegende tragen dazu bei, dass das Thema Kinder- und Familienarmut weiterhin in der öffentlichen Diskussion bleibt.



Daniela Behrens
Niedersächsische Ministerin
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Lebenswirklichkeit aus verschiedenen Perspektiven

Die von der Diakonie in Braunschweig in Auftrag gegebene und von der Gesellschaft für Organisation und Entscheidung (GOE) durchgeführte Studie ist auch unter Berücksichtigung der 2009 erbrachten Ergebnisse bundesweit einmalig. Eine Befragung der gleichen Haushalte zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten, die zeitlich weit auseinanderliegen (2009 und 2018) und in dieser umfangreichen Dimension angeboten werden (Anzahl der Haushalte, Ausführlichkeit der Interviews), hat es bisher noch nicht gegeben.

Da die 2009 minderjährigen Kinder zum Zeitpunkt der zweiten Befragung junge Erwachsene waren, wurde die Chance genutzt, auch diese zu interviewen. Gleichzeitig wurde eine Kontrollgruppe von jungen Erwachsenen gebildet, die nicht in einem einkommensarmen Haushalt aufgewachsen sind. Auch die Befragung der jungen Erwachsenen (Zielgruppe und Kontrollgruppe) ist ein weiteres Alleinstellungsmerkmal dieser Studie.

Insofern kann man die Einschätzung – als Musterbeispiel für eine ausgereifte sozialplanerische Herangehensweise zu gelten – auch mit dieser aktuellen Fassung der Studie, welche die Lebenswirklichkeit von Familien mit Kindern im Hartz-IV-Bezug und mit geringem Einkommen anschaulich abbildet und mit konkreten Empfehlungen zur Verbesserung ihrer Lebenslagen verknüpft, wieder unterstreichen.

Lebenswirklichkeit aus verschiedenen Perspektiven aufzunehmen, die kulturellen und sprachlichen Differenzen der Deutungswelt der professionellen Akteure und der Betroffenen selbst sichtbar machen und daraus ganz praktische Empfehlungen im Dialog zwischen diesen abzuleiten, ist methodisch hervorzuheben.

Die Studie orientiert auf einen Einstieg in interdisziplinäre Unterstützungen und Hilfen als Paket beziehungsweise Hilfen aus „einer Hand“. Hiermit wird unter präventiven Aspekten eine Entscheidung zur Aufgabenwahrnehmung und damit auch zur Entwicklung der jeweiligen Organisationsstrukturen angeregt, was unter

dem Aspekt der angesprochenen „Alltagsbewältigung“ nachvollziehbar und fachlich ausprägbar ist.

Dabei gewinnen das abbildbare Erreichen von Wirkungen auf personaler wie struktureller Ebene und das Arbeiten mit zu vereinbarenden Zielen auf allen Steuerungsebenen für die soziale Arbeit an Bedeutung. Grundlegend für die weitere Ausgestaltung der Hilfesysteme wird – wie in dieser Studie unterlegt – auch sein, wie es gelingt, die materielle Ausstattung der insbesondere bisher hilfebedürftigen Menschen zu verbessern und Modelle einzuführen, die zu einer Erhöhung des Einkommens beitragen werden.

Diese Studie birgt für eine gesellschaftspolitische Diskussion sehr gute Informationen zur Lage Benachteiligter unserer Gesellschaft und trägt höchste Aktualität für die Sozialplanung und die soziale Arbeit der vor Ort Beteiligten als auch für eine bundesweite Diskussion. Allen Beteiligten gebührt hohe Anerkennung.

Die vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen sollten nun auf ihre Übertragbarkeit hin in den politischen Diskurs einmünden. Dabei wünsche ich viel Erfolg, so dass entsprechend des Titels der Veröffentlichung „Chancen erkennen, neue Wege gehen“ insbesondere für die Zielgruppe der Befragungen Empfehlungen aus dieser Studie auch praktische Umsetzung erfahren.



Ingo Gottschalk
Vorsitzender des Vereins
für Sozialplanung (VSOP)

Komplexe Probleme und schwierige Zugänge



Armut ist nicht immer auf den ersten Blick zu erkennen

Warum wir uns im Braunschweiger Land auch mit diesem Thema beschäftigen müssen

Hungernde Kinder, Menschen auf der Flucht, Obdachlose – das sind die Bilder, die wir vor Augen haben, wenn wir uns mit dem Wort „Armut“ beschäftigen. Für die meisten sind diese Bilder durch die Medien zwar ständig präsent, gleichzeitig aber „irgendwie weit weg“.

Ganz nah dran, aber weniger sichtbar ist die Armut, die auch in einem wohlhabenden Staat wie Deutschland viele betrifft: Im Jahr 2019 waren 17,4 Prozent der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.¹ Das sind fast 14,5 Millionen Menschen. Auch wenn die Zahl im Vergleich zu den Vorjahren leicht rückläufig ist, bleibt Armut in Deutschland ein aktuelles Problem.

Verschiedene Studien und Berichte zu diesem Thema zeigen, dass Alleinerziehende und Familien mit drei und mehr Kindern zu den besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen gehören. Oftmals sind sie nicht in der Lage, sich aus eigener Kraft aus ihrer Situation zu befreien. Für die Familien bedeutet sie eine gesellschaftliche Schlechterstellung und für die Kinder oft schlechtere Entwicklungsmöglichkeiten und -chancen. Die Armut ihrer Familien hat für sie wesentlichen Einfluss auf die Möglichkeit, an Bildung teilzuhaben, was sich wiederum auf die späteren beruflichen Perspektiven

auswirkt. Darüber hinaus bedeutet es für diese Kinder Nachteile hinsichtlich der familiären Beziehungen, der sozialen Kontakte und der Interaktion mit Gleichaltrigen, der Freizeitgestaltung und vielem mehr.

Dies alles hemmt armutsgefährdete Kinder und Jugendliche auch in ihrer altersgerechten Entwicklung. Sie wachsen mit einer permanenten Verunsicherung auf, weil sie die Sorgen und Ängste ihrer Eltern und Bezugspersonen vor der Zukunft wahrnehmen. Aufgrund dieser belastenden Lebenssituation leiden Kinder oftmals nicht nur an diversen sozialen, sondern auch an gesundheitlichen Problemen.

Das alles ist Teil von Kinderarmut, und wie bereits erwähnt, bleibt diese oft kaum sichtbar. Doch es gibt sie, auch im Braunschweiger Land, zu dem die Städte Braunschweig und Salzgitter sowie die drei Landkreise Helmstedt, Goslar und Wolfenbüttel gehören. Deshalb beauftragten die Diakonie im Braunschweiger Land und die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz im Jahr 2009 die Gesellschaft für Organisation und Entscheidung (GOE) mit der Umsetzung der **Studie zur Situation von Familien mit geringem Einkommen im Braunschweiger Land**.

1.871.880

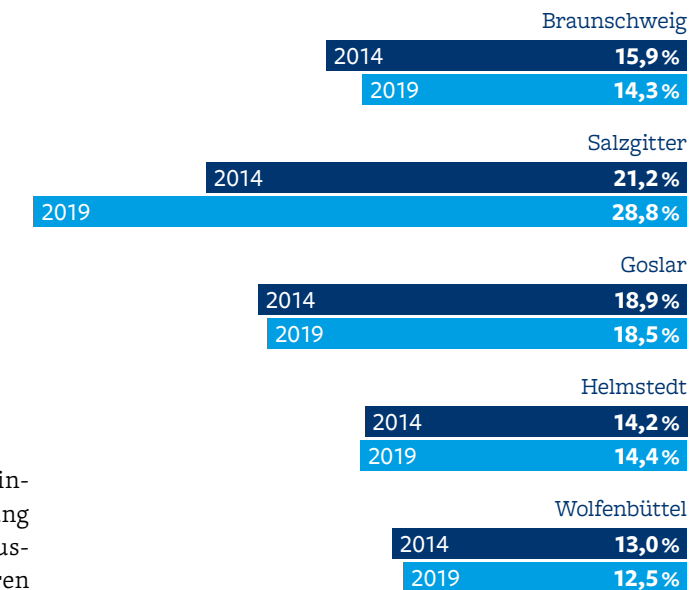
Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren lebten 2019 in Deutschland von der staatlichen Grundsicherung (SGB II/Hartz IV) *Quelle: Bundesagentur für Arbeit*

Das Kriterium für die Zugehörigkeit zur Gruppe der einkommensschwachen Haushalte bei dieser Befragung war, dass das monatliche Nettoeinkommen der Haushalte 70 Prozent oder weniger des damaligen mittleren Äquivalenzeinkommens betrug. Diese Grenze wurde gewählt, um auch Haushalte mit Erwerbseinkommen zu befragen, die nicht zur Gruppe der Aufstocker gehören. 311 der interviewten Haushalte erfüllten dieses Kriterium.

Im Jahr 2018 wurde eine zweite Befragung vorgenommen, um festzustellen, wie sich die Situation in den Familien in der Zwischenzeit entwickelt hat. Von den ursprünglich 311 Haushalten konnten nur noch 186 ermittelt werden, von denen sich wiederum 50 bereit-erklärten, erneut an der Befragung teilzunehmen. Wenn man bedenkt, dass es in den neun Jahren dazwischen keinerlei Kontakt mit den Teilnehmenden gab, kann die Quote von 26,9 Prozent als sehr gutes Ergebnis angesehen werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema „geringes Einkommen“ keine leichte Angelegenheit ist.

Ergänzt wurden die Haushaltsbefragungen durch die Befragung von Akteuren im Braunschweiger Land, wie

Anteil der Kinder unter 18 Jahren in Familien im SGB II-Bezug in den Jahren 2014 und 2019



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

zum Beispiel Verwaltungen der Städte und Landkreise, Kirchengemeinden, Grundschulen, Träger der Freien Wohlfahrtspflege, Tageseinrichtungen für Kinder, Beratungsstellen, Tafeln und Stadtteilzentren. Im Jahr 2009 lagen von diesen Akteuren 136 ausgefüllte Fragebögen vor, im Jahr 2018 waren es 53.

Ziel der Studie war und ist es, einen Einblick in die soziale Lage von Familien mit geringem Einkommen im Braunschweiger Land zu gewinnen, die Wahrnehmung für die Problematik zu verändern und aus diesen Erkenntnissen Empfehlungen für eine verbesserte Wirkung der Maßnahmen sowie eine Optimierung des Hilfesystems abzuleiten, um den betroffenen Haushalten nachhaltig bei der Bewältigung von lebenslagen-spezifischen Problemen und möglichst bei dem Herauskommen aus der Einkommensarmut zu helfen.

¹ Armut oder soziale Ausgrenzung sind gemäß der Definition der European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC, EU-weit vergleichbare Datenquelle über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Europa) dann gegeben, wenn eines oder mehrere der drei Kriterien „Armutgefährdung“, „erhebliche materielle Entbehrung“ oder „Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung“ vorliegen. Nach dem in der Europäischen Union gängigen relativen Armutbegriff werden Menschen als arm bezeichnet, die über weniger als 60 Prozent des mittleren gesellschaftlichen Äquivalenzeinkommens verfügen. Der Äquivalenzwert ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. *Quelle: Destatis*



20,5% betrug die Armutgefährdungsquote von Kindern in Deutschland im Jahr 2019. Das heißt jedes fünfte Kind war von relativer Einkommensarmut betroffen.¹

Probleme der Familien im Zusammenhang sehen

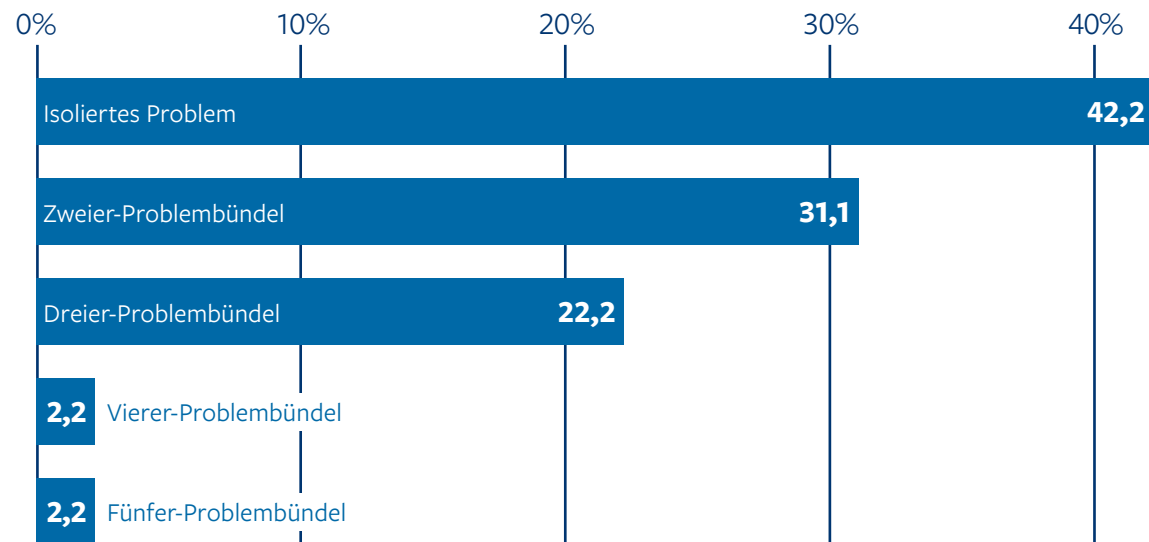
Wie schon im Jahr 2009 konnte auch auf Basis der Ergebnisse der zweiten Befragung festgestellt werden, dass sich die Lebenslage von Haushalten mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen in vielen Fällen nicht in dem aktuellen Hilfesystem widerspiegelt. Die Situation der betroffenen Familien ist von sich überlagernden und komplexen Problemen gekennzeichnet. Diese sollten nicht einzeln, sondern in Gänze als **Problembündel** betrachtet und auch entsprechend behandelt werden.

Auf die Frage, was in den vergangenen sechs Monaten vor dem Interview die größten Probleme waren oder was sie am meisten belastet hat, berichteten 45 der 50 Haushalte von insgesamt 86 großen Problemen. Fast ein Drittel berichtete von mindestens zwei großen Problemen, die gleichzeitig auftraten, über ein Viertel von mindestens drei gleichzeitig auftretenden Problemen. Aus den Antworten wurden Problembündel herausge-

filtert und ihre Anzahl bestimmt. So wiesen die Daten unter anderem auf eine große Bedeutung des Gesundheitsbereiches hin: Über die Hälfte der von mehreren Problemen betroffenen Haushalte nannte das Thema „Gesundheit“ in Kombination mit großen Problemen aus anderen Bereichen wie zum Beispiel Arbeit und Beruf, oder Ämter und Behörden.

Stellvertretend für die vielfachen Problemlagen geben wir aus einem der Interviews eine Antwort auf die Frage wieder, was die Familie in den vergangenen sechs Monaten am meisten belastet hat: „Die getrennte Wohnsituation macht Probleme. Zudem sind im Job zwei Personen ausgefallen, was zu mehr Arbeit und Belastung führt, und dies hat wiederum Auswirkungen auf die Kinder und die Partnerschaft. Hinzu kommt, dass die Tochter zu wenig wiegt und der Verdacht auf Magersucht besteht. Und gleichzeitig gibt es Spannungen in der Großfamilie.“

Anteil unterschiedlicher Problemkombinationen



Fehlende finanzielle Mittel, Ressourcen, Zeit und soziale Kontakte – daraus „was es mit uns macht, wenn wir zu wenig haben“, begründeten der Harvard-Ökonom Sendhil Mullainathan und der Princeton-Psychologe Eldar Shafir eine neue Disziplin an der Schnittstelle von Ökonomie und Psychologie: die Wissenschaft von der Knappheit.¹ Die vorherrschende Ansicht, dass ein Versagen zur Ursache der Armut gemacht wird, halten sie für falsch: „Unsere Daten besagen, dass mindestens genauso deutlich auch die andere Richtung belegt wird: Die Reihenfolge von Ursache und Wirkung ist umgekehrt, die Armut, also das Denken und Handeln angesichts von Knappheit, führt zum Versagen.“

Knappheit führt zu weiterem Mangel

Mullainathan und Shafir führten den Begriff der **reduzierten Bandbreite** ein. Die Bandbreite beschreibt das Maß der Fähigkeit, gute Entscheidungen zu treffen, zu rechnen, Pläne einzuhalten, Aufmerksamkeit zu zeigen und Ablenkungen zu widerstehen. Die Knappheit verringert diese Bandbreite und versperrt den Zugriff auf grundlegende Kapazitäten – je knapper die finanziellen Ressourcen und je größer die finanziellen Sorgen sind, desto weniger Bandbreite bleibe unter anderem für die Erledigung anderer Aufgaben.

Wenn Armut steigt oder sich verfestigt, bedeutet dies, dass die Bandbreite an Handlungsoptionen weiter sinkt. Dies könne zu Fehlentscheidungen führen, die wiederum Armut verschärfen. Für ein Verbleiben in Armut oder einen nicht erfolgreichen Ausstieg aus der Armut seien dann nicht mangelnde Fähigkeiten und Kompetenzen der Betroffenen ausschlaggebend, sondern die geringere Bandbreite, diese einzusetzen.

Dies lässt sich auch an den Antworten auf die Frage nach **grundlegenden und nicht verschwindenden Sorgen** seit der Befragung 2009 ablesen: Über 70 Prozent der

¹ Sendhil Mullainathan, Eldar Shafir – „Knappheit: Was es mit uns macht, wenn wir zu wenig haben“; Campus Verlag (2013)

2018 befragten Haushalte gaben an, dass sie seit 2009 grundlegende und nicht verschwindende finanzielle Sorgen haben. Von diesen insgesamt 35 Haushalten berichteten gleichzeitig 80 Prozent von grundlegenden und nicht verschwindenden Sorgen im Bereich „körperliche Gesundheit“ und 60 Prozent, dass sie gleichzeitig grundlegende und nicht verschwindende Sorgen im Bereich „psychische Gesundheit“ haben. Die Sorgen und Probleme – in diesem Fall Geld und Gesundheit – hängen zusammen und sollten deshalb auch hinsichtlich der Hilfsangebote zusammen betrachtet werden. Wenn grundlegende und nicht verschwindende Sorgen gleichzusetzen sind mit einem entsprechenden Unterstützungsbedarf, haben die meisten Befragten diesen Bedarf in den Bereichen „Finanzen“ und „Gesundheit“.

Grundlegende und nicht verschwindende Sorgen seit dem Interview 2009





Der Einfluss der Armut auf die Lebensqualität

Wie die Einkommensarmut die Lebensqualität beeinflusst

Die meisten Daten und Studien zum Thema Einkommensarmut beziehen sich ausschließlich auf einen konkreten Zeitpunkt oder eine bestimmte Zielgruppe. In der Studie „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung für das Braunschweiger Land“ wurden hingegen dieselben einkommensschwachen Haushalte zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten befragt. Aufgrund der Befragungen von 2009 und 2018 können die Entwicklungen und Veränderungen bei den befragten Haushalten konkret verglichen werden. Daraus lassen sich Erkenntnisse gewinnen, warum manche Haushalte es schaffen, sich aus der Einkommensarmut zu befreien, während es anderen Haushalten nicht oder weitaus weniger gelingt. Dieses Verständnis ist wichtig, um entsprechende Verbesserungen gestalten und umsetzen zu können.

Grundsätzlich hat sich die Situation der einkommensarmen Haushalte von 2009 bis 2018 verbessert. Ein Kriterium, an dem die positive Entwicklung festgemacht werden kann, ist die Aussage, ob das Haushaltseinkommen zur Deckung des laufenden Bedarfs ausreicht oder nicht. Dazu wurden in beiden Befragungen die folgenden zwei Fragen beantwortet:

1. Wie häufig kam es in den vergangenen sechs Monaten vor, dass vor der (Haupt-)Geldzahlung kein Geld mehr da war?
2. Wie lange kam der Haushalt in den vergangenen sechs Monaten normalerweise mit dem Geld aus?

Das Haushaltseinkommen wurde als nicht ausreichend

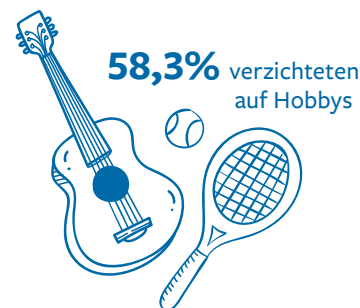
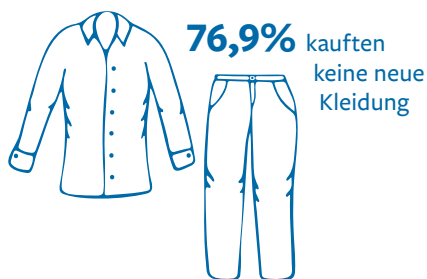
angesehen, wenn es im vergangenen halben Jahr in fünf oder sechs Monaten vorkam, dass vor der nächsten Geldzahlung kein Geld mehr da war, der Haushalt nur 21 Tage oder weniger pro Monat mit dem verfügbaren Einkommen auskam oder in drei oder vier Monaten im vergangenen halben Jahr vor der nächsten Geldzahlung kein Geld mehr da war und das Einkommen darüber hinaus nur 26 Tage oder weniger reichte.

2009 kamen 34 Prozent der Befragten mit dem Haushaltseinkommen aus, 66 Prozent nicht. 2018 war es umgekehrt: Bei 72 Prozent der Haushalte reichte das Einkommen, bei 28 Prozent nicht. Diese 14 der insgesamt 50 befragten Haushalte, bei denen das Einkommen 2018 nicht ausreichte, kamen damit auch schon 2009 nicht aus. Bei 19 der 50 Haushalte hat sich die Situation hingegen verbessert: Während ihr Einkommen 2009 nicht zur Deckung des Bedarfs ausreichte, tat es das im Jahr 2018.

In den Haushalten, in denen das Geld nicht reichte, wurde vor allem der Kauf von bestimmten Artikeln eingeschränkt (100 Prozent) oder es wurde komplett darauf verzichtet (92,9 Prozent). Die betroffenen Haushalte liehen sich Geld von Verwandten (64,3 Prozent) oder Freunden (21,4 Prozent), kamen Zahlungsverpflichtungen nicht nach (21,4 Prozent) oder hungerten (35,7 Prozent). Die Zahlen zeigen, dass der Verzicht (siehe Grafiken unten auf dieser Doppelseite) nicht nachhaltig dazu führte, dass das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen ausreichte.

Was tun, wenn wenig Geld zur Verfügung steht?

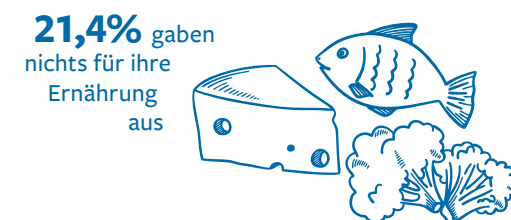
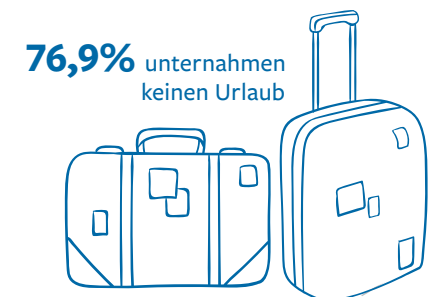
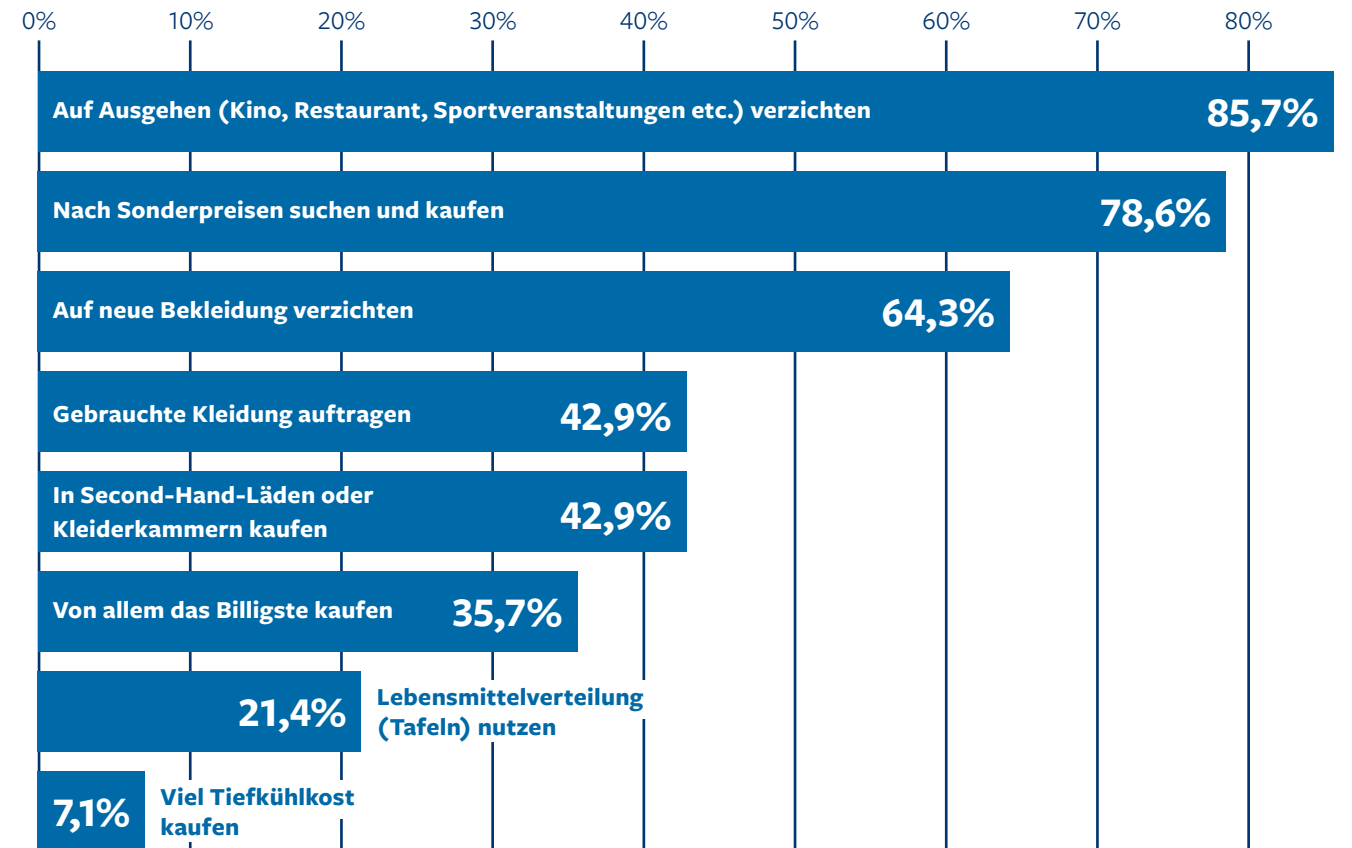
Auf was Haushalte, in denen das Monatseinkommen nicht reichte, 2018 verzichtet haben



Chancen erkennen, neue Wege gehen

Versuche, mit dem Geld auszukommen und zu sparen

Was Haushalte, in denen das Monatseinkommen nicht reichte, 2018 unternommen haben



Chancen erkennen, neue Wege gehen

Having, Loving, Being: die menschlichen Bedürfnisse

Die Ergebnisse der Befragungen belegen, dass auch die Bewältigungs- und Verzichtsstrategien in vielen Fällen nicht weiterhelfen, wenn das Haushaltseinkommen nicht ausreicht, um den laufenden Bedarf zu decken. Um den betroffenen Familien wirklich helfen zu können, ist es deshalb wichtig, dass die Akteure die relevanten Zustände verstehen – die Herausforderung besteht darin, zwischen Einschränkungen in der Möglichkeit, ein gutes Leben zu führen, und subjektiven Vorlieben bezüglich der eigenen Lebensführung zu unterscheiden.

So war es zum Beispiel bis in die 1970er Jahre verbreitet, den Lebensstandard unter anderem mit dem Merkmal zu erfassen, wie häufig Fleisch konsumiert wurde. Dies verliert heutzutage an Überzeugungskraft: Fleisch ist nicht mehr das kostspielige und knappe Nahrungsmittel, und viele Menschen bevorzugen inzwischen eine vegetarische Form der Ernährung, die wiederum oft nicht günstig ist. Auch andere Dinge, wie Museumsbesuche oder Urlaube, hängen nicht nur von den Möglichkeiten, sondern auch von den Interessen des Einzelnen ab.

Der finnische Soziologe Erik Allardt hat in den 1990er Jahren einen brauchbaren und viel beachteten Vorschlag gemacht, um die Qualität von Zuständen und Möglichkeiten von Menschen sinnvoll zu erfassen und sie nicht mit Vorlieben zu verwechseln, die zwischen Personen sehr unterschiedlich sein können. Er folgt einem Ansatz, der von grundlegenden menschlichen Bedürfnissen ausgeht. Diese werden mit objektiven und subjektiven Indikatoren verknüpft, um das Ausmaß zu bestimmen, in dem Menschen Lebensqualität realisieren können. Allardt

unterscheidet drei grundlegende Bedürfnisse: **Having**, **Loving** und **Being**. Beschrieben werden damit materielle Bedürfnisse, Bedürfnisse nach Zugehörigkeit und Bedürfnisse, die das eigene Wohlergehen beziehungsweise die Bedingungen persönlichen Wachstums beschreiben.

Mit Blick auf die Befragung der betroffenen Haushalte im Braunschweiger Land ist es sinnvoll, diese drei Dimensionen aus Daten über finanzielle Möglichkeiten, Sozialkontakte und Belastungserfahrungen abzubilden. Weil im Rahmen der Studie dieselben Fragen sowohl 2009 als auch 2018 gestellt wurden, lassen sich auf dieser Basis die Veränderungen zu verschiedenen Befragungszeitpunkten prüfen.

Es wurden Aussagen und Beschreibungen der Betroffenen gesammelt, die so eng zusammenhängen, dass sie auf einen einzelnen Faktor reduziert und in einer Zahl zusammenfasst werden können. Die drei Dimensionen ergeben sich somit aus folgenden Daten:

Having - monetäre Ressourcen besteht aus

- der Antwort auf die Frage „Wie häufig kam es in den vergangenen sechs Monaten vor, dass vor der nächsten (Haupt-)Geldzahlung kein Geld mehr da war?“ (erfasst wurde die Anzahl der Monate),
- der Berechnung des verbraucherpreisbereinigten Nettoäquivalenzeinkommens¹ pro Haushaltsmitglied und
- dem Bezug von ALG I, ALG II, Sozialgeld, Kinderzuschlag sowie Wohngeld.

¹ Das Nettoäquivalenzeinkommen wird durch eine Bedarfsgewichtung des mittleren Einkommens errechnet mit dem Ziel, die Einkommen unterschiedlich großer Haushalte vergleichbar zu machen. Berücksichtigt wird, dass größere Haushalte zwar einen höheren Bedarf an Wohnraum, Lebensmitteln, Kleidung etc. haben, in bestimmten Lebensbereichen jedoch auch geringere Pro-Kopf-Kosten anfallen als in einem Ein-Personen-Haushalt, zum Beispiel durch die gemeinsame Nutzung von Küche und Bad oder gemeinsame Versicherungen, sowie die Annahme, dass jüngere Kinder einen geringeren Bedarf als Erwachsene haben. Das Nettoäquivalenzeinkommen resultiert aus der Summe der Einkommen aller Haushaltsmitglieder, die durch bestimmte Werte für die einzelnen Mitglieder dividiert wird: Der ersten erwachsenen Person wird der Gewichtungsfaktor 1 zugewiesen, weiteren Personen ab 14 Jahren wird ein Gewicht von 0,5 zugewiesen, Kindern unter 14 Jahren erhalten ein Gewicht von 0,3. Das Haushaltseinkommen einer vierköpfigen Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren würde demnach durch den Wert 2,1 dividiert werden, um das Nettoäquivalenzeinkommen zu errechnen.

Loving - soziale Kontakte besteht aus

- den Zustimmungsraten zu den Aussagen
- „Ich habe keinen Kontakt zu Freunden und Bekannten“,
- „Ich habe viele Kontakte zu Freunden und Bekannten“

und der genannten Anzahl zu den Fragen

- „Mit wie vielen Personen aus Ihrem Verwandtenkreis ...“ sowie
- „Mit wie vielen Personen aus Ihrem Freundeskreis haben Sie regelmäßigen Kontakt (telefonisch, persönliches Treffen, Chatten/Mailen)?“.

Being - psychosoziale Belastungen besteht aus

den Zustimmungsraten zu den Aussagen

- „Ich bin generell lustlos und niedergeschlagen“,
- „Ich fühle mich einsam“,
- „Ich bin fröhlich und heiter“ (revers codiert),
- „Ich unternehme zu wenig“,
- „Ich habe ernsten Ärger“,
- „Ich fühle mich unglücklich“,
- „Ich fühle mich oft überlastet“ und
- „Es kommen immer wieder Ängste oder Sorgen über mich“.

Diese Aspekte wurden zu einem statistisch verlässlichen Gesamtindikator „Lebensqualität“ zusammengeführt. Die Unterschiede bei den Angaben der Befragten zur Gesamtdimension „Lebensqualität“ klärt

- die Dimension **Loving** zu über 40%,
- die Dimension **Having** zu über 50% und
- die Dimension **Being** zu über 70% auf.

Mit diesem Indikator ließen sich sowohl die Lebensqualität im Jahr 2009 als auch 2018 erheben und vergleichen. Wobei die Veränderung der Lebensqualität die Differenz zwischen dem ersten und dem zweiten Interview beschreibt – sie bildet nicht ab, ob es den Befragten gut oder schlecht geht, sondern ob es ihnen inzwischen besser oder schlechter geht als zum Zeitpunkt der ersten Befragung.

Basierend auf dem Indikator „Lebensqualität“ wurden die 50 Haushalte in vier Gruppen eingeteilt: Haushalte, deren Lebensqualität sich 2018 gegenüber 2009

1. objektiv und subjektiv nicht verbesserte,
2. objektiv und subjektiv verbesserte,
3. objektiv nicht, aber subjektiv verbesserte und
4. objektiv verbessert, aber subjektiv nicht verbessert hat.

Positiv ist, dass 42 Prozent der Haushalte ihre Lebensqualität in der Zeit zwischen den zwei Befragungen objektiv und subjektiv verbessern konnten. Da seit 2009 die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland positiv verläuft und der Boom am deutschen Arbeitsmarkt anhält, überrascht dieses Ergebnis nicht sehr; allerdings ist in diesem Kontext kritisch zu sehen, dass sich bei 22 Prozent der Haushalte die Lebensqualität objektiv und subjektiv seit 2009 nicht verbessert hat.

Weil die befragten Haushalte ihr monatliches Nettoeinkommen mitgeteilt hatten, konnte im Rahmen der Studie außerdem festgestellt werden, dass 20 Prozent der zuletzt befragten Haushalte von 2009 bis 2018 den Aufstieg in die Mittelschicht geschafft haben.

Veränderung der Lebensqualität seit 2009

	subjektiv nicht verbessert	subjektiv verbessert	Gesamt
objektiv nicht verbessert	22%	22%	44%
objektiv verbessert	14%	42%	56%
Gesamt	36 %	64%	100%

Wie die Haushalte ihren Lebensstandard sehen

19 der 50 befragten Haushalte (38 Prozent) waren im Jahr 2018 mit ihrer Lebenssituation eher zufrieden, acht sogar sehr zufrieden (16 Prozent). Ebenfalls acht Haushalte waren mit ihrer Situation eher oder sehr unzufrieden.

Unterscheidet man die Zufriedenheit zwischen den beiden Gruppen, deren Lebensqualität sich seit 2009 verbessert beziehungsweise nicht verbessert hat, zeigt sich erwartungsgemäß das bekannte Muster: Die Haushalte, deren Lebensqualität sich verbesserte, gaben wesentlich häufiger an, mit ihrem derzeitigen Lebensstandard zufrieden zu sein (66,7 Prozent), als diejenigen, deren Lebensqualität sich nicht verbessert hat (18,2 Prozent). Befragt nach der von ihnen erwarteten Veränderung des Lebensstandards innerhalb der nächsten zwei Jahre, ließ sich außerdem 2018 eine etwas optimistischere Perspektive der Haushalte feststellen als noch 2009.

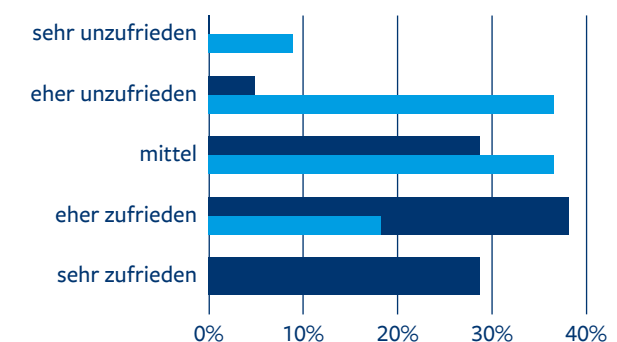
Einfluss der Situation auf das Leben der Kinder

Zum Einfluss ihrer derzeitigen Lebenssituation auf die Zukunftsperspektiven ihrer Kinder (Ausbildung, späteres Einkommen etc.) im Vergleich zu anderen Kindern befragt, wurde die Kategorie „viel besser“ 2009 gar nicht genannt, 2018 hingegen von drei der insgesamt 31 Haushalte, in denen zu diesem Zeitpunkt minderjährige Kinder lebten (9,7 Prozent).

Auch hier zeigt sich das bekannte Muster bei der Unterscheidung zwischen den Gruppen, deren Lebensqualität sich seit 2009 verbessert und nicht verbessert hat: Von der Gruppe, deren Lebensqualität sich verbesserte, sahen in 2018 30,8 Prozent die Zukunftsperspektiven ihrer Kinder als besser an als die anderer Kinder. Von Haushalten, deren Lebensqualität sich nicht verbessert hat, sah das keiner so. Stattdessen waren 28,6 Prozent dieser Gruppe der Ansicht, dass die Zukunftsperspektiven ihrer Kinder viel schlechter seien als die der anderen Kinder. 14,3 Prozent meinten, sie seien etwas schlechter. Dieselben Meinungen vertraten nur jeweils 7,7 Prozent aus der Gruppe, deren Lebensqualität sich seit 2009 verbessert hat.

Zufriedenheit mit der Lebenssituation

Haushaltsbefragung 2018



■ Lebensqualität seit 2009 verbessert
■ Lebensqualität seit 2009 nicht verbessert

Führen besondere Ereignisse zu besonderen Ergebnissen?

Bei der Studie geht es sowohl um die objektive als auch um die subjektive Lebensqualität, die sich in den jeweiligen Gruppen verbessert oder nicht verbessert hat. Ihr Auswertungsdesign soll es ermöglichen, Handlungsansätze zu generieren, um unter anderem den Ausstieg aus der Einkommensarmut zu schaffen oder das Auskommen mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln angemessen zu gestalten.

Um die Gründe dafür festzustellen, dass sich die Lebensqualität einiger Haushalte verbessert hat, wurde im Jahr 2018 gefragt, was die bedeutendsten positiven beziehungsweise negativen Ereignisse seit dem Interview

im Jahr 2009 waren. Die Tabelle zeigt, dass das Ereignis, nicht mehr arbeitslos zu sein, bei beiden Gruppen den größten Anteilswert bildet: 27,8 Prozent und 11,6 Prozent. In der Gruppe der Haushalte, deren Lebensqualität sich nicht verbessert hat, ist der Wert mehr als doppelt so hoch wie bei der Gruppe der Haushalte, deren Lebensqualität sich verbessert hat. Die Daten zeigen somit auch, dass es offensichtlich nicht ausreicht, wieder erwerbstätig zu sein, um zu der Gruppe zu gehören, deren Lebensqualität sich objektiv und subjektiv gegenüber 2009 verbessert hat. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich in diesen Fällen um eher schlecht bezahlte Jobs und Tätigkeiten handelt.

Bedeutende positive Ereignisse in den Haushalten

	Lebensqualität seit 2009 nicht verbessert	Lebensqualität seit 2009 verbessert
Erwerbstätigkeit/Arbeit aufgenommen	27,8%	11,6%
berufliche Situation verbessert	-	11,6%
neue Wohnung/Eigenheim	-	9,3%
neuer Partner/Heirat	-	7,0%
Ausbildung begonnen/abgeschlossen (Kinder)	5,5%	7,0%
Studium beendet (befragte Person)	-	7,0%
Studium (Kinder)	16,7%	2,3%
Schulabschluss (Kinder)	11,1%	7,0%

Problembereiche im Jahr 2018

	Lebensqualität seit 2009 nicht verbessert	Lebensqualität seit 2009 verbessert
Fehlende Finanzen	28,6%	3,6%
Gesundheit	23,8%	28,6%
Beziehung	4,8%	14,3%
Wohnen	14,3%	-
Erziehung	9,5%	17,8%
Arbeit/Beruf	4,8%	10,7%

In Bezug auf bestehende Probleme sind sich die beiden Gruppen im Bereich **Gesundheit** am ähnlichsten. Große Unterschiede gibt es im Bereich **fehlende Finanzen**: In der Gruppe der Haushalte, deren Lebensqualität sich seit 2009 nicht verbesserte, liegt der Anteilswert fast achtmal höher als bei der Gruppe, deren Lebensqualität sich in diesem Zeitraum verbesserte. Offensichtlich sind es bestehende und bleibende finanzielle Probleme, die verhindern, dass sich die Situation dieser Haushalte 2018 gegenüber 2009 verbessert hat. Gibt es Probleme hinsichtlich der finanziellen Ressourcen, ist es für die Haushalte schwieriger, ihr Leben besser organisieren zu können. Es wird viel Zeit und Energie benötigt, um dieses eine Problem zu lösen – und es bleibt zu wenig übrig, um sich um andere Dinge zu kümmern.

Die Auswertung der Problembereiche in Verbindung mit der Lebensqualität in Bezug auf die fehlenden Fi-

nanzen zeigt sich umgekehrt bei der Höhe des Einkommens: Das Äquivalenzeinkommen der Haushalte, deren Situation sich seit 2009 objektiv und subjektiv verbessert hat, ist 2018 mit 1.692 Euro fast doppelt so hoch wie das Äquivalenzeinkommen der Haushalte, deren Situation sich seit 2009 objektiv und subjektiv nicht verbessert hat (862 Euro).

Self-fulfilling Prophecy

Der schon 2009 vorhandene geringe Optimismus bezüglich positiver Veränderungen in ihrem Leben bestimmte bei den Haushalten, deren Lebensqualität sich nicht verbesserte, auch die Haltung im Jahr 2018. Sie gaben im Vergleich zu der Gruppe, deren Le-

bensqualität sich seit 2009 verbesserte, häufiger an, sich ausgegrenzt zu fühlen (27,3 zu 4,8 Prozent), sahen sich aktuell und zukünftig auf einer niedrigen gesellschaftlichen Position und erwarteten seltener eine Verbesserung ihres Lebensstandards innerhalb der nächsten zwei Jahre (9,1 zu 38,1 Prozent).

Beim Vergleich der Ausgangssituation beider Gruppen im Jahr 2009 in den Bereichen Einkommen, Erwerbstätigkeit, Freizeit, soziales Netz, psychosoziales Belastungsempfinden und Gesundheit zeigt sich, dass bei fünf von 20 Aspekten – Hochschulabschluss, wirtschaftliche Situation der Verwandten im Vergleich, Anzahl kranker Kinder sowie den Aussagen „fühle mich einsam“ und „fühle mich oft überlastet“ – die Situation der Haushalte, deren Lebensqualität sich verbesserte, eine schlechtere war als bei den Haushalten, deren Lebensqualität sich nicht verbesserte.

Auf der Suche nach Lösungen



Die Gesundheit ist ein zentrales Thema

Die Befragung im Jahr 2018 zeigte, dass Sorgen im Bereich Gesundheit mit Abstand am stärksten verbreitet sind: Grundlegende und nicht verschwindende Sorgen hinsichtlich der körperlichen Gesundheit wurden von zwei Dritteln der Befragten angegeben, und für die Hälfte der Haushalte stellte die psychische Gesundheit ein bleibendes Problem dar.

Die Haushalte, in denen das Einkommen nicht reichte, um den laufenden Bedarf zu decken, berichteten noch häufiger von diesen Sorgen als die Haushalte, in denen das Haushaltseinkommen ausreichte. Dabei ist der Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen in Bezug auf die psychische Gesundheit größer (78,6 und 38,2 Prozent) als hinsichtlich der körperlichen Gesundheit (85,7 und 58,8 Prozent).

Grundlegende und dauerhafte gesundheitliche Sorgen

Haushaltsbefragung 2018



Zur Frage, was sich ändern müsste, damit Familien sozial aufsteigen können, wurde den Teilnehmenden eine Liste mit 15 möglichen Antworten vorgelegt, aus denen sie maximal drei auswählen konnten. Neben dem Aspekt „mehr Geld“ (48,9 Prozent) wurde „völlig gesund sein/bleiben“ von fast der Hälfte (44,7 Prozent) der Befragten angegeben. Die Gesundheit hat also einen hohen Stellenwert bei den teilnehmenden Haushalten.

Auch in weiteren Fragestellungen stellte sich das Thema Gesundheit als besonderes Problem dar: Auf die Frage, was in den sechs Monaten vor dem Interview die größten Probleme in ihrer Familie waren oder was sie am meisten belastet hat, wurden die meisten Nennungen dem Bereich „Gesundheit“ zugeordnet (24,4 Prozent); die Ereigniskategorie „Erkrankung/Gesundheit“ machte bei den negativen Ereignissen seit 2009 fast ein Drittel (32,7 Prozent) aus; bei der Nennung der Verschlechterungen seit 2009 liegen knapp ein Drittel (32,6 Prozent) in der Kategorie „Gesundheit“; in der Gegenüberstellung von Verbesserungen und Verschlechterungen seit 2009 fiel der Bereich „Gesundheit“ prozentual mit 69,5 Prozent Verschlechterungen besonders negativ auf.

Der Blick auf die gesundheitliche Situation der Kinder

In über der Hälfte (56,4 Prozent) der Haushalte mit Kindern gab es 2018 ein oder mehrere kranke Kinder. Bei den Befragungen 2009 und 2018 wurden dieselben beiden Krankheiten – Übergewicht und Allergien – am häufigsten angegeben, mit einem geringfügigen Anstieg bei der zweiten Befragung. Beide Werte entsprechen in etwa dem bevölkerungs-

- Haushalte, in denen das Einkommen reicht
- Haushalte, in denen das Einkommen nicht reicht

typischen Anteil, wie ihn die KiGGS-Studie¹ des Robert Koch-Instituts für Deutschland feststellt, wobei dieser Studie zufolge „Jungen und Mädchen aus sozial benachteiligten Familien ... dreimal so häufig adipös wie Kinder und Jugendliche mit hohem Sozialstatus“ sind.

Der Gesundheitszustand der Kinder in den befragten Haushalten im Braunschweiger Land bleibt allerdings erkennbar schlechter als der durchschnittliche Gesundheitszustand von Kindern in Deutschland, wie er in der KiGGS-Studie ausgewiesen wird. Vor allem die Unterschiede bei Befunden wie emotionalen Problemlagen oder Aufmerksamkeitsdefiziten verwundern dabei nicht: Sowohl die KiGGS-Studie als auch eine Reihe weiterer Gesundheitsstudien weisen einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Gesundheitszustand und dem sozialen Status junger Menschen nach. Bemerkenswert ist, dass die Ergebnisse der Befragungen darauf hindeuten, dass mit einer Überwindung von Armutslagen auch die Gesundheitsprobleme – zumindest tendenziell – zurückgehen. Gut ein Drittel (32,1 Prozent) der befragten Eltern gab an, dass sich die Erkrankung belastend auf den Alltag des Kindes auswirkt. 44 Prozent der Eltern sagten, dass sich die Erkrankung des Kindes belastend auf ihren eigenen Alltag auswirkt.

Der Zusammenhang zwischen Einkommen und Gesundheit

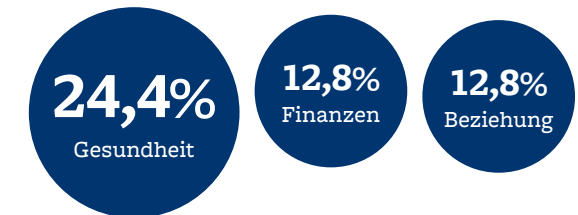
80 Prozent der Haushalte, die angegeben hatten, seit 2009 grundlegende und nicht verschwindende finanzielle Sorgen zu haben, berichteten gleichzeitig, dass sie auch grundlegende und nicht verschwindende Sorgen im Bereich „körperliche Gesundheit“ haben, und 60 Prozent, dass sie gleichzeitig grundlegende und nicht verschwindende Sorgen im Bereich „psychische Gesundheit“ haben. Diese Ergebnisse zeigen, wie Sorgen und Probleme in den einkommensschwachen Haushalten zusammenhängen und deshalb auch zusammen betrachtet werden sollten – in diesem Fall Geld und Gesundheit.

Es zeigt sich, dass gesundheitliche Probleme und Dauer-sorgen neben den finanziellen Herausforderungen ein

¹ Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Robert-Koch-Institut 2007-2018

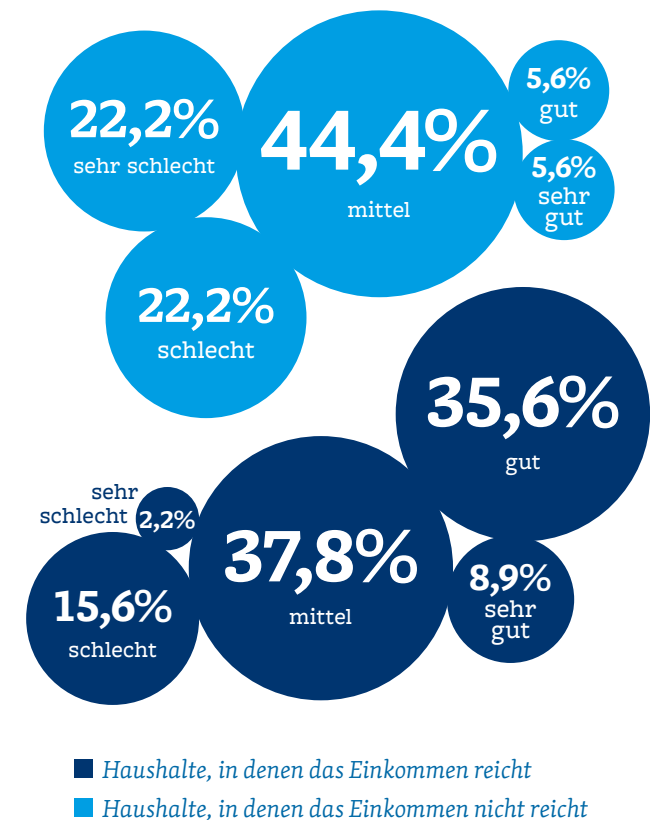
Größte Belastungen in den vergangenen sechs Monaten

Haushaltsbefragung 2018



Gesundheitszustand

Haushaltsbefragung 2018



zentrales Thema sind und einen hohen Handlungsbedarf aufweisen.

Einkommen erhöhen, um Armut zu bekämpfen

Die Ergebnisse der Befragungen aus den Jahren 2009 und 2018 weisen tendenziell auf eine langjährige Verfestigung der prekären wirtschaftlichen und sozialen Lage gerade bei den Haushalten hin, die am stärksten betroffen waren und immer noch sind.

Die Befragten, die ihre Lebensqualität bis 2018 nicht verbessern konnten, waren schon 2009 in höherem Maße von Armut und benachteiligten Situationen betroffen. Es ist ihnen weniger als den anderen Gruppen gelungen, diese Belastung abzubauen, sie gaben wesentlich häufiger „fehlende Finanzen“ als Problem an und mussten sich häufiger mit meh-



reren gleichzeitig vorhandenen großen Problemen auseinandersetzen als die Haushalte, deren Lebensqualität sich objektiv und subjektiv seit 2009 verbesserte.

Gleichzeitig zeigen die Auswertungsergebnisse, dass es offensichtlich nicht ausreicht, wieder erwerbstätig und nicht mehr arbeitslos zu sein, um die Lebensqualität insgesamt objektiv und subjektiv zu verbessern; scheinbar ist es wichtig und hilfreich, sich beruflich auch qualitativ zu verbessern, sodass sich die Erwerbssituation, einschließlich einer besseren Entlohnung, insgesamt zum Positiven verändert.

2018 kamen mehr Haushalte als 2009 mit ihrem Einkommen aus (72 gegenüber 34 Prozent). Das ergab sich im Wesentlichen aus der Höhe des monatlichen Haushaltseinkommens. Bewältigungs- und Verzichtsstrategien halfen in vielen Fällen hingegen nicht weiter, damit das Einkommen ausreichte.

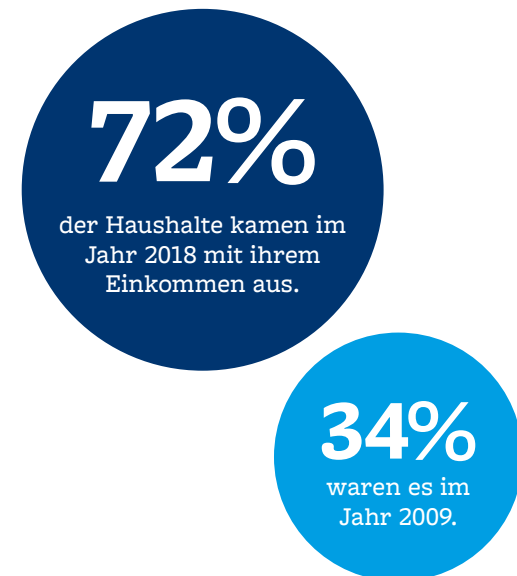
Als weitere zentrale Ergebnisse der Befragungen können die folgenden drei Punkte festgehalten werden: Von den 50 Haushalten hat sich seit 2009 bei 44 Prozent objektiv und subjektiv die **Lebensqualität verbessert**; 22 Prozent sind auch 2018 immer noch **ohne jegliche Verbesserung**; 20 Prozent haben seit 2009 den **Aufstieg in die Mittelschicht** geschafft (siehe dazu auch die Tabelle auf Seite 21).

Als Konsequenz aus den Auswertungsergebnissen – und im Einklang mit den Ausführungen von Mulinathan und Shafir – ist **Einkommensarmut im Wesentlichen mit höherem Einkommen zu bekämpfen**. Durch die Verbesserung der finanziellen Ressourcen würde bei den betroffenen Personen die Bandbreite an Handlungsoptionen und guten Entscheidungen zunehmen sowie die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten und Kompetenzen einzusetzen, steigen. Betroffenen könnte unter anderem durch eine Erhöhung des Mindestlohns, die

Neubemessung der Regelsätze für die Sozialhilfe oder präventive Budgetberatung geholfen werden.

In Haushalten, deren Mitglieder zwar arbeitsfähig, aber arbeitslos sind, wäre die Aufnahme von Erwerbsarbeit und ein sich daraus ergebendes höheres Einkommen bereits positiv zu bewerten. Allerdings zeigen die Auswertungsergebnisse, dass es dabei nicht bleiben darf: Es muss sich eine berufliche Verbesserung mit entsprechend höheren Einkommen ergeben – entweder im Rahmen der bisherigen Tätigkeit oder in Form einer neuen Stelle.

Die Ergebnisse zeigen allerdings auch, dass es Haushalte gibt, in denen die finanzielle Situation – häufig in Kombination mit anderen Problemen – so knapp und hartnäckig ist, dass sie nur sehr schwer überwunden werden kann. Deshalb sind unter anderem Handlungsansätze und Maßnahmen, die ein verbessertes Wirtschaften und eine Erhöhung der Haushaltsführungskompetenzen vermitteln, für die Betroffenen von großer Bedeutung. Nicht, um „große Sprünge“ machen zu können, sondern um zunächst mit dem vorhandenen Einkommen den laufenden Bedarf decken zu können.



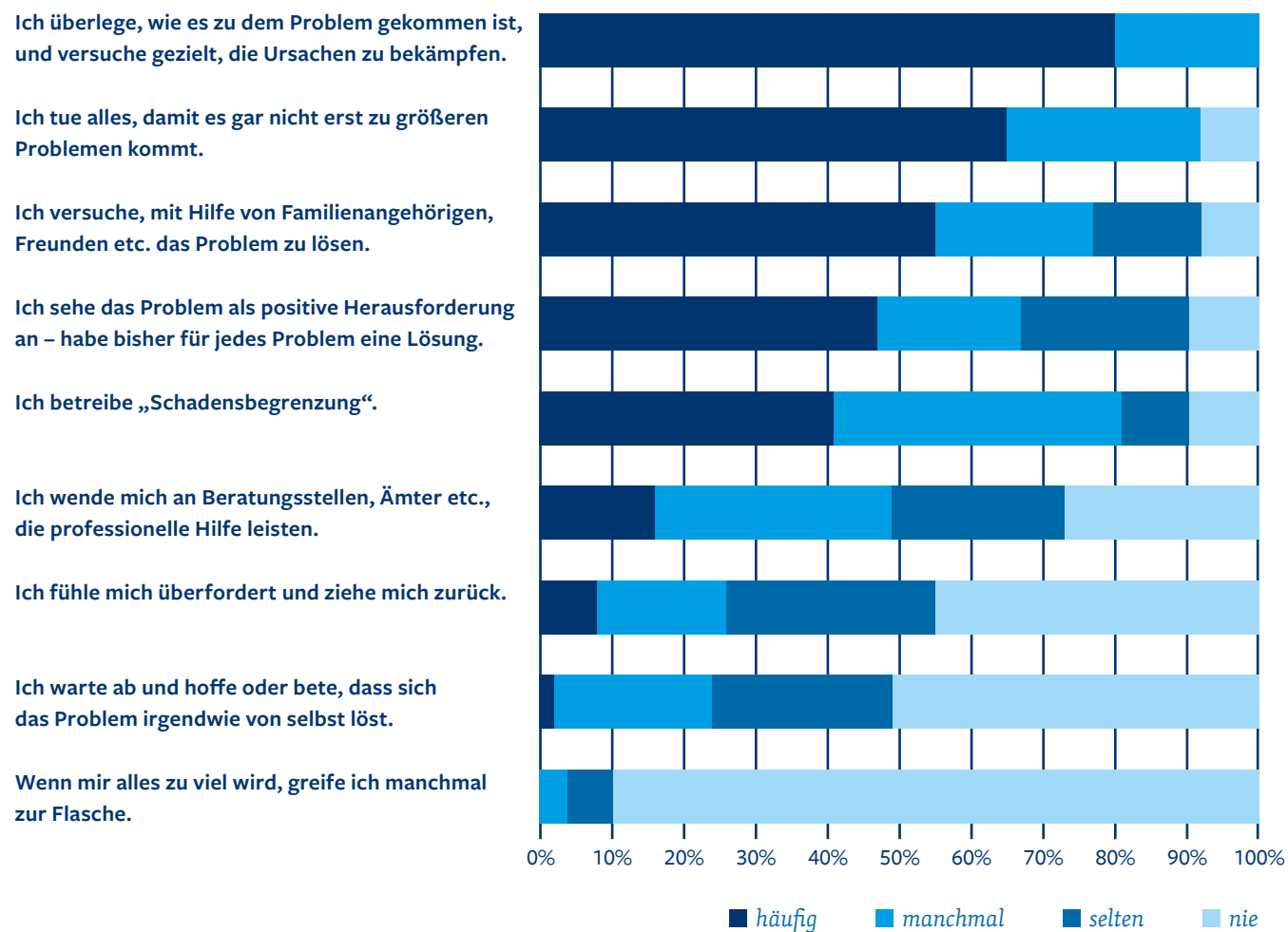
Professionelle Hilfe bei der Problemlösung

Zur Frage, wie sie grundsätzlich versuchen, Probleme zu lösen, wurden den Haushalten neun Aussagen vorgelegt, und sie sollten erklären, ob sie den jeweiligen Lösungsansatz nie, selten, manchmal oder häufig anwenden. Es sollte untersucht werden, welchen Einfluss

die Bewältigungsstrategien auf die Verbesserung der Lebensqualität haben, welcher Zusammenhang mit den Problemlagen besteht und unter welchen Bedingungen unterschiedliche Strategien praktiziert werden. Dazu wurde zunächst eine Faktorenanalyse vorgenommen,

Wie die Familien im Allgemeinen versuchen, Probleme zu lösen

Haushaltsbefragung 2018



die die Art und Weise untersucht, mit der die Befragten Problemen begegnen. Mit dieser Methode werden Daten ausgewertet, indem eine Vielzahl von Variablen auf eine geringere Anzahl an zentralen Faktoren reduziert wird. So wird die Datengrundlage übersichtlicher, und es wird erkennbar, wie die einzelnen Variablen zusammenhängen und welche davon unabhängig voneinander relevant sind.

Folgende Aspekte, die das Ausmaß an „privatem Coping“¹ repräsentieren, wurden für die faktorenanalytische Berechnung aufgenommen:

- die Neigung, sich private Hilfe zu suchen
- das Ausmaß, in dem der Fokus auf „Schadensbegrenzung“ gelegt wird
- die Anzahl von Personen, die die Befragten als mögliche Nothelfer angeben

Das „öffentlich unterstützte Coping“ wurde anhand folgender Aspekte festgestellt:

- die Neigung, sich professionelle Hilfe bei Problemen zu holen
- das Ausmaß, in dem eine überlegte und gezielte Problembekämpfung im Mittelpunkt von Problemlösestrategien steht
- das Ausmaß, in dem die Befragten angeben, bei Unterstützungen Wert auf Professionalität zu legen

Bei der Auswertung fiel auf, dass die Angaben zum privaten Coping im Wesentlichen dem Gesamtindikator „Lebensqualität“ sowie dem verfügbaren Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte zuzuordnen sind: Je besser es den Befragten – auch finanziell – ging, desto wahrscheinlicher war es, dass sie privates Coping zur Lösung ihrer Probleme nutzten.

Das öffentlich unterstützte Coping wurde vor allem von Befragten gewählt, die verstärkt von dauerhaften Sorgen bezüglich „Finanzen“ und „psychischer Gesundheit“ berichteten. Bei den am stärksten finanziell belasteten Befragten nahm die Wahrscheinlichkeit von öffentlich unterstütztem Coping mit zunehmender Problembelastung allerdings besonders stark ab. Dies deutet auf eine Tendenz hin, die in der medizinischen Versorgungsfor-

schung als „Inverse Care Law“² bekannt ist, aber in der sozialen Daseinsvorsorgeforschung bislang nur wenig untersucht ist. Die Theorie besagt, dass Unterstützung dort eher unwahrscheinlich wird, wo sie am dringendsten benötigt wird. Oder anders formuliert: Die, die den deutlichsten Bedarf aufweisen und am dringendsten dabei gefördert werden sollten, ihre Probleme selbst lösen zu können, bekommen oder suchen oft am seltensten qualifizierte Hilfen und Unterstützungen.

Die Auswertungen der Interviews bestätigen die Theorie, wonach angebrachte sowie wirksame Hilfen und Unterstützungen dort tendenziell unwahrscheinlicher werden, wo sie am dringendsten benötigt werden. Denn diejenigen Haushalte, die vorrangig auf qualifizierte Hilfen und Unterstützungen angewiesen sind, bekommen sie oft am wenigsten. Wenn aber die Haushalte, deren Lebenssituation 2009 überdurchschnittlich schlecht war und die am dringendsten Hilfen und Unterstützungen benötigten, öffentlich unterstützte Coping-Strategien zur Verbesserung ihrer Situation nutzten, dann gingen diese auch mit einer Verbesserung der Lebensqualität einher.

Die Herausforderung bei der Gestaltung von Unterstützungsmaßnahmen besteht insofern nicht darin, dass die Maßnahmen und Unterstützungen nicht wirksam oder hilfreich wären. Das sind sie in der Regel durchaus, und zwar sowohl mit Blick auf die gemessene Veränderung der Lebenssituation als auch aus der Perspektive der Betroffenen selbst. Das Problem besteht eher darin, dass es nur unzureichend zu gelingen scheint, die Betroffenen zu erreichen, die mit den stärksten Problemen und größten Problembündeln konfrontiert sind.

¹ Coping bezeichnet die Art des Umgangs mit einem als bedeutsam und schwierig empfundenen Lebensereignis oder einer Lebensphase (Bewältigungsstrategien). Wir unterscheiden hier zwischen „privatem“ und „öffentlich unterstütztem Coping“ – das öffentlich unterstützte Coping ist nicht deckungsgleich mit der Nutzung einzelner Hilfs- und Unterstützungsangebote, ist aber deutlich mit der Nutzung des Hilfesystems insgesamt verknüpft.

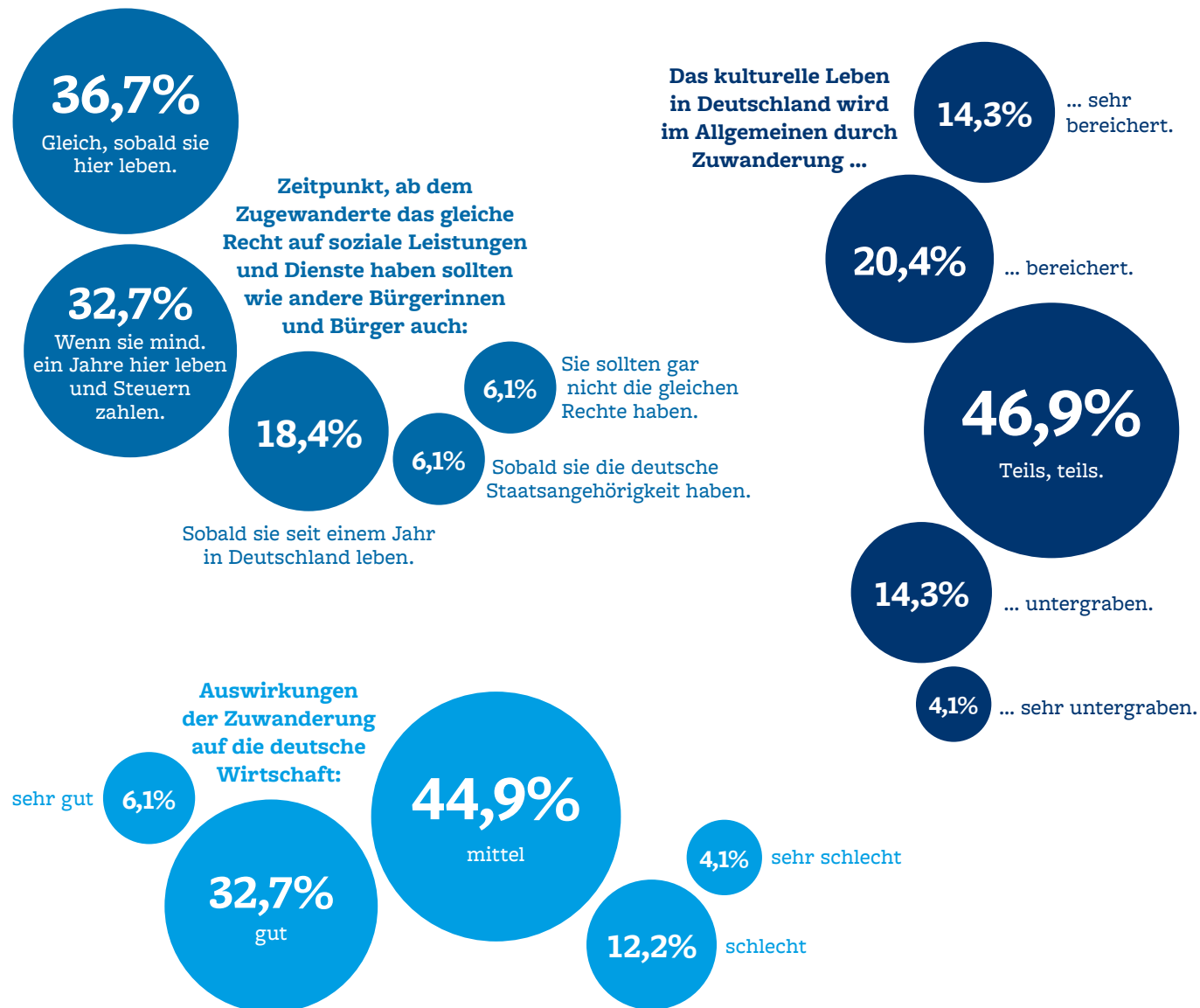
² Julian Tudor Hart: „The Inverse Care Law“ in *The Lancet* Nr. 7696, veröffentlicht 1971

Gibt es besondere Vorbehalte gegenüber Geflüchteten?

2018 wurden die 50 Haushalte auch hinsichtlich ihrer Einstellung zur Zuwanderung befragt. In den Jahren zwischen den Befragungen 2009 und 2018 wurde in Texten und Analysen vermehrt die These vertreten, dass besonders Menschen in prekären Lebenslagen Vorbehalte und Vorurteile gegenüber Geflüchteten hätten und diese als Konkurrenz und Bedrohung ansähen. Weil diese Aussage umstritten ist, sollte im Rahmen der Studie der Versuch unternommen werden, von den hier

befragten Familien einen Eindruck zu diesem Thema zu bekommen.

Mit Blick auf die Antworten der befragten Haushalte ist die Behauptung, sie seien besonders kritisch gegenüber geflüchteten Menschen, nicht haltbar. Keinesfalls ließ sich eine größere Ablehnung von Migranten feststellen als in der Gesamtbevölkerung – insgesamt zeigten sich die Befragten bei diesem Thema eher aufgeschlossen.



Wie Kinder Wege aus der Armut finden



Der Einfluss der Armut auf das Leben der Kinder

In Bezug auf die zentralen prägenden Einflüsse im Leben von Kindern, die in einkommensschwachen Haushalten aufwachsen beziehungsweise aufgewachsen sind, nannten die Akteure des Hilfesystems insgesamt 14 positive und 43 negative Faktoren. Fast die Hälfte (42,8 Prozent) nannte die Sparsamkeit und den Umgang mit wenig Geld, 28,6 Prozent den Zusammenhalt in der Familie als positiven Einfluss.

Die bei der Akteursbefragung als Antworten auf eine offene Frage genannten negativen Einflüsse wurden zu sieben Kategorien zusammengefasst. Dabei belegten Erfahrungen mit Ausgrenzung und Benachteiligungen sowie mit dem finanziellen Mangel die ersten Plätze mit jeweils 25,6 Prozent. Die Kategorie „Resignation und geringes Selbstwertgefühl“ lagen mit 16,3 Prozent auf dem dritten Rang vor „gesundheitliche Auswirkungen/mangelhafte Ernährung“ und „fehlende Bildung“ mit jeweils 9,3 Prozent. Sieben Prozent sahen die Hilflosigkeit der Eltern und die Abhängigkeit von Staat und Ämtern als besondere Belastungen an.

Ein Alleinstellungsmerkmal der Studie ist, dass sich von den 2009 noch minderjährigen Kindern, die inzwischen junge Erwachsene sind, 21 bereit erklärt hatten, im Jahr 2018 ebenfalls an der Befragung und speziell auf ihre Situation zugeschnittenen Interviews teilzunehmen. Auch sie machten Angaben zu der Frage, was das Beste in ihrer Kindheit war, und nannten insgesamt 25 Aspekte, die zu neun Bereichen zusammengefasst werden konnten.

Der Familienzusammenhalt, Rückhalt und Geborgenheit wurde von ihnen mit 24 Prozent am häufigsten genannt. Auf dem zweiten Rang landete mit 20 Prozent der Nennungen ein interessanter Aspekt, der mit dem Titel „Für das Leben gelernt“ beschrieben wurde – dahinter verbergen sich Antworten der Befragten wie „Ich

Das Beste an den Bedingungen, unter denen man aufgewachsen

Befragung der jungen Erwachsenen 2018

Familienzusammenhalt, Geborgenheit



Für das Leben gelernt



Aufwachsen mit Geschwistern



Erfahrene umfassende Unterstützung



Gut versorgt gewesen, kein Mangel Erlebnis



Zeit für Spiel, Freizeit, Freunde



Handlungsfreiheit, Verwirklichungschancen



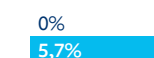
Dorfleben



Sorgenfreies Aufwachsen



Schönes Zuhause – „Haus mit Garten“



Sonstiges



■ Zielgruppe ■ Kontrollgruppe

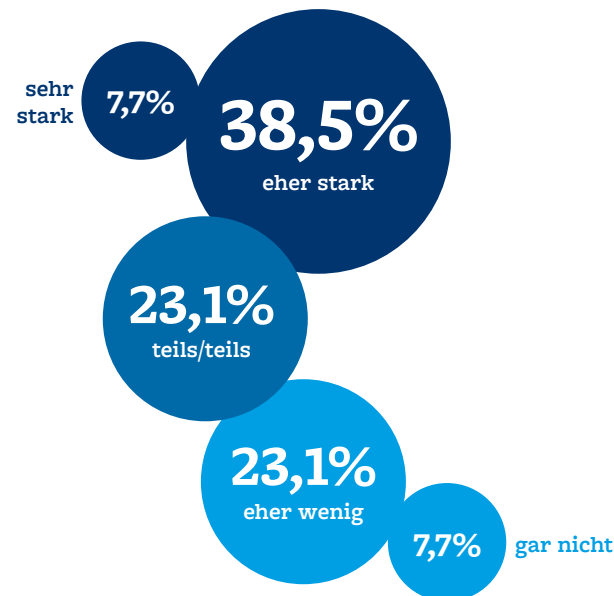
bin sehr gut aufs Leben vorbereitet“, „Ich habe gelernt, mit dem zurechtzukommen, was man hat“, „Ich bin abgehärtet“ oder „Ich bin schnell selbstständig geworden“.

Fehlende Finanzen belasteten am stärksten

Auf die Frage nach den größten Belastungen während ihres Aufwachsens sagten drei der 21 jungen Erwachsenen, dass es nichts gab, was sie belastet hat. Die übrigen 18 jungen Erwachsenen machten 24 Angaben, die ebenfalls zu neun Kategorien zusammengefasst wurden. Mit einem Drittel der Nennungen wurde die Belastung durch fehlende Finanzen am häufigsten angegeben. Danach folgte mit 29,2 Prozent der Bereich „Trennung/Konflikte/Streit der Eltern“, was nachvollziehbar wird, wenn man weiß, dass die 21 Befragten der Zielgruppe im Jahr 2009 bis auf eine Ausnahme in Alleinerziehendenhaushalten lebten.

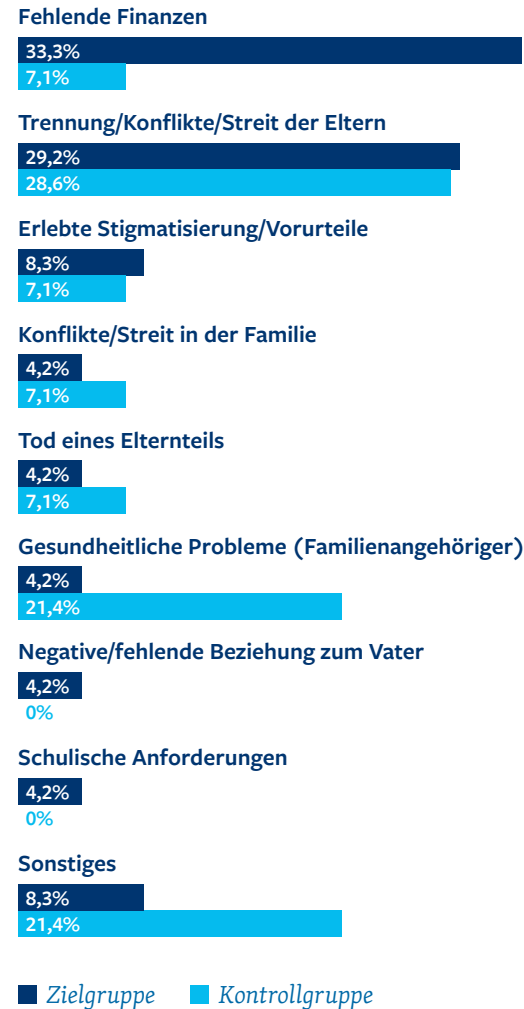
Wie sehr hat es Sie belastet, dass Ihre Familie einkommensarm war?

Befragung junger Erwachsener 2018



Die größten Belastungen in der Zeit des Aufwachsens

Befragung der jungen Erwachsenen 2018



Wie bereits auf der Seite 38 beschrieben, hatten 13 der insgesamt 21 befragten jungen Erwachsenen angegeben, in einer einkommensarmen Familie aufgewachsen zu sein. Sie alle vertraten die Meinung, dass die Einkommensarmut ihre Kindheit und Jugend geprägt habe, und machten 19 Angaben zu der Art der Prägung. Auch diese Angaben der jungen Erwachsenen wurden zu übergeordneten Kategorien zusammengefasst.

Mangelerfahrungen – bis hin zu einem Fall von Existenzängsten – wurden mit über einem Viertel (26,3 Prozent) am häufigsten genannt. Mit jeweils 15,8 Prozent der Nennungen folgten Angaben, die als „Sparsamkeit/Wirtschaften in Knappheitssituationen“ und „Gelernt,

sich begnügen zu können/Zufriedenheit mit kleinen Dingen“ benannt wurden. Hier handelt es sich um ähnliche Aspekte, die eine unterschiedliche Tendenz aufweisen. Bei beiden wird deutlich, dass negative Erfahrungen in der Zeit des Aufwachsens im Rückblick eine positive Prägung zur Folge haben können: Weil sie die Sparsamkeit erlebt und übernommen haben, konnten die jungen Erwachsenen von sich sagen: „Ich kann mit Geld umgehen.“

Die Verzichtserlebnisse in der Kindheit führten nach Aussagen einiger Befragter außerdem dazu, dass sie gelernt haben, genügsam zu sein und sich auch an kleinen Dingen freuen zu können. Interessant ist darüber hinaus, dass 10,5 Prozent der Nennungen sich auf die Erkenntnis bezogen, dass Geld hart erarbeitet werden muss, sich die Anstrengung und der Fleiß letztlich aber auch auszahlen.

Frühere Erfahrungen führen zu einem bewussten Umgang mit Geld

Die 13 jungen Erwachsenen, die das Aufwachsen in einem einkommensarmen Haushalt bejaht hatten, wurden gefragt, ob und wenn ja in welcher Weise das auch noch ihr aktuelles Leben prägte. Zwölf von ihnen stimmten dem zu, nur eine Person verneinte. 57,1 Prozent sagten, dass die früheren Erfahrungen zu einem sehr bewussten beziehungsweise sparsamen Umgang mit Geld führten, was von ihnen überwiegend auch als positiv oder hilfreich angesehen wurde. Zweimal wurde angegeben, dass das Erleben der Einkommensarmut in der Kindheit und Jugend dazu motiviere, die Einkommensarmut hinter sich zu lassen und einen sozialen Aufstieg zu schaffen. Und auch die „Zufriedenheit mit kleinen Dingen“ wurde zweimal als positiver Aspekt genannt.

Etliche Übereinstimmungen bei Akteuren und jungen Erwachsenen

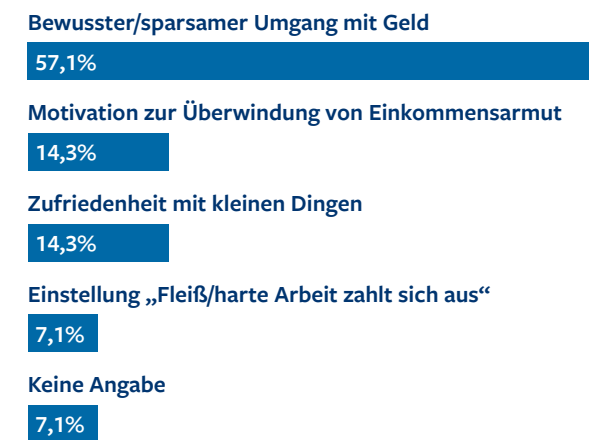
Im Vergleich der Aussagen der Akteure mit denen der jungen Erwachsenen, was ihrer Meinung nach prägen-

de zentrale positive und negative Einflüsse des Aufwachsens in Einkommensarmut sind, zeigen sich etliche Übereinstimmungen: Als positive Prägung und positives Erlebnis wurde von beiden Gruppen der Zusammenhalt in der Familie genannt, und als negative Einflüsse und Belastungen nannten beide an erster Stelle die fehlenden Finanzen. Bei den prägenden zentralen positiven Einflüssen wurde „Sparsamkeit/Umgang mit wenig Geld“ sowohl von den Akteuren (42,8 Prozent) als auch von den jungen Erwachsenen (57,1 Prozent) am häufigsten aufgeführt.

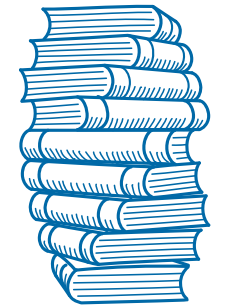
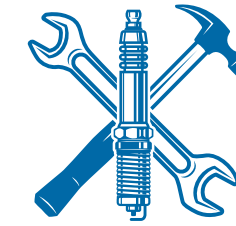
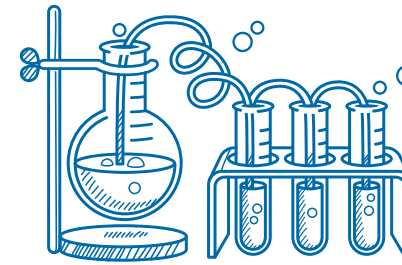
Die Erfahrung von Ausgrenzungen, Benachteiligungen und eingeschränkter Teilhabe, die von den Akteuren ebenfalls hoch eingestuft wurde, hatte bei den jungen Erwachsenen im Rückblick hingegen nur eine geringe Bedeutung. Auch die Nennungen „Resignation und geringes Selbstwertgefühl“ (16,3 Prozent) sowie „Hilflosigkeit der Eltern“ und „Abhängigkeit von Staat und Ämtern“ als negative Kindheitserfahrungen wurden durch die Aussagen der jungen Erwachsenen nicht gestützt.

In welcher Weise prägt die Erfahrung von Einkommensarmut in der Kindheit und Jugend das jetzige Leben?

Befragung junger Erwachsener 2018



Junge Erwachsene in Ausbildung, Studium und Beruf

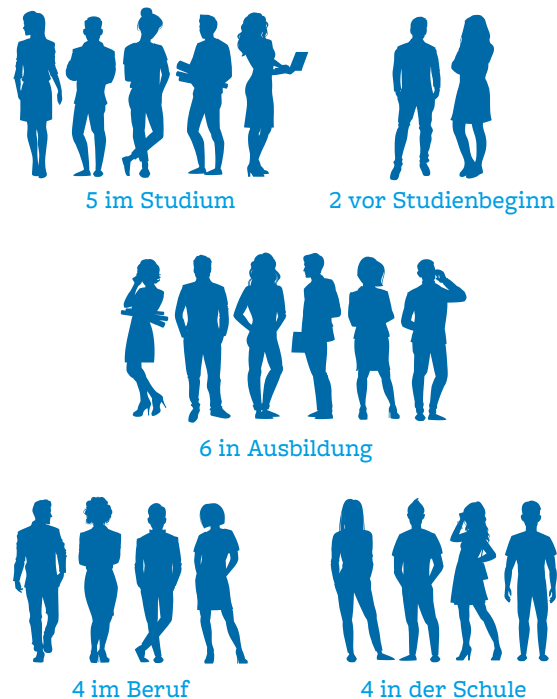


Wie bereits auf Seite 39 erwähnt, haben sich von den 2009 noch minderjährigen Kindern, die inzwischen junge Erwachsene sind, 21 bereit erklärt, ebenfalls an Interviews teilzunehmen. Gleichzeitig wurden 21 junge Erwachsene, die nicht in einem einkommensarmen Haushalt aufgewachsen sind, als Kontrollgruppe interviewt.

Von den 21 jungen Erwachsenen, die 2018 an der Befragung teilnahmen, hatten 17 (81 Prozent) den Übergang von der Schule in Ausbildung oder Beruf geschafft. Fünf von ihnen studierten, zwei standen kurz vor Studienbeginn, sechs waren in beruflicher Ausbildung und vier gingen einer regelmäßigen Erwerbsarbeit nach. Von den

Was kommt nach der Schule?

21 junge Erwachsene in der Haushaltsbefragung 2018



übrigen vier Befragten besuchten zwei ein Gymnasium und die beiden anderen eine Gesamt- und eine Berufsfachschule. Das heißt, keiner der befragten jungen Erwachsenen war arbeitssuchend.

Drei der vier Befragten, die arbeiteten, räumten ein, dass sie ihre gegenwärtige Stelle vor allem wegen des finanziellen Drucks und nicht aus eigenem Interesse an der Tätigkeit angenommen hatten. Ebenso hofften drei von ihnen, dass der derzeitige Job es ermöglichte, zu einer besser bezahlten Arbeit zu kommen – zudem hielten nur zwei der vier Befragten ihre Bezahlung für angemessen. Es wird deutlich, dass der Übergang in eine Ausbildung oder Erwerbstätigkeit keinesfalls mit einem Verlassen der Armutssituation gleichzusetzen ist. Dafür bleiben die Übernahme nach der Ausbildung oder eine Jobsicherheit sowie ein angemessenes Einkommen ausschlaggebend.

Wie ist die Situation im Vergleich zu den Eltern?

Die jungen Erwachsenen befinden sich also weiterhin in prekären Einkommenssituationen. Das hängt nicht ausschließlich damit zusammen, dass sie sich noch in Ausbildung oder im Studium befinden, denn dies trifft auch auf die Kontrollgruppe zu, die im Vergleich eindeutig besser dasteht: Sechs der zehn Befragten, die nicht mehr bei ihren Eltern wohnten, gaben ein monatliches Haushaltseinkommen unter 1.000 Euro an – die Befragten der Kontrollgruppe, die ebenfalls nicht mehr bei ihren Eltern wohnten, hatten mindestens 1.300 Euro zur Verfügung.

Fünf der zehn jungen Erwachsenen mit eigenem Haushalt berichteten, dass ihr Haushaltseinkommen in den sechs Monaten vor der Befragung nicht jeden Monat

ausreichte. Gleichzeitig reichte das Geld auch in den Haushalten der Familien, aus denen die Kinder kommen, nicht aus. Es lassen sich systematische Verzichtsmuster bei den betroffenen jungen Erwachsenen feststellen, insbesondere in Bereichen wie etwa Ausgehen, Urlaub, Alkohol, Zigaretten, Einladen von Freunden und Bekannten oder Geschenkmachen. Auch geben sie erkennbar häufiger als die Kontrollgruppe an, von allem nur das Billigste zu kaufen.

Auch wenn es häufiger vorkommt, dass sich junge Menschen mit eigenem Haushalt vor allem in Studium oder Ausbildung einschränken, ist dies bei Kindern aus Elternhäusern mit insgesamt prekärer Lage noch deutlich häufiger der Fall.

Befragt nach ihrer gesellschaftlichen Position verorteten sich die jungen Erwachsenen im Vergleich zu ihren Eltern im Durchschnitt sozial nicht oder kaum höher, erhofften sich aber einen wesentlichen Aufstieg. Mit dem derzeitigen Leben waren sie zwar mehrheitlich zufrieden (61,9 Prozent eher oder sehr zufrieden), jedoch nicht im gleichen Maß wie die Kontrollgruppe (76,2 Prozent).

Welche Rolle spielen Prägungen aus der Kindheit?

Es gibt außerdem einen deutlichen Zusammenhang zwischen der selbstberichteten Lebenszufriedenheit der Eltern beziehungsweise des befragten Elternteils und der der jungen Erwachsenen: Von den jungen Erwachsenen, deren Eltern sich auf der gesellschaftlichen Positionleiter¹ deutlich oder eher unten positionieren, sind weniger als ein Drittel mit ihrem Leben zufrieden, während die jungen Erwachsenen, deren Eltern sich um die Mitte oder über der Mitte positionieren, zu 60 Prozent angeben, mit ihrem Leben eher oder sehr zufrieden zu sein.

In vielerlei Hinsicht gaben die befragten jungen Erwachsenen Einblicke zu Prägungen und Belastungen durch das Aufwachsen unter Einkommensarmut. So berichteten knapp 86 Prozent von belastenden Aspekten in ihrer Kindheit und Jugend, während es bei der Kontrollgruppe nur zwei Drittel waren.

Dass sie in einer einkommensarmen Familie aufwachsen, ist den jungen Erwachsenen im Durchschnitt im Alter von zehn Jahren bewusst geworden – sie bemerkten dann in der Schule, dass es ihren Klassenkameraden besser ging, und auch zu Hause wurde zwangsläufig darüber gesprochen, dass man sich bestimmte Dinge nicht leisten kann.

Keine Vorwürfe an die Eltern, trotz Mangel an Sicherheit

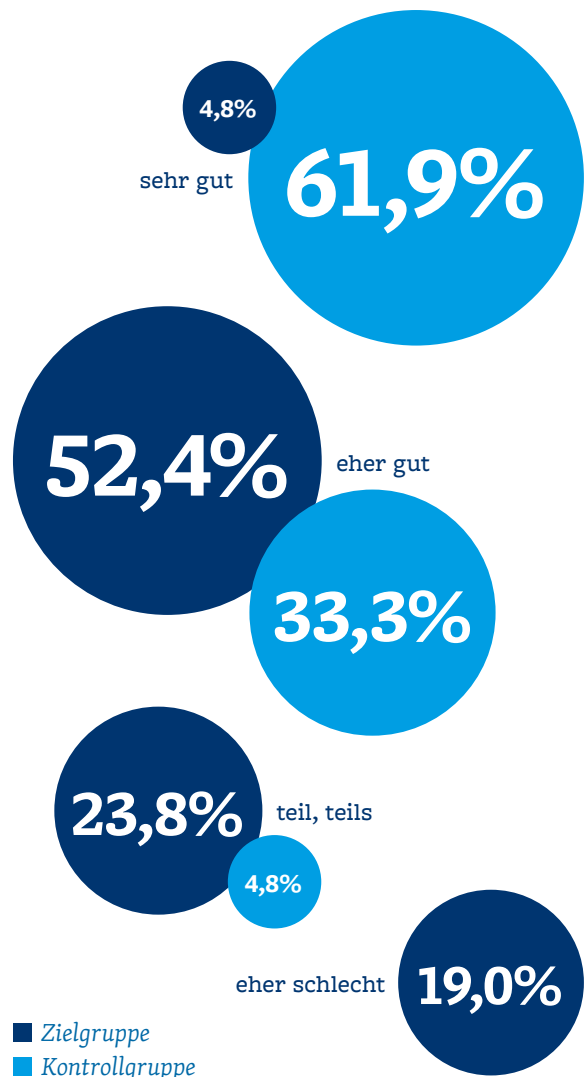
Dabei machte keiner der befragten jungen Erwachsenen seinen Eltern oder dem Elternteil, bei dem sie aufwachsen, Vorwürfe für belastende Bedingungen des Aufwachsens, für einen schwierigen Start in ein eigenes Leben oder wegen ihrer aktuellen Lebenssituation. Stattdessen gaben sie auch durchweg aus ihrer Sicht positive Aspekte für die persönliche Entwicklung an, wie

¹ Den Befragten wurde eine Positionsleiter mit zehn Stufen und folgender Frage vorgelegt: „In unserer Gesellschaft gibt es Bevölkerungsgruppen, die eher oben stehen, und solche, die eher unten stehen. Wir haben hier eine Skala, die von unten (Stufe 1) nach oben (Stufe 10) verläuft. Wenn Sie an sich selbst denken: Wo auf dieser Skala würden Sie sich einordnen?“

zum Beispiel den sparsamen und bewussten Umgang mit Geld, dass man auch mit kleinen Dingen zufrieden sein könne sowie den Antrieb, die Einkommensarmut hinter sich lassen und gesellschaftlich aufsteigen zu wollen. Auf die Frage, was am besten an den Bedingungen war, unter denen sie aufgewachsen sind, machte ein guter Familienzusammenhalt und Rückhalt im Sinne emotionaler Unterstützung 40 Prozent aller Nennungen aus.

Einschätzung der Bedingungen in der Kindheit und Jugend

21 junge Erwachsene der Haushaltsbefragung 2018 im Vergleich mit einer Kontrollgruppe



Bei vielen der jungen Erwachsenen, die in einkommensarmen Haushalten aufwuchsen und dies auch so wahrgenommen haben, lässt sich aber erkennen, dass ihnen in ihrer Kindheit das grundlegende Gefühl von Sicherheit fehlte: Es mangelte an einer gesicherten Lebensgrundlage, die es ihnen ermöglichte, den eigenen Lebensweg mit all seinen Unwägbarkeiten und kritischen Übergängen aktiv anzugehen und angstfrei gestalten zu können. Dieses „sorgenfreie/behütete Aufwachsen“ nannten zehn von 21 Personen aus der Kontrollgruppe, während sich nichts Vergleichbares in den Antworten der jungen Erwachsenen fand, die in einkommensschwachen Familien aufgewachsen sind.

Bessere Lebensqualität als Motivation, die Probleme anzugehen

13 der 21 befragten jungen Erwachsenen gaben an, dass sie in einer einkommensarmen Familie aufgewachsen sind; die Eltern waren zu ihrer Schulzeit auf Sozialleistungen angewiesen. Zwölf von ihnen sagten, dass sie motiviert sind, die erlebte Einkommensarmut in ihrem Elternhaus zu überwinden, um sich selbst und später den eigenen Kindern ein besseres Leben zu ermöglichen.

Fast die Hälfte der Befragten (41,7 Prozent) gab dazu an, keine Unterstützung zu benötigen. Problemlösungen erfolgten am häufigsten (48,5 Prozent) in Form von konstruktiven Ansätzen, die die Personen selbstständig einleiteten – der entsprechende Anteilswert in der Kontrollgruppe war mit 27,5 Prozent wesentlich niedriger. Soziale und professionelle Unterstützung wählten die jungen Erwachsenen dagegen deutlich seltener (21,6 Prozent). Diese Zahlen lassen auf den Willen und die Fähigkeiten der jungen Erwachsenen schließen, ihre persönliche Situation zu verbessern und mit Herausforderungen umzugehen.

Die Befragung zeigt, dass die Eltern die von ihnen genannten Probleme weitgehend von den Kindern fernhalten konnten. Insbesondere der Bereich „fehlende Finanzen“, den die Elternhaushalte benannten, wurde von den jungen Erwachsenen nicht als problematisch erwähnt. Nur bei den bereits ausgezogenen jungen Erwachsenen

zeigen sich in zwei von zehn Fällen Überschneidungen hinsichtlich dieses Problembereichs, gekoppelt mit dem Bereich „Studium/Leistungsdruck“. Dies verweist auf die Schwierigkeit einkommensschwacher Haushalte, ihre Kinder finanziell auf dem Studienweg zu unterstützen. Und durch die Weitergabe des finanziellen Mangels entsteht bei den jungen Erwachsenen der Druck auf ihrem Weg der Bildungsanstrengungen.

Größere Herausforderungen mit Leistungsdruck im Studium

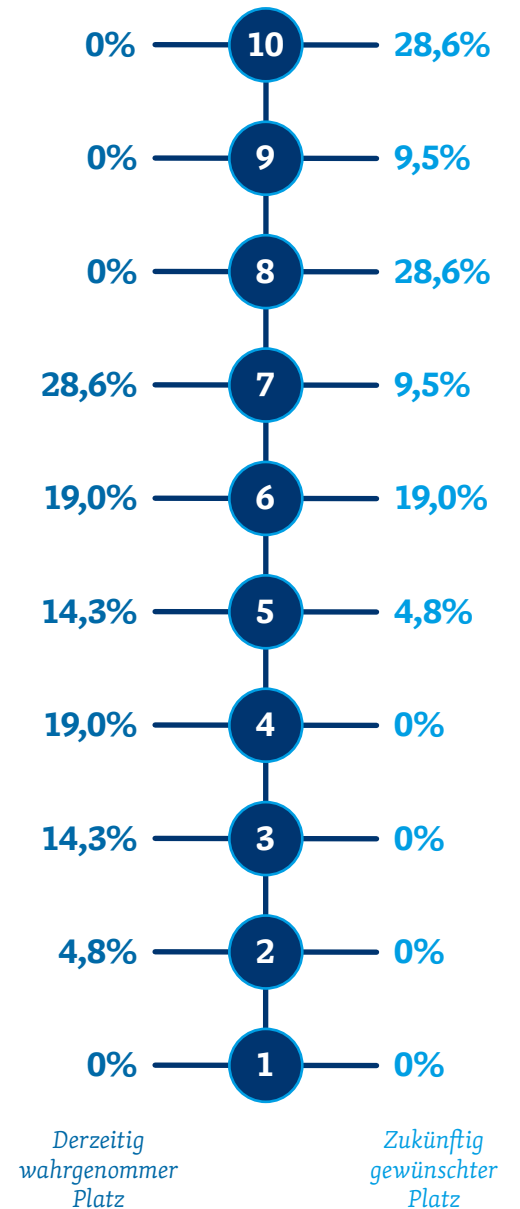
Ein Drittel der befragten 21 jungen Erwachsenen studierte zum Zeitpunkt der Befragung (fünf) oder stand kurz vor einem Studium (zwei). Dies ist einerseits erfreulich, andererseits wurde deutlich, dass das Studium mit geringen finanziellen Mitteln im familiären Hintergrund in der Regel eine größere Herausforderung darstellt. Vier der bereits fünf Studierenden (80 Prozent) nannten als größte Probleme in den sechs Monaten vor der Befragung „Studium/Leistungsdruck“, und drei dieser vier jungen Erwachsenen (75 Prozent) sahen das in Kombination mit dem oder bedingt durch den Problembereich „fehlende Finanzen“. Drei der insgesamt fünf Studierenden erklärten außerdem, das Gefühl zu haben, dass die meisten ihrer Kommilitonen bessere Chancen auf einen guten Studienabschluss hätten als sie selbst.

In der Kontrollgruppe, in der ebenfalls sieben Personen bereits studierten (fünf) oder kurz vor dem Beginn eines Studiums standen (zwei), wurde nur von einer Person auf die Frage nach den größten Problemen in den vergangenen sechs Monaten „Studium/Leistungsdruck“ angegeben, dies aber im Gegensatz zu den Kindern aus den für die Studie befragten Haushalten nicht in Verbindung mit dem Problembereich „fehlende Finanzen“. Ebenso gab es in der Kontrollgruppe nur eine Person, die teilweise der Meinung war, dass die Kommilitonen bessere Chancen hätten als sie.

Für einen großen Teil der jungen Erwachsenen aus einkommensschwachen Haushalten ist das Studium der zentrale Weg, um ihre Situation zu verbessern: Von den

Aktuell wahrgenommene und gewünschte soziale Position

21 junge Erwachsene der Haushaltsbefragung 2018 ordneten sich auf einer Skala von 1 bis 10 ein.



13 Befragten, die von sich selbst sagten, dass sie in Einkommensarmut aufgewachsen und motiviert sind, diese hinter sich zu lassen, sagten sieben, dass sie dies über Bildungsanstrengungen wie insbesondere die Aufnahme eines Studiums angehen.

**Sind
die Hilfen
wirklich
hilfreich?**



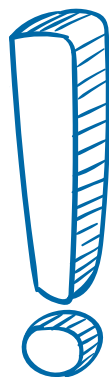
Wie die Akteure die Situation einschätzen

Auf die Frage, ob und wie sich die Anzahl der Hilfen pro Haushalt seit der Befragung 2009 verändert hat, gab 2018 nur einer der Akteure aus dem Braunschweiger Land an, dass die Anzahl der Hilfen pro Haushalt geringer geworden ist. Fast die Hälfte (48,8 Prozent) der Akteure sagte, dass die Anzahl der Hilfen pro Haushalt in den neun Jahren etwas (37,2 Prozent) oder viel häufiger (11,6 Prozent) geworden ist.

Verschiedene Studien besagen, dass das gegenwärtige Hilfesystem aufgrund von versäulden Hilfen innerhalb der Sozialgesetzbücher (SGB), Schnittstellenproblematiken und „Verschiebebahnhöfen“ verhindert, dass einkommensschwache Haushalte mit minderjährigen Kindern und komplexen Problemlagen schnell und bedarfsgerechte Hilfen erhalten.

Mehr als die Hälfte der Akteure (53,3 Prozent) auf der strategischen Ebene – unter anderem die Diakonie und die AWO, die Caritas in Helmstedt, die Propstei Goslar sowie der Fachbereich Soziales und Gesundheit der Stadt Braunschweig – war der Meinung, dass diese Aussage „eher zutrifft“. Und auch die Akteure auf der operativen Ebene – Einzelfallhilfen wie Tageseinrichtungen für Kinder, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen, Schulsozialarbeit, Tafeln und Schuldnerberatungsstellen – stimmten der Aussage mit 44,7 Prozent völlig oder teilweise zu.

Um die Hilfen und einzelne Maßnahmen zu verbessern und die betroffenen Haushalte bei der Bewältigung ihrer Lebenslage besser zu unterstützen, machten die Akteure insgesamt 61 Vorschläge. Auf der Systemebene ging es in erster Linie um **Bürokratieabbau**, eine **bessere Vernetzung der Hilfen**, die **ganzheitliche Betreuung und Begleitung der Familien** sowie den Wunsch nach einer **Niedrigschwelligkeit** von Angeboten.



Als mögliche Beispiele für einen Abbau der Versäulung nannten die Akteure unter anderem:

- Zugänge vereinfachen
- Ämter und Behörden nicht auf einzelne SGBs beschränken, übergreifende Zuständigkeit schaffen
- alle finanziellen Unterstützungen „aus einem Topf“, über einen Ansprechpartner erhalten
- mehrfach bestehende Ansprüche sichern
- Hilfen und Leistungen für Familien besser verzahnen
- Programme vereinheitlichen und vernetzen
- unterschiedliche Beratungsangebote besser koordinieren

Das Hilfesystem wirksamer machen

Um Unterstützung bei der Bewältigung ihrer unterschiedlichen, aber zusammenhängenden Einzelprobleme zu erhalten, müssen Betroffene in der Regel gleichzeitig mit mehreren Akteuren des Hilfesystems in Kontakt treten. Das stellt eine große Hürde dar: 37 Prozent der befragten Haushalte berichteten von dauerhaft bestehenden Problemen im Bereich „Ämter und Behörden“.

Zum einen gilt es zu verhindern, dass sich das System zunehmend von den Hilfesuchenden entfernt, indem Akteure nebeneinander her und nicht aufeinander abgestimmt arbeiten. Zum anderen erfordert die beschriebene Situation der Haushalte, dass die Akteure ihre Wahrnehmung und Haltung verändern. Diese soll sich in Hilfen und Angeboten widerspiegeln, die nicht isoliert, sondern interdisziplinär erbracht werden.

Dafür sind alle Beteiligten innerhalb des Hilfesystems gefordert: Eine Veränderung der aktuellen Strukturen und der Aufbau eines lebenslagenbezogenen Hilfesystems sind dringend notwendig.

Was hält Familien davon, Hilfen in Anspruch zu nehmen?

Für Menschen in besonders problematischen Lebenslagen sind Ämter und Behörden offensichtlich nicht nur potenzielle Orte der Unterstützung, sondern gleichzeitig ein eigenständiger Grund für Sorgen und Belastungen: Mehr als die Hälfte der Befragten (54,5 Prozent), die überdurchschnittlich stark in ihrer Lebensqualität eingeschränkt waren, gab 2018 den Umgang mit Ämtern und Behörden als grundlegende und nicht verschwindende Sorge an.

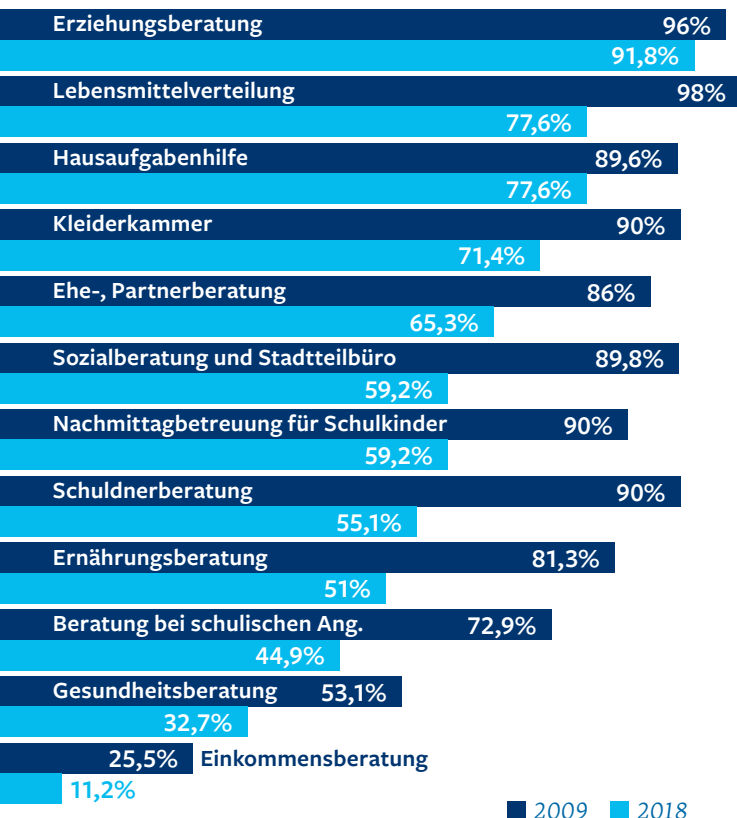
Nach den Sorgen in den Bereichen Finanzen und Gesundheit ist der Umgang mit Ämtern und Behörden in

dieser Gruppe damit die am häufigsten genannte Dauer-sorge – noch vor den Problemen in den Bereichen Beruf, Alltag und Erziehung. Unter den Befragten, deren Lebensqualität in Relation überdurchschnittlich gut war, war es hingegen weniger als ein Viertel (21,1 Prozent), dem Ämter und Behörden Sorgen bereiteten.

Es wurde untersucht, ob es bereits 2009 in den befragten Haushalten unterschiedliche Ausgangssituationen gab, die einen Einfluss auf die Entwicklung der Lebensqualität hatten. Hinsichtlich der Kenntnis und der Nutzung von Hilfen und Unterstützungen wurde deutlich, dass Haushalte, deren Lebensqualität sich seit 2009 objektiv und subjektiv verbessert hat, schon 2009 einen Großteil der entsprechenden Angebote nicht nur häufiger kannten, sondern auch häufiger nutzten als Haushalte, deren Lebensqualität sich nicht verbessert hat.

Bekanntheit von Hilfen und Unterstützungsangeboten

Haushaltsbefragung 2018



Fehlen Kenntnisse und Wissen über verfügbare Angebote?

Es gibt einige wenige Studien, die sich besonders mit dem Problem der Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen und Unterstützungsangeboten beschäftigen. Diese weisen sowohl auf Informationsdefizite, bürokratische Hürden und die von den Betroffenen empfundene Komplexität oder den Aufwand, sich mit den Angeboten auseinanderzusetzen, als auch auf sogenannte „soziale Barrieren“: Stigmatisierungsängste und Unsicherheit im Umgang mit oder Misstrauen gegenüber Institutionen. Diese hielten insbesondere „sozial verwundbare“ Menschen davon ab, Unterstützungen in Anspruch zu nehmen. Die Befunde der Befragung im Braunschweiger Land decken sich mit diesen Einsichten.

Dabei ist es auch von Bedeutung, ob die Angebote als Unterstützung oder als Kontrollinstrumente beziehungsweise Bedrohungen wahrgenommen werden. Außerdem sind subjektiv schlechte Erfahrungen mit einzelnen

Angeboten entscheidend, weil sie dazu führen können, dass weitere Angebote nicht in Anspruch genommen werden. Deshalb ist es wichtig, die Qualität, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit des gesamten Hilfesystems im Blick zu haben und nicht nur die der einzelnen Einrichtungen und ihrer Angebote. Denn auch die besten und wirksamsten Leistungen können nicht zu Erfolgen führen, wenn sie nicht in Anspruch genommen werden.

Die Auswertungsergebnisse belegen, dass die Nutzung öffentlich unterstützter Bewältigungsstrategien in den meisten Fällen mit der Verbesserung der Lebensqualität einherging. Hier war die Arbeit des Hilfesystems also erfolgreich – die Maßnahmen und Unterstützungen waren wirksam, sowohl mit Blick auf die gemessene Veränderung der Lebenssituation als auch aus der Perspektive der Betroffenen selbst.

Betroffene erreichen, die den größten Bedarf haben

Zusammenfassend muss allerdings festgestellt werden, dass Haushalte, die am dringendsten auf qualifizierte Hilfen und Unterstützungen angewiesen sind, diese oft am wenigsten bekommen und abrufen. Obwohl sich die Lebensqualität der befragten Haushalte zwischen 2009 und 2018 insgesamt im Durchschnitt verbessert hat, zeigt sich für diese Gruppe ein deutlicher und hoher Handlungsbedarf.

Eine zentrale Herausforderung bleibt der bessere Zugang zu den Angeboten, weil es nur unzureichend gelingt, die Betroffenen zu erreichen, die mit den stärksten Problemen und größten Problembündeln konfrontiert sind – sie müssen nicht nur mit einem geringen Einkommen auskommen, sondern werden von grundlegenden und nicht verschwindenden Sorgen in vielen Bereichen begleitet. Gemäß der Erkenntnisse von Sendhil Mullainathan und Eldar Shafir (Seite 15) führt bei ihnen die Knappheit an Geld unter anderem auch zur Knappheit an der Fähigkeit, gute Entscheidungen zu treffen und entsprechende Hilfen und Unterstützungen zu nutzen.

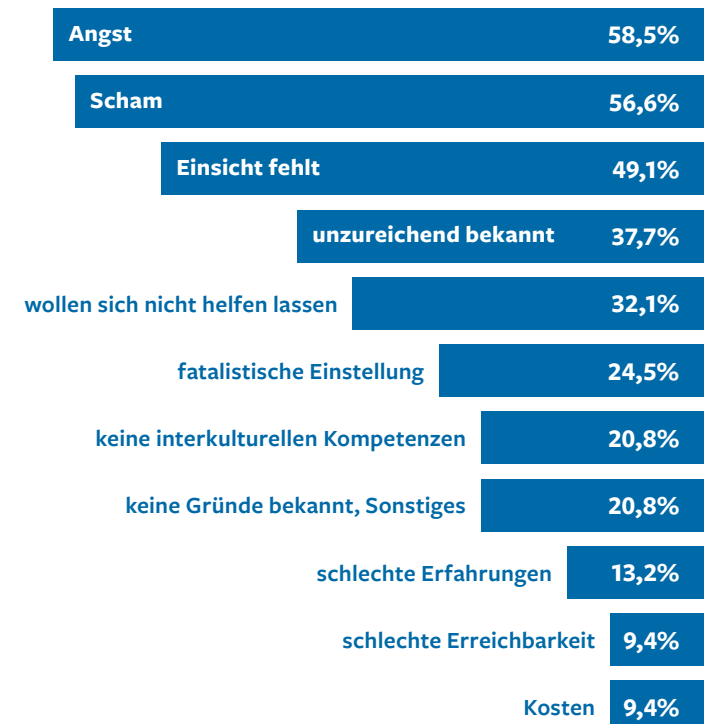
Solange es nicht gelingt, diese Bandbreite an Handlungen und Möglichkeiten über höhere Haushaltseinkommen zu erweitern, werden Angebote und Maßnahmen benötigt, durch die ein Auskommen mit dem zur Verfügung stehenden Einkommen angemessen zu gestalten ist und

die konkrete Lösungen für die Probleme anbieten, die mit dem geringen Einkommen zusammenhängen.

Im Braunschweiger Land sind Hilfs- und Unterstützungsangebote vorhanden. Weil sich die Situation bei einem Teil der befragten Familien zwischen 2009 und 2018 nicht verbessert hat, muss davon ausgegangen werden, dass die Hilfen nicht ausreichend genutzt werden. Die Akteure wurden nach den Gründen gefragt, was die Haushalte abhalten könnte, ihre Angebote in Anspruch zu nehmen. In der Wahrnehmung der Akteure verhindern im Wesentlichen drei Faktoren, dass ihre Angebote von den Familien mit geringem Einkommen genutzt werden: Angst und Scham, der Mangel an Einsicht und Willen sowie ein fehlender Bekanntheitsgrad der eigenen Angebote. Angesichts der hohen Anteilswerte stellt sich die Frage, wie daran etwas verändert werden kann und ob die Akteure etwas tun können oder müssen, um diese Gründe zu verringern.

Gründe, die die Haushalte davon abhalten, die Angebote in Anspruch zu nehmen

Ergebnis der Akteursbefragung 2018, Mehrfachnennungen waren möglich



Haben die Akteure den entscheidenden Einblick?

Wenn wir uns ein Bild von einer Sache machen, sagt das nicht unbedingt etwas darüber aus, womit wir es wirklich zu tun haben – es zeigt in erster Linie, wie wir uns dieser Sache nähern. Dies ist ein bedeutender Unterschied, aus dem sich in Bezug auf das Hilfesystem für Familien mit geringem Einkommen Probleme ergeben: Fehlen bei den Akteuren entscheidende Kenntnisse über die Lebenslagen und Bedürfnisse der Hilfesuchenden, steuern ihre Einstellungen, Angebote und Leistungen in die falsche Richtung.

So zeigten einzelne Aspekte der Befragung im Jahr 2018 gravierende Unterschiede bei der Einschätzung der Ak-

Worauf wird verzichtet, wenn wenig Geld zur Verfügung steht?

Akteursbefragung 2018

	Haushalte	Akteure
Kauf neues Handy	1	13
Kauf von Zeitungen	2	2
Urlaub	3	1
Kauf neuer Kleidung	4	5
Kauf von Alkohol	5	12
Bus-/Straßenbahn	6	8
Ausüben von Hobbys	7	3
Gäste einladen	8	4
Kauf von Zigaretten	9	11
Heizen wenn es kalt ist	10	9
Kauf von Medikamenten	11	10
Kauf von Geschenken	12	6
Ernährung	13	7

teure zu den Aussagen der Haushalte. Beispielsweise bei der Frage, worauf die Familien verzichteten, wenn wenig Geld zur Verfügung stand (siehe Seiten 18 und 19), gab es große Abweichungen und nur wenige Übereinstimmungen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Haushalte wesentlich verantwortlicher bei der Anwendung ihrer Verzichtsstrategien vorgingen, als die Akteure vermuteten.



Auch das Urteil der Akteure hinsichtlich der grundlegenden und nicht verschwindenden Sorgen in den betroffenen Haushalten weicht stark von der Wahrnehmung der Familien selbst ab – am stärksten in den Bereichen „körperliche Gesundheit“ und „Alltagsprobleme/Zeitmangel, Haushalt führen, Familie managen“: Diese lagen bei der Haushaltsbefragung auf den Plätzen 2 und 3, während die Akteure sie auf den Rängen 9 (körperliche Gesundheit Kinder) und 13 (körperliche Gesundheit Erwachsene) sowie 16 und 17 (Alltagsprobleme) einordneten.

Bei den Akteuren besteht also die Ansicht, dass es in den Haushalten vermeintlich wenig Unterstützungsbedarf gibt in Bereichen, die die Familien als für sie besonders problematisch ansehen. Diese Erkenntnis ist wichtig, weil die Wahrnehmung der Probleme der Hilfesuchenden entsprechende Aktivitäten steuert – kennen die Akteure die Sorgen und Nöte ihrer Klientel nur unzureichend, kann sich das nachteilig auf ihre alltägliche Arbeit auswirken. Wenn die Akteure zum Beispiel das Thema Gesundheit nicht als Problembereich bei den Haushalten auf dem Schirm haben, so ist davon auszugehen, dass dieser Bereich auch nicht angemessen unterstützt wird.



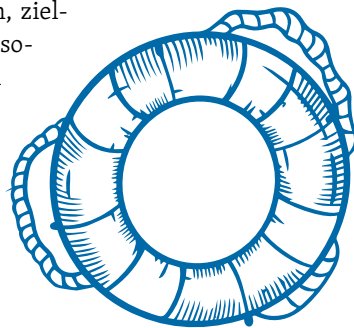
Wie kommen die Maßnahmen bei den Familien an?

Wie bereits auf Seite 48 beschrieben, sehen die Akteure im Bereich der Hilfen für Familien mit geringem Einkommen im Braunschweiger Land zahlreiche Möglichkeiten und Ansätze, um das System zu verbessern. Dabei ging es unter anderem um das Vermeiden von Doppelstrukturen, parallelen Angeboten, zielgruppenspezifischen Angebotslücken sowie fehlendem Austausch zwischen den Akteuren wie zum Beispiel Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen, Beratungsstellen und Jugendämter.

In der Befragung 2018 ging es deshalb auch um die Wirkung: Wie kommen die erbrachten Unterstützungen, Angebote und Maßnahmen der Akteure bei den Hilfesuchenden und Teilnehmenden an? Und welche Effekte und Konsequenzen ergeben sich, wenn Hilfen keine Wirkung erzielen?

Aus Sicht der Hilfesuchenden und Teilnehmenden bedeutet eine wirkungslose Maßnahme, dass sie wertvolle Zeit vergeuden, die gerade in Notlagen dringend sinn-

voll genutzt werden muss. Aus Sicht der Akteure stellt sie einen unbefriedigenden und oft frustrierenden Aufwand dar und aus Sicht der Geldgeber eine Verschwendung von Ressourcen. Geld, Zeit und Personal sind aber nicht unbegrenzt zu erhöhen, darum müssen sie so eingesetzt werden, dass sie eine entsprechende hohe Wirkung erzielen.



36 Akteure haben auf die Frage, woran die Wirkung ihrer Arbeit zu erkennen ist, geantwortet. Vermeintliche Aspekte, die dabei genannt wurden, waren unter anderem Nachfrage und Inanspruchnahme von Angeboten, positive Rückmeldungen oder das Vertrauen der Teilnehmenden. Diese haben allerdings oft nichts mit der Wirkung der Hilfen zu tun, sondern mit der Wahrnehmung der eigenen Arbeit der jeweiligen Akteure.

Die Auswertung der Befragung zeigte, dass nur ein knappes Drittel der Nennungen tatsächliche Wirkun-

gen der Arbeit der Akteure betreffen. Als solche wurden Aussagen definiert, die Entwicklungen, Fortschritte und Verbesserungen auf der individuellen Ebene beschreiben – wenn zum Beispiel Personen auf Basis einer Beratung selbstständig und ohne weitere Hilfe Anträge stellten, sie ohne weitere Unterstützung auf dem Arbeitsmarkt aktiv wurden oder sich die schulischen Leistungen der Kinder verbesserten.

Können die Angebote der Akteure Benachteiligungen ausgleichen?

Die Akteure wurden außerdem gefragt, wie stark ihre Angebote zum Ausgleich individueller Benachteiligungen für Haushalte mit Kindern und geringem Einkommen beitragen. Etwas mehr als ein Drittel aller Befragten waren sowohl 2009 als auch 2018 der Meinung, dass ihre Leistungen „sehr viel“ oder „eher viel“ dazu beitragen. Insgesamt fiel die Beurteilung 2018 aber etwas schlechter aus als noch im Jahr 2009, sie verschob sich von „mittel“ (44,9 Prozent in 2009, 26,4 Prozent in

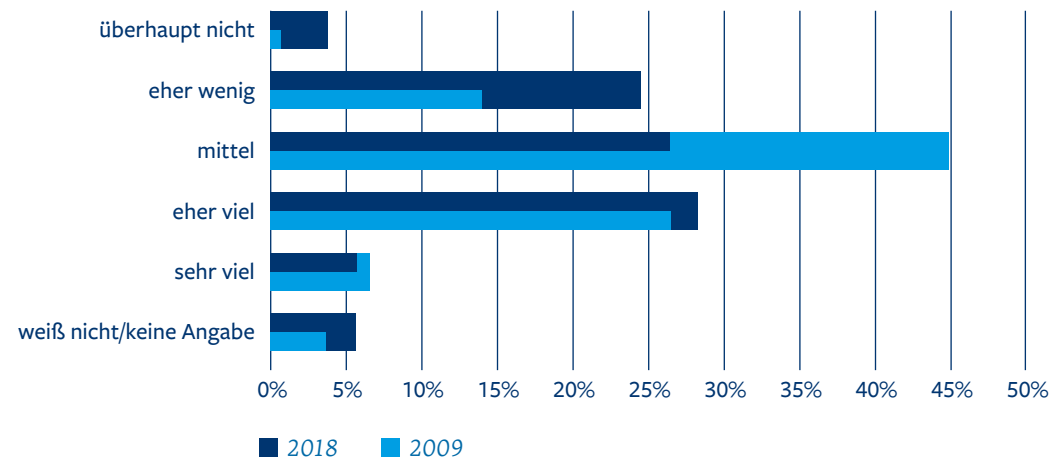
2018) zu „eher wenig“ (14 Prozent in 2009, 24,5 Prozent in 2018).

Fast zwei Drittel der Akteure sahen 2018 im Bereich der Infrastruktureinrichtungen (Kindertagesstätten, Grundschulen, Beratungsstellen etc.) Handlungsbedarf, um einen höheren Wirkungsgrad zu erreichen (24,5 Prozent „auf jeden Fall“, 39,6 Prozent „eher ja“). Über die Hälfte war der Meinung, dass die Angebote vor Ort es nur teilweise schaffen, Benachteiligungen von Haushalten mit Kindern und geringem Einkommen auszugleichen. Ein Fünftel gab an, dass diese es „eher nicht“ (18,2 Prozent) oder „gar nicht“ (2,3 Prozent) schaffen.

Als problematisch anzusehen ist, dass nur noch ein Drittel der Akteure 2018 angab, Ziele festgelegt zu haben, die durch ihre Arbeit erreicht werden sollten – 2009 waren es noch knapp zwei Drittel. Von Seneca (römischer Dichter und Philosoph, 4 v. Chr. - 65 n. Chr.) stammt das Zitat „Wenn man nicht weiß, welchen Hafen man ansteuert, ist kein Wind günstig.“ – ohne Ziele hat unser Handeln keine Richtung und kann somit weder erfolgreich noch wirksam sein.

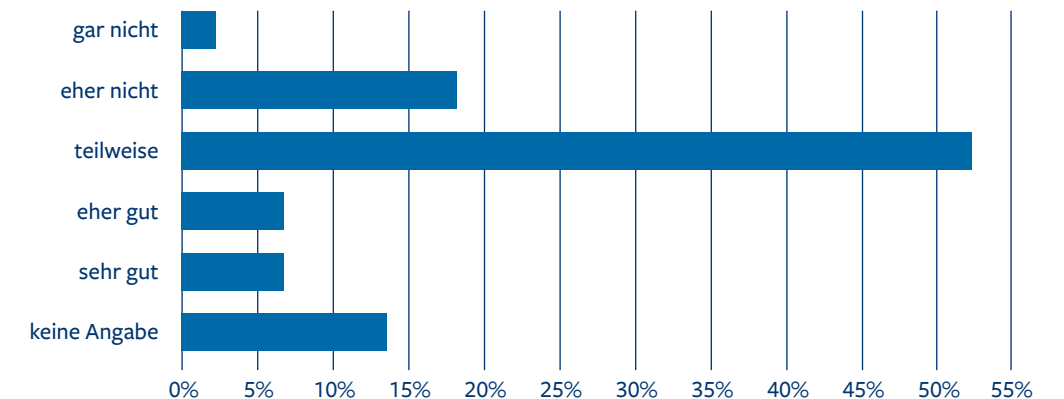
Trägt die eigene Arbeit zum Ausgleich von Benachteiligungen bei?

Akteursbefragung 2009 und 2018



Tragen die Angebote vor Ort zum Ausgleich der Benachteiligungen bei?

Akteursbefragung 2018



**Sozialen Aufstieg
möglich machen**



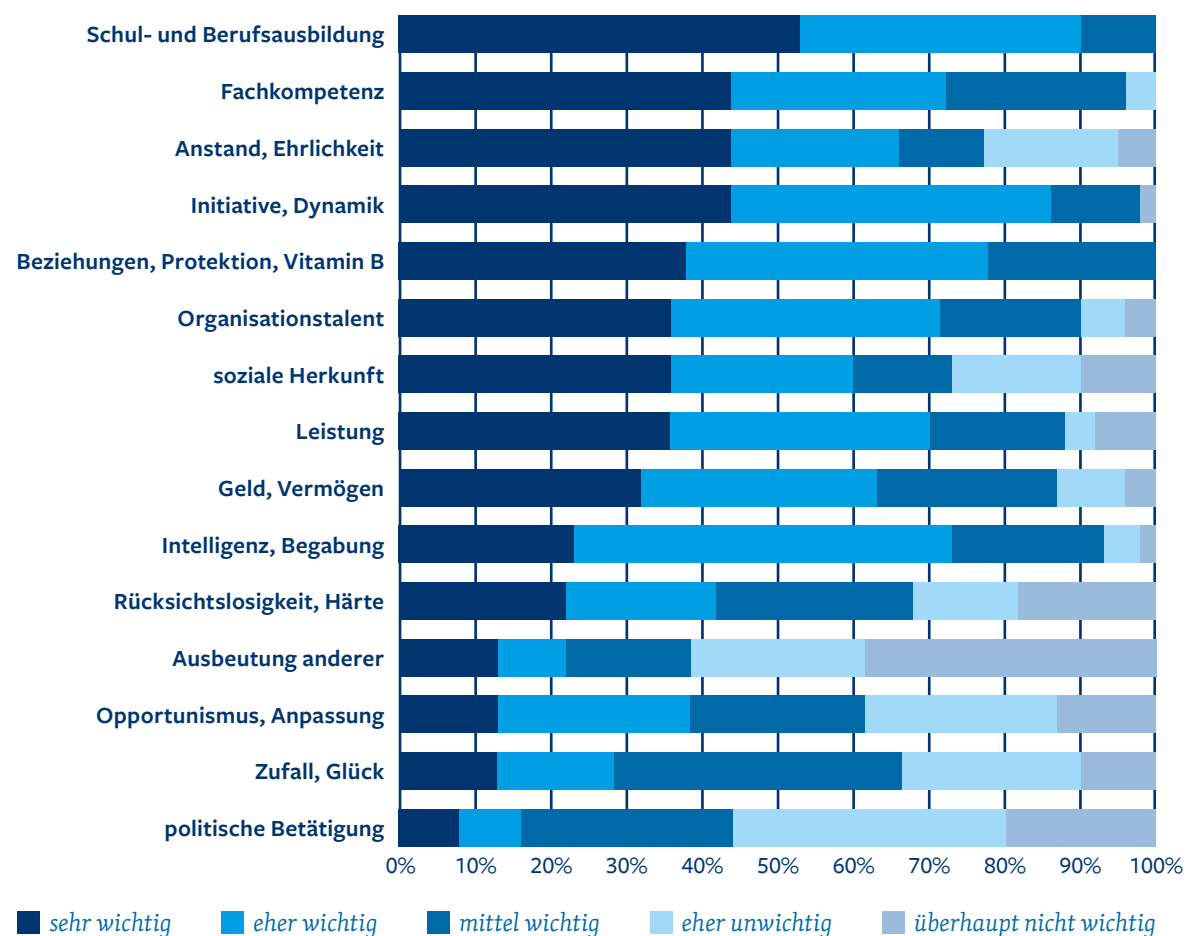
Wovon hängt der soziale Aufstieg ab?

Es besteht mitunter die Auffassung, dass Armut und Prekarität durch „mentale Strukturen“ – insbesondere die Haltung, dass sich Leistung und Anstrengung nicht lohnen – verursacht seien.¹ Darauf wird oftmals mit Hilfsstrategien und Maßnahmen reagiert, die nicht auf

die finanzielle Absicherung der Betroffenen, sondern auf eine Veränderung ihrer Einstellung abzielen. Diese Entscheidungen werden unter anderem damit begründet, dass gerade eine finanzielle Absicherung die notwendige Leistungsbereitschaft verhindere.

Faktoren, die Erfolg und sozialen Aufstieg beeinflussen

Haushaltsbefragung 2018



Aus diesem Grund wurden die Haushalte gefragt, von welchen Faktoren es abhängt, ob jemand in unserer Gesellschaft sozial aufsteigt. Zur Beantwortung der Frage wurde den Haushalten eine Liste mit 15 Faktoren vorgelegt, die jeweils auf einer fünfstufigen Skala (von „sehr wichtig“ bis „überhaupt nicht wichtig“) zu bewerten waren. Die Rangfolge der Faktoren, die den sozialen Aufstieg nach Ansicht der Befragten beeinflussen oder bestimmen, ist entsprechend der Höhe der Anteilswerte für die Beurteilung „sehr wichtig“ in der Tabelle aufgeführt – der Faktor mit der größten Zustimmung liegt somit auf dem ersten Rang.

Konzentriert man sich auf die Beurteilungen „sehr wichtig“ und „wichtig“ und damit auf die vorderen Plätze, liegen dort die Faktoren „Schul- und Berufsausbildung“, „Fachkompetenz“, „Anstand, Ehrlichkeit“ und „Initiative, Dynamik“. Dieses Ergebnis ist eindeutig kein Befund für den häufig geäußerten Vorwurf der fatalistischen Einstellung von Menschen in Armutslagen: Die Befragten schreiben die Möglichkeiten eines sozialen Aufstiegs nicht nur Faktoren zu, die sie nicht ändern können



(Zufall, Glück, Opportunismus, Ausbeutung), sondern vor allem den individuellen Faktoren, auf die sie selbst durchaus Einfluss haben (Initiative, Leistung, Anstand und Ehrlichkeit).

Große Übereinstimmung mit der Wertung der Akteure

Bei den Akteuren zeigte sich eine relativ große Übereinstimmung in dieser Frage mit den Haushalten. Fast zwei Drittel (64,2 Prozent) stimmen der Aussage zu, dass die Schul- und Berufsausbildung „sehr wichtig“ für den Erfolg und den sozialen Aufstieg ist. Und bis auf diesen Aspekt, der eher mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zusammenhängt, beziehen sich auch bei den Beurteilungen der Akteure die Faktoren auf den ersten Rängen auf individuelle Eigenschaften: „Leistung“ mit 41,5 Prozent, „Initiative, Dynamik“ mit 35,8 Prozent und „Anstand, Ehrlichkeit“ mit 35,8 Prozent. Bezieht man bei diesen drei Faktoren die Beurteilung „eher wichtig“ ein, erreichen die Anteilswerte zwischen 65 und fast 90 Prozent und stimmen auch mit den Ergebnissen der Haushaltsbefragungen fast überein.

Wesentlich geringer als bei den Haushalten fallen bei den Akteuren die Wertungen für die Aspekte „Fachkompetenz“ (Rang 7 von 15/Rang 2 bei den Haushalten), „Beziehungen“ (10/5) und „Rücksichtslosigkeit, Härte“ (14/11) als Erfolgs- und Aufstiegsfaktoren aus.

¹ Paul Nolte: *Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik*; C.H. Beck Verlag (2004)
 Heinz Bude: *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*; Hanser Verlag (2008)
 Walter Willenweber: *Die Asozialen. Wie Ober- und Unterschicht unser Land ruinieren – und wer davon profitiert*; DVA (2012)
 Eurofound, *Access to social benefits: Reducing non-take-up*, Publications Office of the European Union (2015)

Notwendige Veränderungen für den Aufstieg

Die Haushalte wurden gefragt, was sich ihrer Meinung nach ändern müsste, damit Familien mit Kindern sozial aufsteigen können. In der Abbildung sind die Zustimmungswerte der Haushalte für 14 Aspekte aufgeführt. Die dunkelblauen Balken kennzeichnen dabei die Faktoren, von denen die Familien meinen, dass sie diese bräuchten, und die hellblauen Balken die, die sie umsetzen müssten, um sozial aufsteigen zu können.

Der Schwerpunkt liegt – abgesehen von der nicht zu beeinflussenden Situation, einmal richtig Glück zu haben – bei den verfügbaren materiellen Ressourcen, und auch die Gesundheit ist für die Haushalte entscheidend. Etwa

ein Viertel der Befragten sagte außerdem, dass sie eine „bessere Ausbildung“ und „andere, wichtige Jobs“ bräuchten. Es sind somit die klassischen und grundlegenden Bereiche der Lebensführung, die mit Blick auf schwierige Lebenslagen schon immer die zentralen Rollen spielen.

Akteure sehen vor allem strukturelle Faktoren

Die Akteure wurden ebenfalls gefragt, was sich ihrer Meinung nach ändern müsste, damit Familien mit Kin-

dern sozial aufsteigen können. Ihnen wurde die gleiche Auflistung vorgelegt wie den Haushalten, und wie die Haushalte konnten sie maximal drei der möglichen 15 Positionen ankreuzen.

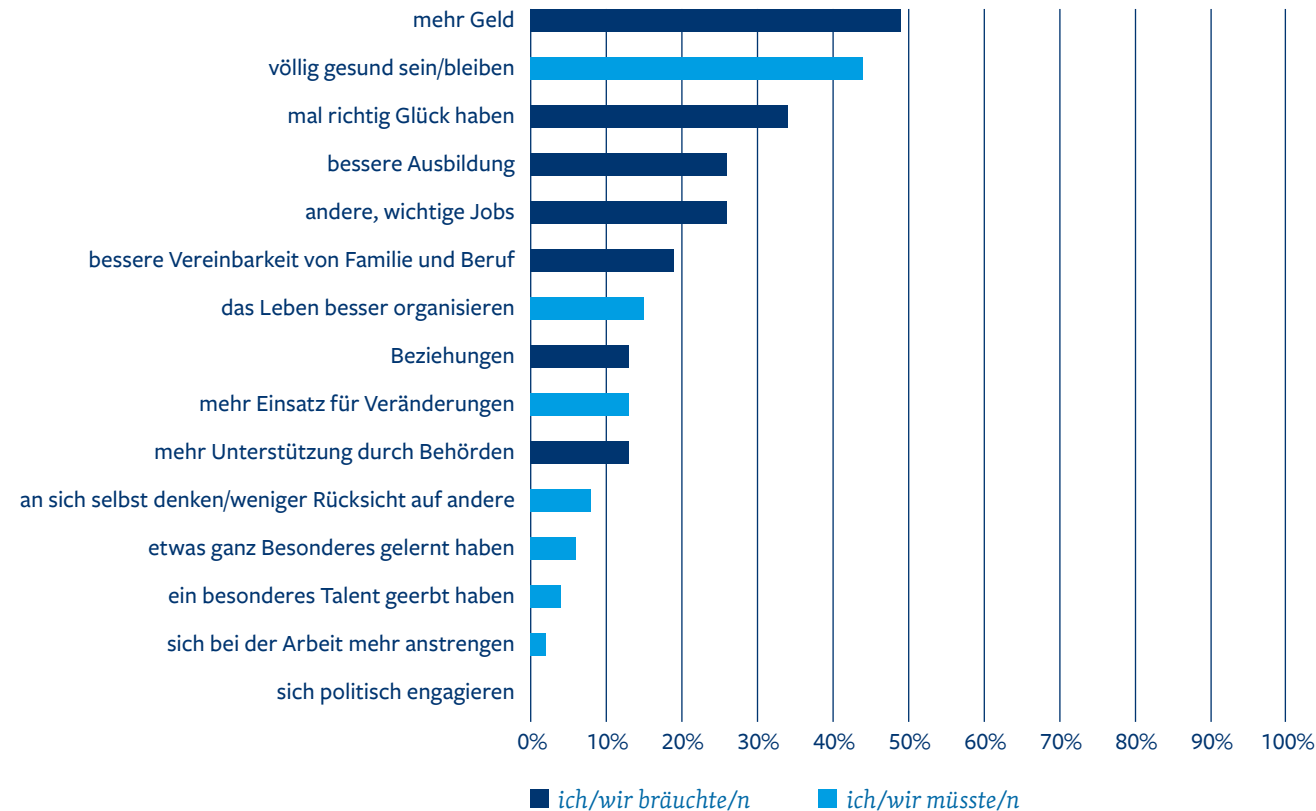
Auf den beiden ersten Plätzen liegen die Aspekte „Bessere Ausbildung“ und „eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Hierbei handelt es sich eher um strukturelle Faktoren oder Rahmenbedingungen, die wenig oder nichts mit individuellen Kompetenzen oder Fähigkeiten zu tun haben. Einem solchen Aspekt – „sie müssten ihr Leben besser organisieren“ – stimmte etwas mehr als ein Drittel der Akteure zu. Und mit „mehr Unterstützung durch die Behörden“ liegt auf Rang 4 ein weiterer Aspekt, der nicht auf der individuellen Ebene liegt, sondern das Hilfesystem betrifft. Somit beziehen sich drei der ersten vier Rangplätze auf Aspekte, die zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gehören und nach Ansicht der Akteure verändert werden müssten, um den betroffenen Haushalten den sozialen Aufstieg zu ermöglichen.

Sechs der elf Aspekte, die sich verändern müssten, haben einen Zustimmungswert von 11,3 Prozent und weniger, und vier dieser sechs Faktoren beziehen sich auf die individuelle Ebene, wo sich nach Meinung der Akteure unter anderem die Familien stärker engagieren müssten. Eine Übereinstimmung bei den insgesamt zehn in Frage kommenden Aspekten gibt es nur beim Punkt „etwas Besonderes gelernt haben“. Am größten ist die Abweichung der Sichtweise der Akteure von der der Haushalte beim Aspekt „mehr Geld“. Bei den Haushalten steht dieser ganz oben auf dem ersten Rangplatz und bei den Akteuren weit unten.

Diese Aussagen bestätigen andere Ergebnisse der Befragung, wonach es den Haushalten aus ihrer Sicht nur mit einem höheren Einkommen gelingt, aus der Einkommensarmut zu kommen und sozial aufsteigen zu können. Nach Ansicht der Akteure würden vor allem Veränderungen in Bezug auf Bildung und Arbeitswelt dazu beitragen, dass die Haushalte mit geringem Einkommen und minderjährigen Kindern sozial aufsteigen können.

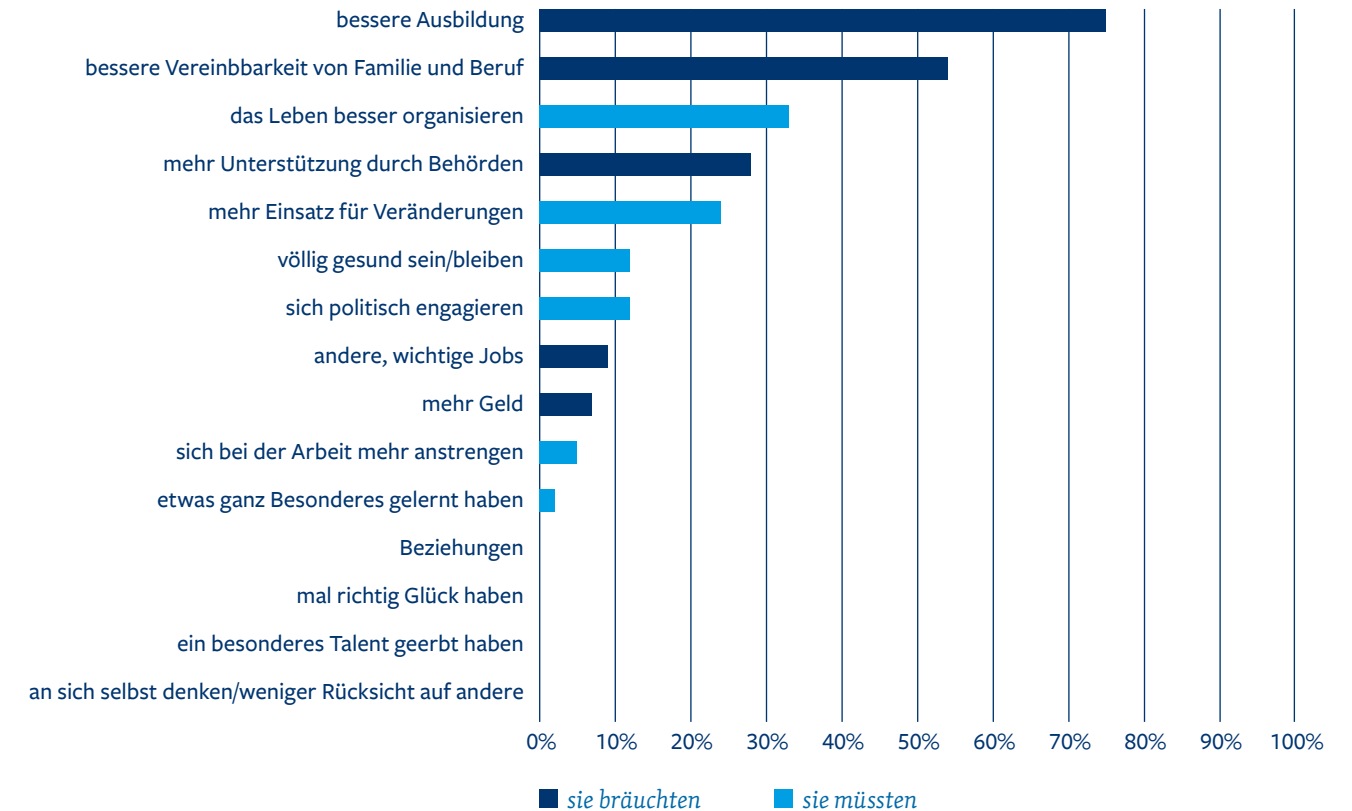
Notwendige Veränderungen aus Sicht der Haushalte

Befragung 2018



Notwendige Veränderungen aus Sicht der Akteure

Befragung 2018



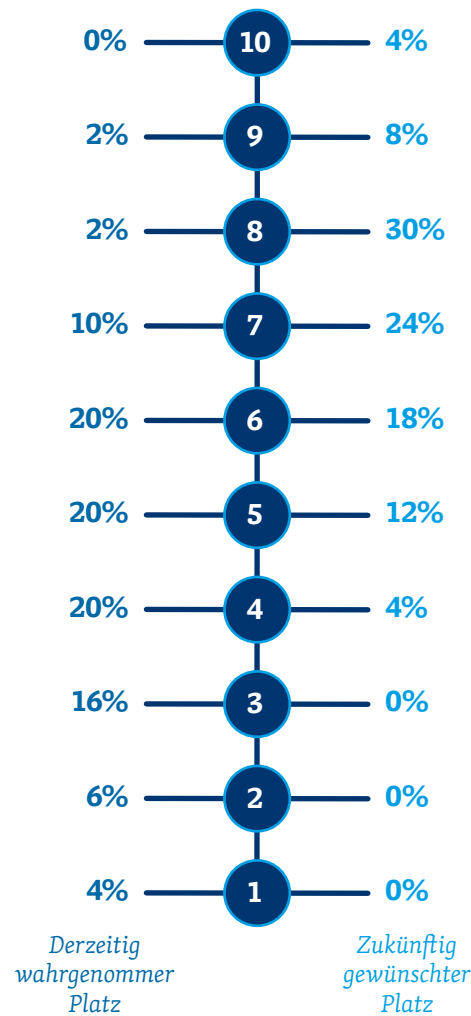
Der Weg nach oben auf der sozialen Leiter

Angenommen, unsere Gesellschaft ließe sich auf einer Leiter in zehn Stufen mit Bevölkerungsgruppen einteilen, die eher oben oder eher unten stehen, ordneten sich

zwei Drittel der Befragten auf der unteren Hälfte der Skala ein. Auf den Stufen 1 bis 3 verorteten sich 13 der insgesamt 50 Befragten (26 Prozent), auf den Stufen 8 bis 10 zwei Befragte. Mit 60 Prozent sortierte sich die Mehrheit auf den Stufen 4 bis 6 ein. Jeweils 18 Befragte (36 Prozent) waren mit ihrer Position eher oder sehr zufrieden und eher oder sehr unzufrieden.

Aktuell wahrgenommene und gewünschte soziale Position

Haushaltsbefragung 2018



Unterscheidet man die Angaben zur derzeitigen Positionierung in der Gesellschaft nach den Haushalten, deren Lebensqualität sich seit 2009 verbessert oder nicht verbessert hat, so zeigen sich Unterschiede: Diejenigen, deren Lebensqualität sich nicht verbesserte, sahen sich im unteren Bereich der Positionsleiter, die Stufe 3 wurde mit 27,3 Prozent am häufigsten genannt. Die Haushalte, deren Lebensqualität sich verbesserte, positionierten sich auf den Stufen 2 bis 9, mit 28,6 Prozent der Nennungen auf Stufe 6.

Junge Erwachsene haben höhere Ziele als ihre Eltern

Es wurde auch gefragt, welche Positionsstufen die Haushalte erreichen wollten: 30 Prozent gaben die achte Stufe als Ziel an, und insgesamt 42 Prozent verorteten sich zukünftig auf den drei obersten Stufen. Stellt man dabei die Ziele der Eltern und ihrer Kinder – die einzeln befragten jungen Erwachsenen – von elf teilnehmenden Haushalten nebeneinander, fällt zunächst auf, dass keine Eltern, aber die jungen Erwachsenen aus zwei Familien mit der Stufe 10 die höchste gesellschaftliche Position erreichen möchten. Ebenso lässt sich erkennen, dass in sieben der elf Haushalte die jungen Erwachsenen einen höheren Platz erreichen möchten als ihre Eltern. Diese Erkenntnisse lassen darauf schließen, dass die erwachsenen Kinder positiver in die Zukunft schauen als ihre Eltern.



Was wäre, wenn es ein Grundeinkommen gäbe?

„In einigen Ländern wird momentan über die Einführung eines Grundeinkommens diskutiert. Bedingungsloses Grundeinkommen würde bedeuten:

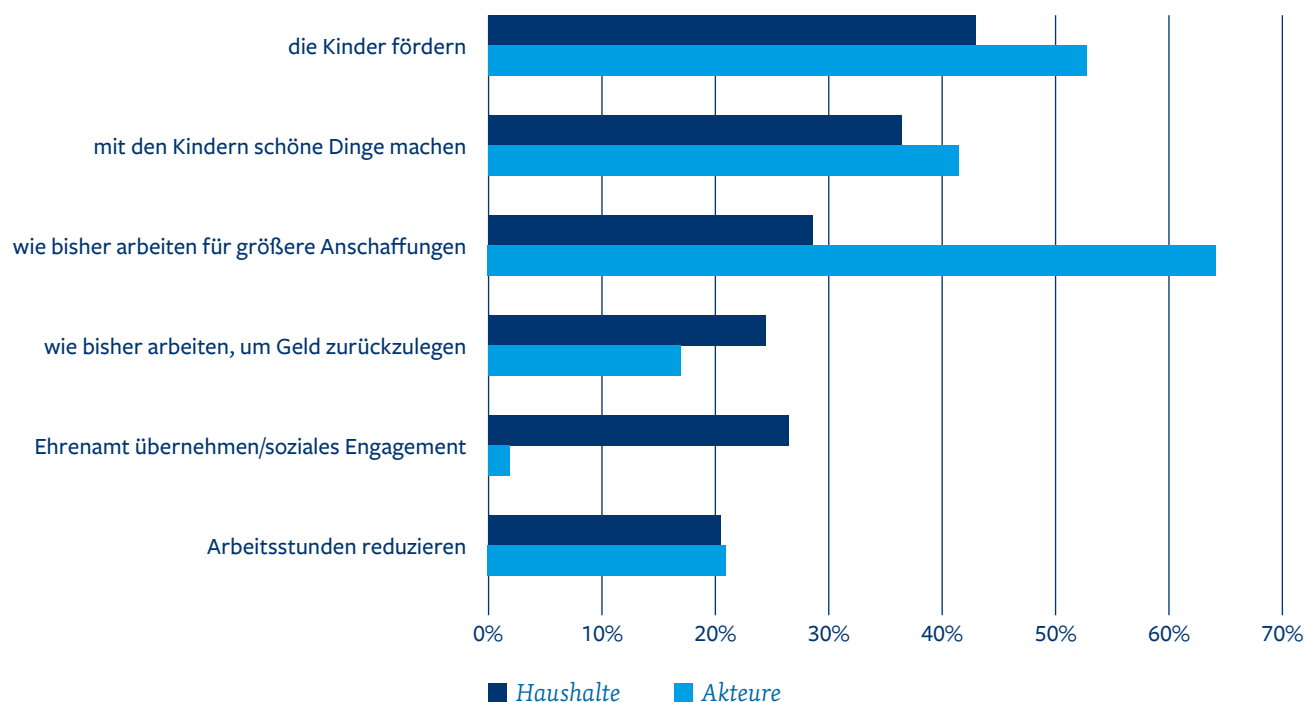
- Der Staat zahlt jedem ein monatliches Einkommen, das alle grundlegenden Lebenshaltungskosten deckt.
- Dadurch werden viele bestehende Sozialleistungen ersetzt.
- Das Ziel ist es, jedem einen minimalen Lebensstandard zu garantieren.
- Alle erhalten den gleichen Betrag, egal ob man arbeitet oder nicht.
- Man kann zudem das Einkommen aus Erwerbstätigkeit oder anderen Quellen behalten.

Stellen Sie sich vor, Sie bekämen dieses bedingungslose Grundeinkommen. Was würden Sie am ehesten damit machen?“

Dieser Text wurden den befragten Haushalten im Rahmen der Interviews zur Einführung in die Thematik vorgelesen. Aufgrund der Diskussionen um ein Grundeinkommen in Deutschland und der Umsetzung verschiedener Modelle und Versuche in anderen Ländern wie Italien und Finnland sollte ermittelt werden, welche Prioritäten die betroffenen Personen im Braunschweiger Land setzen würden. Insgesamt 49 Befragte äußerten sich dazu und konnten aus 16 möglichen Antworten jeweils maximal drei nennen.

Verhalten der Haushalte, gäbe es das bedingungslose Grundeinkommen

Die jeweils fünf häufigsten Antworten aus der Haushalts- und Akteursbefragung 2018



Wie die Grafik zeigt, wollte sich ein Großteil um die Förderung und das Wohlergehen der Kinder kümmern. Auch die Sicherung finanzieller Rücklagen spielte eine erkennbar große Rolle: Viele der Befragten, die zum Zeitpunkt der Interviews in Arbeit waren, wollten weiter wie bisher arbeiten, um zusätzliches Geld für größere Anschaffungen zu haben (28,6 Prozent) oder um Geld zurückzulegen (25,5 Prozent). Häufig wurden auch die Übernahme eines Ehrenamts und soziales Engagement genannt (26,5 Prozent). Nur zwei der 49 Personen gaben an, ihre Arbeit zu kündigen (4,1 Prozent).

Unterschiedliche Interessen und Prioritäten zeigten sich bei der Betrachtung der zwei Gruppen, die nach dem Aspekt der Verbesserung ihrer Lebensqualität gebildet wurden: Für die Haushalte, deren Lebensqualität sich zwischen 2009 und 2018 nicht verbessert hatte, stand „Urlaubmachen“ an erster Stelle (45,5 Prozent), gefolgt von „Kinder fördern“, „ein Ehrenamt übernehmen“ (jeweils 36,4 Prozent) sowie „wie bisher arbeiten für größere Anschaffungen“, „sich um gute Ernährung kümmern“ und „berufliche Weiterbildung machen/Ausbildung nachholen“ mit jeweils 27,3 Prozent.

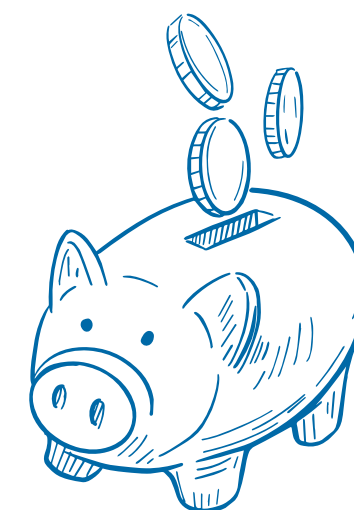
Die Haushalte, deren Lebensqualität sich verbessert hatte, zogen „Kinder fördern“ und „mit Kindern schöne Dinge machen“ (jeweils 47,6 Prozent) vor, gefolgt von „Anschaffungen tätigen“, „finanzielle Rücklagen bilden“ und „wie bisher arbeiten, um Geld zurückzulegen“, „wie bisher arbeiten für größere Anschaffungen“ und „Arbeitsstunden reduzieren“ (jeweils 28,6 Prozent).

Das Wohl der Kinder, Anschaffungen und Rücklagen haben Priorität

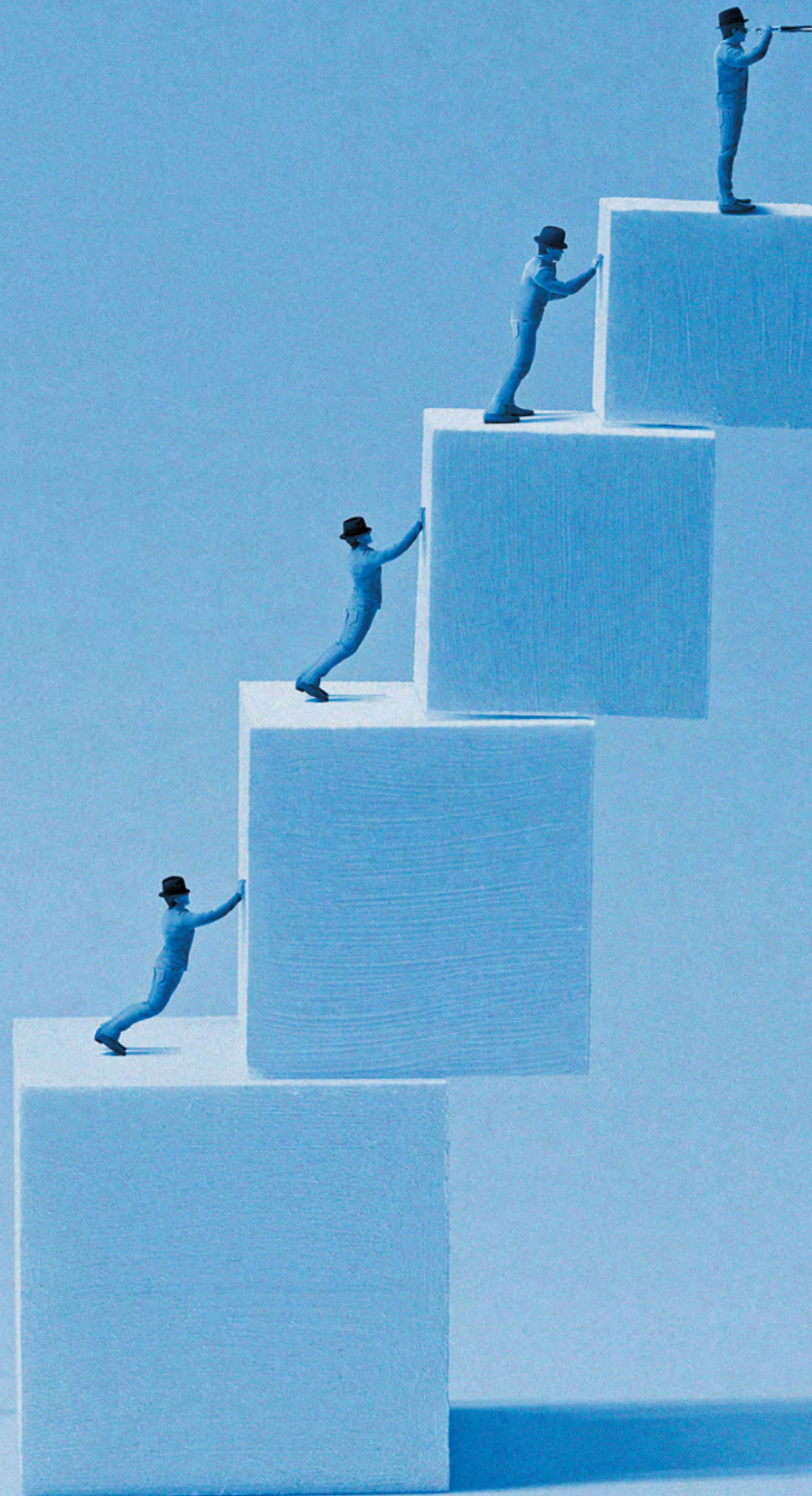
Auch die Akteure wurden nach ihrer Meinung gefragt, was die Haushalte mit dem Grundeinkommen anfangen.

Dass diejenigen, die in Arbeit waren, weiter wie bisher arbeiteten, um über zusätzliches Geld für größere Anschaffungen zu verfügen, meinten 64,2 Prozent, und 17 Prozent sagten, die Haushalte würden dieses Geld zurücklegen. Etwas mehr als die Hälfte der Akteure (52,8 Prozent) gab an, dass die Haushalte, sofern Kinder im Haushalt lebten, diese fördern und sie bei der Schule und der Ausbildung unterstützen würden. Und 41,5 Prozent gingen davon aus, dass diese Haushalte das Grundeinkommen dazu nutzen würden, um mit den Kindern schöne Dinge machen und eine gute Zeit verbringen zu können. Die größte Abweichung von acht Rangplätzen zwischen der Wahrnehmung der Haushalte und der Akteure gab es beim Aspekt „ein Ehrenamt übernehmen und sich sozial engagieren“. Für die Haushalte war dies ein wichtiger Aspekt, für die Akteure hingegen offensichtlich kaum vorstellbar.

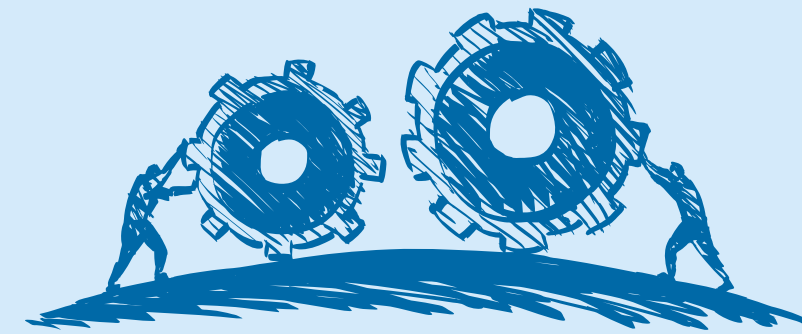
Insgesamt gibt es hier aber eine hohe Deckung der Aussagen von Haushalten und Akteuren. Die relativ weit verbreitete Annahme, dass sich Personen, die ein bedingungsloses Grundeinkommen beziehen, in der sogenannten sozialen Hängematte ausruhen würden, spiegeln die Antworten beider Gruppen nicht wider.



**Hilfen erbringen,
die passen**



Es gibt Möglichkeiten, die Situation zu verändern



Die Gesellschaft für Organisation und Entscheidung (GOE) formuliert im Folgenden Handlungsansätze zur Optimierung des Hilfesystems und der Helfenden, die sich aus den zentralen Auswertungsergebnissen der von ihr erstellten Studie ableiten lassen.

Die Ergebnisse der Befragungen zeigten in Bezug auf das Hilfesystem, dass es **große Unterschiede zwischen der Selbstwahrnehmung der betroffenen Haushalte und der Fremdwahrnehmung der Akteure** gab. Die Akteure schätzten die Klientel der einkommensschwachen Familien teilweise anders ein als die Betroffenen selbst und kannten deren grundlegende Sorgen und die bestehenden Probleme nur unzureichend. In der alltäglichen Arbeit können sich mangelnde Kenntnisse und fehlendes Wissen über die Situation der Hilfesuchenden für beide Seiten negativ auswirken: Die betroffenen Haushalte sind unzufrieden mit den Angeboten und Leistungen, und die Mitarbeitenden in den Einrichtungen des Hilfesystems sind frustriert, weil ihre Arbeit nicht die erhofften Ergebnisse erreicht.

Veränderung der Wahrnehmung und der Haltung der Akteure

Um Missverständnissen und Fehleinschätzungen vorzubeugen, soziale, kulturelle und emotionale Zugangsbarrieren abzubauen sowie akzeptable und attraktive Zugänge zu den Hilfs- und Unterstützungsangeboten

schaffen zu können, ist es wichtig, dass sich die Akteure der Diskrepanz in der Fremd- und Selbstwahrnehmung bewusst werden und die eigene Haltung hinterfragen und bearbeiten: Erst wenn ein Verständnis für die Lebenssituation der Betroffenen entwickelt wurde und die Akteure wirklich wissen, was die wichtigsten Themen für die Familien sind, können die Hilfen auch passgenau entwickelt werden.

Dies kann in einem ersten Schritt durch den **Austausch** untereinander oder **interne Fortbildungen** passieren. Auch regelmäßige **Befragungen** der unterstützten Haushalte, bei denen diese Feedback geben, Vorschläge unterbreiten und Wünsche äußern können, helfen dabei, die Angebote und Maßnahmen bedarfsgerechter und zielorientierter zu gestalten. Ein „Raus aus dem Büro“, die Verlagerung der Beratung von der eigenen Einrichtung hin zu den Familien – an gut besuchten Orten wie Spielplätze oder Parks, in Tageseinrichtungen für Kinder oder Stadtteiltreffs – erhöht die Akzeptanz des Angebots bei den Hilfesuchenden.

Darüber hinaus könnten sich Betroffene über eine **Interessenvertretung** in regelmäßigen Treffen mit den Akteuren austauschen und unter Umständen auch an

der Entwicklung und Etablierung von neuen Maßnahmen beteiligt werden. Wenn die Betroffenen bei Entscheidungen über Bedarfe, Probleme und Herangehensweisen nicht systematisch eingebunden werden, ist die Gefahr groß, dass Entscheidungen „auf dem Papier“ vermeintlich gut sind, ihnen mit ihren alltäglichen Bedürfnissen und Sorgen aber nicht weiterhelfen.

Durch eine veränderte Wahrnehmung und Haltung der Akteure wird es eher möglich, Hilfen und Unterstützungsangeboten zu schaffen, die nicht isoliert erbracht werden, sondern sinnvoll ineinander greifen und als **Paket aus einer Hand** kommen. Denn dies ist die nächste Herausforderung für das Hilfesystem: Um Unterstützung bei der Bewältigung unterschiedlicher, aber zusammenhängender Probleme zu bekommen, müssen die Betroffenen häufig mit mehreren Akteuren gleichzeitig kommunizieren und interagieren. Das stellt für viele Haushalte eine zusätzliche Hürde dar, die vermieden werden sollte – denn über ein Drittel gab an, seit 2009 grundlegende und nicht verschwindende Sorgen im Bereich „Ämter und Behörden“ zu haben.

Die Versäulung des Hilfesystems sollte aufgehoben werden

Das Hilfesystem darf sich nicht zunehmend von den Hilfesuchenden entfernen und inhaltlich und organisatorisch „versäult“ agieren. Mullainathan und Shafir¹ schreiben dazu: „Wir verstehen, dass Miete, Essen und

Schulgebühren Teil eines privaten Haushaltsbudgets sind. Statt nun Erziehung, Gesundheit, Finanzen und die Kinderbetreuung als gesonderte Probleme anzusehen, müssen wir erkennen, dass sie alle einen Teil der Bandbreite einer Person bilden.“

Die Organisation der Hilfen sollte neu ausgerichtet und ein Hilfesystem etabliert werden, das sich an den Lebenslagen der einkommensarmen Haushalte mit Kindern orientiert. Um dies auf der Planungsebene abbilden zu können, ist eine **integrierte Sozialplanung** notwendig. Das gilt sowohl für die Verwaltungen der Städte und Landkreise als auch für die freien Träger der Wohlfahrtspflege. Integrierte Sozialplanung macht es möglich, ämter- und fachbereichsübergreifende Ansätze für die Steuerung von Sozialpolitik umzusetzen.

Mit der Verknüpfung der unterschiedlichen Handlungsfelder – unter anderem Gesundheit, Bildung, Soziales, Wohnen und Arbeit – werden Einblicke und Erkenntnisse erzeugt, die die Grundlage für eine bedarfsgerechte und wirkungsvolle Infrastruktur darstellen. Denn hinsichtlich der Einzelfallhilfen zeigt die Studie gleichzeitig: Bei der passgenauen und auf die Bedürfnisse und Sorgen der am stärksten deprivierten Haushalte zugeschnittenen Hilfen gibt es nach wie vor deutlichen und hohen Handlungsbedarf.

Ein wesentlicher Faktor, der zum Gelingen einer integrierten Sozialplanung beiträgt, ist auch hier die Beteiligung von betroffenen Menschen an den Prozessen vor Ort. So legten die Auswertungsergebnisse zu der Frage,

¹ Sendhil Mullainathan, Eldar Shafir – „Knappheit: Was es mit uns macht, wenn wir zu wenig haben“; Campus Verlag (2013)

ob der Alltag psychisch belastend erlebt wird, die Etablierung eines Angebots **Alltagsbewältigung** nahe, weil die Organisation der alltäglichen Dinge offensichtlich einen großen zeitlichen und organisatorischen Aufwand und Stress für viele Familien bedeutet: 30 Prozent der Befragten fühlten sich öfter erschöpft oder erschlagen, 26 Prozent berichteten von wiederkehrenden Ängsten und Sorgen, und 24 Prozent fühlten sich oft überlastet.

Im Bereich Alltagsbewältigung sollten die Hilfen und Unterstützungen bereits unterhalb der Ebene von SGB-Pflichtleistungen ansetzen. Dies soll verhindern, dass eine nicht angemessene Bewältigung des Alltags später Interventionen nach dem SGB nach sich zieht. Ziel ist zunächst eine Stabilisierung des Haushalts, um beispielsweise Dominoeffekte von Entscheidungen und Bewältigungsstrategien zu verhindern, die eine Verfestigung der prekären Familiensituation nach sich ziehen. Die (belastbaren) Familienmitglieder, Freunde, Bekannte sowie sonstige Netzwerke der Betroffenen sollten bei dieser Hilfe eingebunden werden.

Die Alltagsbetreuer sollten beim Abwägen und Treffen von Entscheidungen unterstützen, die Kompetenzen zur Bewältigung des Alltags stärken und dadurch helfen, Überforderungen abzubauen oder zu verhindern. Weil der Zugang zu wirksamen Angeboten und zu professioneller Unterstützung der von Einkommensarmut betroffenen Haushalte eine zentrale Herausforderung darstellt, gehört es ebenso zu den Aufgaben der Alltagsbetreuer, den Haushalten beim Umgang mit Behörden und Ämtern zu helfen und sie unter Umständen zu begleiten. Die Arbeit der Alltagsbetreuer entspricht damit in etwa dem Profil und der Funktion der historischen „Gemeindegewester“ – Erfahrungen aus der Vergangenheit könnten somit als Vorlage für ein entsprechend zeitgemäßes Angebot dienen. Die Finanzierungsgrundlage wären die SGB V und VIII.

Ist es nicht möglich, eine derartige Alltagsbewältigung anzubieten, sollte zumindest eine Begleitung zu Ämtern und Behörden realisiert werden, denn wie bereits beschrieben gab über ein Drittel der befragten Haushalte

an, Sorgen in diesem Bereich zu haben. Die rechtliche Grundlage für eine begleitende Maßnahme ist mit Paragraph 13, Absatz 4 des SGB X gegeben: „Ein Beteiligter kann zu Verhandlungen und Besprechungen mit einem Beistand erscheinen.“ Durch die Begleitung wird versucht, Schnittstellenprobleme wie zum Beispiel ungeklärte Zuständigkeiten, die zwangsläufig bei der Bearbeitung von individuellen Problembündeln in einem versäulten Hilfesystem gegeben sind, zu beheben oder sie gar nicht erst entstehen zu lassen.

Alles aus einer Hand: der Aufbau neuer Strukturen

Mit zwei zentralen Funktionsebenen, einer Koordinierungsstelle sowie einer Anlaufstelle wird diese Organisation gewährleistet. Zu den zentralen Maßnahmen der **Koordinierungsstelle** gehören Entwicklung, Aufbau und Etablierung einer Hilfe-, Unterstützungs- und Angebotsstruktur, die den individuellen Problembündeln entsprechen, sowie eine Vernetzung und Abstimmung der verschiedenen Akteure und Einrichtungen des Hilfesystems. Als Zwischenschritt kann eine direkte interdisziplinäre Zusammenarbeit der Dienste vor Ort organisiert werden, um eine effektivere Koordinierung untereinander – inklusive einer Weiterentwicklung der bestehenden Angebote – zu ermöglichen.

Die zentralen Aufgaben der **Anlaufstelle** sind:

- niedrigschwellige Sofortberatung in allen Fragen der allgemeinen Lebensführung inklusive Unterstützung bei Anträgen und Formularen
- Informationen über Angebote und Dienste bereithalten, aktualisieren und ausgeben
- Hilfebedarf der hilfebedürftigen Personen (Anzahl der Probleme, einmaliges oder dauerhaftes Problem, Themenbereiche etc.) und der Ressourcen der Personen ermitteln und erfassen
- Personen zu den jeweils zuständigen Beratungsstellen und Diensten vermitteln und

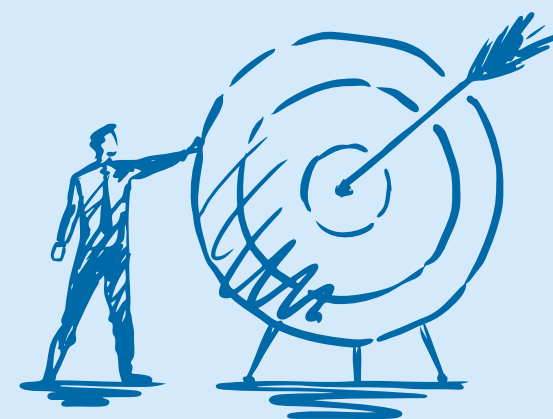
gegebenfalls begleiten, abhängig von der Problemlage der Hilfesuchenden

- Sprechstunden von Diensten vor Ort anbieten, zum Beispiel Jobcenter
- Ansprechpartner für die Akteure und Einrichtungen vor Ort

In der täglichen Arbeit der Anlaufstelle kommt dem **Screening** eine wichtige Funktion zu: Hier werden die Probleme und Problembündel der Besucher aufgenommen, entsprechend passende Hilfeanbieter herausgefiltert und doppelte Leistungserbringung oder Betreuung verhindert. Die Mitarbeitenden sollten über fundierte Kenntnisse des Hilfesystems verfügen, die regionale Helfelandschaft, die einzelnen Anbieter und deren Leistungen im Blick haben, Lücken und Defizite erkennen und zu ihrer Kompensation beitragen können. Die einzelnen Hilfen und Unterstützungen müssen in eine optimale Abfolge gebracht werden und auf Grundlage der komplexen Bedürfnisse der Hilfesuchenden neue Hilfen erschlossen werden.

Wirkungen feststellen und klare Ziele formulieren

Ebenso wichtig wie die Wahrnehmung der Probleme und die Kenntnisse über die Lebenslagen und Bedürf-



nisse der einkommensschwachen Haushalte mit Kindern ist das Wissen um die Wirkung von Hilfen und Unterstützungen. Hat eine Maßnahme keine oder unerwünschte Wirkungen, ist es aus Sicht der Hilfesuchenden eine Belastung und Vergeudung wertvoller Zeit, die gerade in Notlagen sinnvoll genutzt werden muss; aus Sicht der Akteure wird die erbrachte Leistung zu einem unbefriedigenden und frustrierenden Aufwand und für die Träger und Geldgeber zu einer Verschwendung von Ressourcen.

Die Diskussion sollte deshalb nicht nur über die Qualität der Leistungen, sondern insbesondere mit Blick auf deren Wirkungen geführt werden. Dabei beziehen sich Wirkungen nicht nur auf einzelne Dienste, sondern auch auf das gesamte Hilfesystem. Im Fokus stehen dabei Fragen nach unnötigen parallelen Leistungen, Angebotslücken für einzelne Zielgruppen sowie unkoordiniertem Handeln und fehlendem Austausch zwischen den Akteuren.

Entscheidend für eine wirkungsorientierte Ausrichtung der Arbeit ist die **Festlegung und Definition von erreichbaren Zielen**: Ohne Ziele festgelegt zu haben, kann nicht zielgerichtet gearbeitet werden, und es sind auch keine Aussagen zur Wirkung der eigenen Arbeit möglich. Die Ziele müssen wiederum auf Basis der Ist-Werte mit Zielwerten hinterlegt werden. Dazu wird ein differenziertes, aber benutzerfreundliches Datendokumentationsinstrument mit entsprechenden Auswertungskompetenzen benötigt, mit dem der Grad der Zielerreichung festgestellt werden kann. Es bietet die Entscheidungsgrundlage dafür, ob Projekte, Inhalte, Angebote und Maßnahmen beibehalten oder verändert werden – oder möglicherweise die Ziele anzupassen sind.

Einkommen erhöhen, Auskommen mit geringem Einkommen ermöglichen

Der Ansatz, Einkommensarmut mit einem höheren Einkommen zu bekämpfen, ist als eine der effektivsten



Maßnahmen nachvollziehbar. Auf der politischen Ebene ist das „Starke-Familien-Gesetz“ ein guter Ansatz, um besonders auch den einkommensschwachen Haushalten zu helfen – die Ausschöpfungsquote liegt derzeit bundesweit allerdings nur bei rund 40 Prozent.

Um Einkommen zu erhöhen, gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, wie zum Beispiel die Erhöhung der Mindestlöhne sowie des Grundfreibetrags und der Prozentsätze bei einem zusätzlichen Erwerbseinkommen von Aufstockern. Zusätzliche Ideen und Konzepte verschiedener Parteien, Bündnisse und Verbände sind das bedingungslose Grundeinkommen, die Einführung einer Kindergrundsicherung oder das Teilhabegeld für Kinder und Jugendliche.

Die Ergebnisse der Befragungen zeigen allerdings, dass es Haushalte gibt, in denen die finanzielle Situation so knapp und beständig ist, dass sie – zudem oft in Verbindung mit anderen Problemen – nur schwer überwunden

werden kann. Bewältigungs- und Verzichtsstrategien führen dann nicht dazu, dass das Haushaltseinkommen ausreicht. So scheint die Einkommensarmut für 22 Prozent der Haushalte wie ein Gefängnis zu sein: Ihre Lebensqualität hatte sich zwischen 2009 und 2018 weder objektiv noch subjektiv verbessert, sie waren immer noch „ganz unten“.

Auch die Aufnahme von Erwerbsarbeit nach einer Arbeitslosigkeit reicht häufig nicht aus. Es muss dauerhaft zu einer Verbesserung kommen. Deshalb sollten vor allem für diese Zielgruppe individuelle Qualifizierungsmaßnahmen, Weiterbildungen, Schulungen und weitere Maßnahmen für die berufliche Entwicklung angeboten und finanziert werden.

Gelingt es nicht, über ein höheres Haushaltseinkommen die Bandbreite an Handlungen und Möglichkeiten zu erweitern, sind Hilfen wichtig, die ein Auskommen mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln zum Ziel haben. Zu diesem Zweck wird die Einrichtung eines Angebots **Wirtschaften und Haushaltsführungs-kompetenzberatung** empfohlen.

Zu dessen Leistungsspektrum gehören:

- Einkommensberatung (Erschließen weiterer Ressourcen wie Wohngeld, Kinderzuschlag, Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz, Kinderfonds etc.; Nutzen von Steuervergünstigungen und sonstigen Vergünstigungen inklusive Erstellen einer entsprechenden Vergünstigungsliste)
- Hilfestellung beim Erstellen entsprechender Anträge
- Einrichten eines Treuhandkontos auf Wunsch der betreuten Person/Familie
- Schuldnerberatung und Schuldenregulierung
- Einkaufsmanagement und Beratung zur Vorratshaltung
- Ernährungsberatung

- Kontoführungsmanagement
- Energieberatung
- Aufklären über kostenlose Angebote und Leistungen im Gesundheitsbereich

Dass der Bedarf für eine Einkommensberatung bei den betroffenen Haushalten generell gesehen wird, bestätigt der Gesetzgeber: „Die Beratung umfasst auch eine gebotene Budgetberatung“ heißt es im SGB XII, Paragraph 11. Somit gibt es eine entsprechende gesetzliche Grundlage für die Einrichtung des Angebots „Wirtschaften und Haushaltsführungs-kompetenzberatung“.

Einkommensarmut kann auch dadurch bekämpft werden, dass die betroffenen Haushalte ihre geringen Einkünfte für bestimmte Dinge nicht ausgeben müssen, da diese kostenlos angeboten werden oder vergünstigt zu erhalten sind: In der Befragung gaben fast zwei Drittel der Haushalte, deren Lebensqualität sich seit 2009 insgesamt nicht verbessert hatte, an, dass ihnen Angebote, die „keine Kosten“ verursachen, sehr wichtig sind. So könnten die Kommunen einen Ausweis ausstellen, der den Inhaber aufgrund seines geringen Einkommens berechtigt, vergünstigt den öffentlichen Nahverkehr, Museen, Schwimmbäder und andere öffentliche Einrichtungen zu nutzen.

Die Gesundheit der Hilfesuchenden zu einem wichtigen Thema machen

Die Probleme und Dauersorgen im Bereich Gesundheit sind neben den finanziellen Schwierigkeiten ein zentrales Thema und stellen einen hohen Handlungsbedarf für die betroffenen Haushalte dar. Allerdings zeigen die Ergebnisse der Befragungen, dass sie von den Akteuren als nicht so relevant angesehen werden wie von den Haushalten selbst. Insbesondere vor dem Hintergrund von möglichen Dominoeffekten ist es wichtig, dass der

Zusammenhang zwischen Gesundheit und anderen Bereichen erkannt und das **Bewusstsein für ein ganzheitliches Gesundheitsverständnis**, das physisches, psychisches und soziales Wohlbefinden umfasst, gestärkt wird.

Neben der Erfahrung konstanter Problemlagen weisen Ergebnisse der Studie darauf hin, dass viele Familienmitglieder in den einkommensschwachen Haushalten häufig gestresst, überfordert oder erschöpft sind. Um diese Haushalte zu unterstützen, lassen sich Befunde aus der Resilienzforschung heranziehen: „Unter Resilienz wird die Fähigkeit von Menschen verstanden, Krisen im Lebenszyklus unter Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen zu meistern und als Anlass für Entwicklung zu nutzen.“¹

Weil es gerade im Gesundheitsbereich um sehr individuelle Probleme und Herausforderungen geht, sollten haushaltsbegleitende Dienste entwickelt und umgesetzt werden. Diese könnten über einen regionalen Gesundheitsfond finanziert werden, in den Krankenkassen, Kommunen, Stiftungen und private Sponsoren einzahlen und mit dem ausschließlich Einzelfallhilfen unterstützt werden. Die Förderung von übergreifenden Gesundheitsprojekten und -maßnahmen sollte anderen Organisationen und Einrichtungen vorbehalten bleiben.

Es sollte darüber hinaus geprüft werden, inwiefern sich durch das Präventionsgesetz (Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention) Möglichkeiten der finanziellen Förderung ergeben. Erklärtes Ziel des Gesetzes ist es, die Zusammenarbeit der Sozialversicherungsträger, Länder und Kommunen in den Bereichen Prävention und Gesundheitsförderung zu stärken und für diesen Zweck mehr Mittel in Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen, Kommunen und Betriebe zu investieren. Darüber hinaus werden Gelder zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen im Bereich Gesundheit bereitgestellt.

¹ Rosemarie Welter-Enderlin u. Bruno Hildenbrand – „Resilienz – Gedeihen trotz widriger Umstände“; Carl-Auer Verlag (2008)

Der Armut begegnen im Braunschweiger Land

Welche Erkenntnisse der Studie sich für die Verbesserung der Situation von Familien mit geringem Einkommen im Braunschweiger Land eignen, was in der jüngeren Vergangenheit bereits passiert ist und was vor Ort noch getan werden sollte, fasst im Folgenden die Diakonie als Herausgeberin zusammen.

Eine Besonderheit der vorliegenden Studie besteht darin, dass Daten aus Langzeiterhebungen bislang nur sehr vereinzelt erhoben werden konnten. Nur sehr selten werden Einblicke in der vorliegenden Tiefe ermöglicht. Selten sind die Akteure aus Politik, Wohlfahrt und Verwaltung im operativen Alltag so nah dran an den tatsächlichen Problemen und Bedarfen, wie es wissenschaftliche Erhebungen zu Tage fördern können. Das regelmäßige Zuhören und die gezielte Auseinandersetzung mit individuellen Problemlagen ist somit eine unerlässliche Ergänzung der staatlichen Programme und Maßnahmen, die in den Sozialgesetzgebungen verankert sind.

Die Ableitung von konkreten sozialpolitischen Forderungen aus Daten und Erhebungen ist dabei jedoch stets mit Schwierigkeiten verbunden. Wie aussagekräftig sind einzelne Untersuchungen in bestimmten Befragungssettings? Wie repräsentativ können Ergebnisse sein, die über kommunale Grenzen hinweg erhoben

und miteinander ausgewertet werden? Sind Erkenntnisse aus großstädtischen und ländlichen Bezugsräumen gleichermaßen in Beziehung zueinander zu setzen oder müssen Daten unter jeweils eigenen Parametern bewertet werden? Welche Schlussfolgerungen sind daraus konkret zu ziehen? Der Streit um Deutungshoheit scheint dabei im politischen Diskurs vorprogrammiert. Er muss aber zwingend hörbar und transparent geführt werden.

Unabhängig davon, wie man sich einzelnen Daten zur Situation von Familien mit geringem Einkommen nähert, ist eins festzuhalten: Im gesamten sozialpolitischen Diskurs scheint es noch immer an validen Datengrundlagen zur Entwicklung sozialpolitischer Maßnahmen zu mangeln. Auch wenn etwa mit dem Sozio-Oekonomischen Panel (SOEP) oder dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Ansätze für langfristige und politiknahe Forschung, Evaluierung und Erhebung bereits etabliert sind, zeigt sich, dass es für die Gestal-



tung regionaler und kommunaler Politikansätze auch ortsnaher Datengrundlagen bedarf. Mit der wiederkehrenden Handlungsorientierten Sozialberichterstattung ist das Land Niedersachsen schon auf einem guten Weg.

Unterstützung schaffen und Teilhabechancen verbessern

Nach wie vor wird ein **ausreichendes Erwerbs- oder Haushaltseinkommen** als Grundlage für gelingende gesellschaftliche Teilhabe und Armutsprävention angesehen. Dabei bleibt aber immer noch die Frage offen, wie und für welche Bereiche das Einkommen verwendet werden muss. Eine besondere, vielleicht nach wie vor unterschätzte Bedeutung kommt auch den individuellen **Kenntnissen und Ressourcen zur Aktivierung von persönlichen Netzwerken** zu. Das Thema der materiellen Armut korreliert unmittelbar mit dem The-

ma der sozialen Teilhabe beziehungsweise den sozialen Kontakten. Ob individuelle prekäre wirtschaftliche Verhältnisse als solche wahrgenommen werden oder der persönliche Status ganz anders bewertet wird, hängt auch davon ab, wie stark persönliche Netzwerke stabile Lebens- und Teilhabemöglichkeiten ermöglichen.

Darüber hinaus sind es auch öffentliche Angebote und Leistungen für Familien, etwa in den Bereichen Kultur, Bildung, Ausbildung, medizinische Versorgung, Pflege und Arbeitsmarkt, die maßgeblich dazu beitragen, Unterstützung in prekären Lebenslagen zu schaffen und Teilhabechancen zu verbessern. Einkommensungleichgewichte können hier nach wie vor effektiv und nachhaltig verbessert werden. Dadurch kann es besser gelingen, gute Voraussetzungen für eine Erwerbsbeteiligung und ausreichende Erwerbseinkommen zu schaffen.

Die Kommunen im Braunschweiger Land verfügen über ganz unterschiedliche Strukturen und Möglichkeiten, Stärken und Voraussetzungen, um Bürgerinnen und Bürger und auch Familien gezielt zu unterstützen. Die jeweiligen etablierten Stärken und Strukturen sollten über bestehende kommunale Grenzen hinaus identifiziert und wahrgenommen werden. Es bedarf einer **interkommunalen und regionalen politischen Verständigung** darüber, anhand welcher Kennzahlen und vor allem politischer und sozialplanerischer Zielsetzungen solche Angebote, Orte und Strukturen identifiziert und gezielt entwickelt und gefördert werden. Orte und

¹ Sendhil Mullainathan, Eldar Shafir – „Knappheit: Was es mit uns macht, wenn wir zu wenig haben“; Campus Verlag (2013)

Strukturen sollten möglichst übergreifend genutzt und weiterentwickelt werden können.

Helfen könnte die **Weiterentwicklung der Handlungsorientierten Sozialberichterstattung des Landes Niedersachsen**. Das Land Niedersachsen verfügt in Ansätzen (zum Beispiel über die Ämter für regionale Landesentwicklung) über Strukturen, die unterschiedliche Landesteile und Entwicklungsräume in den Blick nehmen. Hier könnte ein gezieltes **regionales Sozialmonitoring** über kommunale Grenzen hinweg entwickelt und etabliert werden. Davon könnten auch vor allem strukturschwächere Kommunen profitieren.

Bedarfe von Betroffenen besser erfassen und aufnehmen

Es sollten jedoch nicht nur die üblichen Indikatoren und Kennzahlen regelmäßig erhoben und ausgewertet werden. Auch Angebote, Maßnahmen und Strukturen, die für die Armutsprävention und Teilhabesicherung von Bedeutung sind, sollten bei derlei Erhebungen identifiziert und erfasst werden. Dies kann helfen, unterschiedliche Angebote und Projekte auch über kommunale Grenzen hinaus vorzuhalten, zu nutzen oder auszulasten.

Die Kommunen müssen stärker in die Lage versetzt werden, Menschen in prekären Lebenslagen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und die Folgen von Armut abzumildern, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und eine gewisse Grundversorgung sicherzustellen. Dabei kann der Bereich einer spezifischen zielgruppenübergreifenden regionalen Armutsprävention besonders auch jüngere Menschen unterstützen (Stichwort: Ausbau von „Bildungslandschaften“).



Wichtig ist es, die Bedarfe und Wahrnehmungen von Betroffenen besser zu erfassen und aufzunehmen. Die vorliegende Studie hat gezeigt, dass es sowohl bei den Akteuren als auch bei den Beteiligten noch immer starke Defizite in der Kenntnis und Kenntnisnahme, der Information und in der Wahrnehmung von Angeboten und Strukturen gibt. Regelmäßige Erkenntnisse aus einem übergreifenden Sozialmonitoring, das auch über die integrierte Sozialplanung in die Kommunen eingespielt werden kann, können dabei helfen, Angebotsstrukturen transparenter und die Information darüber kommunenübergreifend zu kommunizieren.

Personenbezogene Ansätze in den Kommunen weiter ausbauen

Die Grundlage für eine aktive kommunale Bearbeitung des Themas Armut leitet sich aus der Mitwirkung der Kommunen bei den konkreten Dienstleistungen im Prozess der materiellen Existenzsicherung ab. Das Zusammenwirken von rechtlichen, ökonomischen, pädagogischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen und Grundlagen ist entscheidend für eine nachhaltige Bearbeitung des Themenkomplexes vor Ort. Dabei können vor allem im Bereich **personenbezogener Handlungsansätze** Verbesserungen und Entwicklungen in

allen Kommunen eine zentrale Rolle spielen. Personenbezogene soziale Dienstleistungen zielen darauf ab, die Handlungsfähigkeit und die Handlungsbereitschaft von bestimmten Personengruppen mit dem Ziel der verstärkten gesellschaftlichen Teilhabe zu verbessern. Diese sollten in allen Kommunen weiter ausgebaut und entwickelt werden. Beispiele aus der Praxis sind etwa Elternbildungsangebote in Quartieren und Stadtteilen mit hohen Bedarfslagen sowie Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Kontext des SGB II auch mit beratenden und informativen Angeboten. Entscheidend dabei ist es, die **Zugangsteuerung** zu solchen Angeboten mitzudenken und fortlaufend zu evaluieren.

Koordinierte Ansprache und kontinuierliches Berichtswesen

Notwendig ist je nach Bedarf und örtlichen Gegebenheiten eine koordinierte Ansprache und Einbeziehung der jeweiligen Zielgruppen durch Fachpersonal und eines kontinuierlichen Berichtswesens zur Inanspruch-



nahme von Angeboten. Auch sprachliche Barrieren und Hürden sowie deren Überwindung sollten hier mit im Blick sein.

Die Befragung von Akteuren ganz unterschiedlicher strategischer und operativer sozialpolitischer Bereiche, Behörden, Einrichtungen und Institutionen deutet nach wie vor auf Informationsdefizite über die Bedarfe und Bedürfnisse von benachteiligten Personen und Familien hin. Die Situation wird teilweise nur verzerrt wahrgenommen, tatsächliche Bedarfe falsch eingeschätzt. Dies ist ein Hinweis darauf, dass Akteure in sozialpolitischen Helfefeldern weiterhin **Sensibilisierungsbedarf** aufweisen und Betroffene stärker unmittelbar zu Wort kommen sollten.

Armut zum Handlungsschwerpunkt der Sozialpolitik vor Ort machen

In Niedersachsen wurden in den vergangenen Jahren zunehmend Koordinierungsstellen für übergreifende Querschnittsthemen konzipiert und in den Kommunen für regionales Management implementiert (zum Beispiel für die Bereiche Inklusion, Gesundheit, Bildung und Integration). Bei den anstehenden Evaluierungen der jeweiligen Richtlinien und bei der Formulierung künftiger Förderansätze sollten sich die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden und weiteren Akteuren dafür einsetzen, den Themenbereich für materiell **benachteiligte Personen und Familien zielgruppenübergreifend gesondert in den Blick zu nehmen** und als Handlungsschwerpunkte in der kommunalen Sozialpolitik zu verankern.

Nach Möglichkeit sollten zum Beispiel Betroffenenbeiräte bei Jobcentern oder Elternbeiräte aus Schu-

len regelmäßig bei der Gestaltung von Angeboten und Maßnahmen angehört werden. Insgesamt sollten unter dem Dach einer integrierten Sozialplanung in den Kommunen **Netzwerkansätze** ausgebaut werden, die die Gesamtheit benachteiligter Personen und Familien gemeinsam mit Akteuren der Hilfesysteme in den Blick nimmt und kommunale Handlungsschwerpunkte und -bedarfe identifiziert und bearbeitet.

Verknüpfung von Städtebau und kommunaler Sozialplanung

Ein Trend in der Gestaltung von sozialpolitischen Förder szenarien in den vergangenen Jahren war die Hinwendung zur Verknüpfung von städtebaulichen und sozialplanerischen Maßnahmen bei der Entwicklung von Stadtteilen und Quartieren. Maßgebliche Ziele dieser Entwicklung sind die Stärkung eines vielfältigen, solidarischen und inklusiven Zusammenlebens mit gegenseitigen Unterstützungsmöglichkeiten sowie die Vermeidung sozialer Segregation. Als maßgebliche Akteure für die Stadtplanung kommt den Kommunen hier eine bedeutende Rolle zu, die sie gemeinsam mit den Akteuren der freien Wohlfahrtspflege nutzen können.

Aber auch die Gestaltung von Teilhabekosten an Angeboten und Strukturen ist ein wichtiges Steuerungsinstrument kommunaler Armutsprävention. Die räumliche Platzierung und der Zugang zu Betreuungseinrichtungen und Bildungsangeboten sowie die **Gestaltung von Eintrittspreisen und auch des ÖPNV im ländlichen Raum**, gestaffelte Eltern- und Alleinerziehenden-Beiträge und deren offensive Bewerbung können den zielgruppenorientierten Zugang nachhaltig verbessern.

Es hat sich gezeigt, dass Angebote und Strukturen niederschwellig und nah an den Lebenskreisen eine größere Wirkung und Reichweite erzielen können. Durch

die Entwicklung von ortsnahen Strukturen können Räume eröffnet werden, in denen aktiv gesellschaftliche Teilhabe entwickelt werden kann. Dies zeigt auch die Rückmeldung aus den Befragungen. Über Quartier-, Dorf- oder Stadtteilzentren oder die Anbindung an Regelsysteme etwa im Bereich der frühkindlichen Bildung und Schule können betroffene Familien gut erreicht werden.

Die Angebotslandschaft sollte nicht nur informativ, lebensbegleitend und alltagsunterstützend tätig sein, sondern gezielt **Empowerment-Strategien und Maßnahmen weiter ausbauen**. Hierzu können etwa über Verknüpfungen mit Strukturen der Erwachsenenbildung gezielt Angebote gefördert und initiiert werden. Auch die Förderinstrumente des SGB sind zu berücksichtigen.

Vielfach zeigen sich Behörden auch durchaus bereit, etwa die eigenen Gebäude und Standorte zu verlassen und Angebote ortsnah anzubieten. Der Trend zur Digitalisierung eröffnet weitere Perspektiven. Dies sollte in bestimmten Gebieten und Quartieren stärker forciert werden.

Armutsbegegnung und Armutsprävention sind komplexe Betätigungsfelder für alle politischen Ebenen. Besonders im Bereich der Kommunen lassen sich zielgruppenorientiertes Handeln und sozialräumliche Orientierung rechtskreisübergreifend aktiv gestalten und deren Auswirkungen beobachten und auswerten. Wenn es gelingt, auf der Basis der vorliegenden Studienergebnisse die Wahrnehmungen vor Ort zu schärfen und sozialplanerische Prozesse stärker akteursübergreifend zu denken und zu gestalten, kann für die Familien im Braunschweiger Land noch viel erreicht werden.

Hierzu möchte die Diakonie im Braunschweiger Land gemeinsam mit den Projektpartnern und Förderern anregen und einladen.

Die komplette Studie „**Wirksame Wege für Familien mit geringem Einkommen im Braunschweiger Land gestalten – Teil II**“ stellen wir Ihnen auf der Webseite der Diakonie im Braunschweiger Land zum Herunterladen im PDF-Format zur Verfügung. Sie ist in insgesamt sechs Teile gegliedert.

- Zweite Befragung der „alten“ Haushalte 2018 – Auswertung der geschlossenen Fragen (Bericht I)
- Zweite Befragung der „alten“ Haushalte 2018 – Auswertung der offenen Antworten (Bericht II)
- Auswertung der Befragung der jungen Erwachsenen (Bericht III)
- Auswertung der Akteursbefragung (Bericht IV)
- Zentrale Auswertungsergebnisse der Haushaltsbefragung, der Akteursbefragung und der Befragung der jungen Erwachsenen (Bericht V)
- Handlungsansätze auf der Grundlage der zentralen Auswertungsergebnisse der Haushaltsbefragung, der Akteursbefragung und der Befragung der jungen Erwachsenen (Bericht VI)



www.diakonie-im-braunschweiger-land.de/studie-wirksame-wege-gestalten.html

Diakonie 

Diakonie im Braunschweiger Land gGmbH
Peter-Joseph-Krahe-Str. 11
38102 Braunschweig
www.diakonie-braunschweig.de

 Stiftung
Braunschweigerischer
Kulturbesitz

Stiftung Braunschweigerischer Kulturbesitz
Löwenwall 16
38100 Braunschweig
www.sbk-bs.de